

Falco Werkentin (Hg.)

**Der Aufbau der „Grundlagen des
Sozialismus“ in der DDR 1952/53**

Berlin 2007

2. Auflage

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 15

Copyright 2002 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

2., durchgesehene Auflage, 2007

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-13-8

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 -99

Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhalt

Einleitung (Falco Werkentin) 4

Gerhard Wettig

Die Stalin-Note vom 10. März 1952 in der internationalen Politik 12

Torsten Diedrich

Das Jahr 1952 – Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR 31

Falco Werkentin

Die „2. Parteikonferenz“ der SED im Juli 1952 49

Jens Schöne

„Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.“ –

Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53 66

Über die Autoren 89

Einleitung

Dieser Sammelband vereinigt Beiträge aus der Vortragsreihe des Berliner Landesbeauftragten, die sich alle mit dem Jahr 1952 befassen - unter dem Gesichtspunkt der deutschen Einheit ein Schicksals- und Schlüsseljahr. In beiden Teilen Deutschlands wurden 1952 politische Entscheidungen getroffen, die die Chance zu einer friedlichen Wiedervereinigung in Freiheit in eine unendliche, nicht absehbare Ferne rücken ließen, obwohl die berühmte Stalin-Note vom März 1952 bei nicht wenigen zunächst die Hoffnung bekräftigte, dass man der Frage der deutschen Einheit dank dieser Note einen Schritt näher kommen könne.

Folgt man der überzeugenden Argumentation von Gerhard Wettig in seinem hier veröffentlichten Beitrag, so war Stalins Angebot allerdings nicht ernst gemeint - nur ein Propagandaschachzug im Kalten Krieg.¹ In unabgesprochener Gemeinsamkeit, so Wettig, wurde von beiden Seiten ungeachtet aller weiterbetriebenen Einheitsrhetorik die Integration der beiden deutschen Teilstaaten in das jeweilige Blocksystem vorangetrieben. Eine Schlüsselrolle spielte dabei in beiden Teilen Deutschlands der Aufbau nationaler Streitkräfte und deren politische Integration in das jeweilige Bündnissystem.

Allerdings hatte die DDR unter dem Deckmantel der Kasernierten Volkspolizei weitaus früher begonnen, die künftige „Volksarmee“ vorzubereiten als die Bundesrepublik. Erst unter dem Eindruck des Korea-Krieges im Juli 1950 gestanden die westlichen Besatzungsmächte der Bundesrepublik als ersten Schritt den Aufbau von Truppenpolizeiverbänden in Gestalt der Bereitschaftspolizei der Länder zu; 1951 kam in einer geplanten Stärke von 10.000 Mann als zweiter Polizeitruppenverband der Bundesgrenzschutz hinzu. Zu diesem Zeitpunkt hatte die „kleine“ DDR bereits ungleich mehr Männer unter Waffen als die „große“ Bundesrepublik. Anfang 1952 verfügte die so genannte Hauptverwaltung Ausbildung (HVA) im MdI der DDR bereits über 50.000 Mann kasernierter Polizeitruppenverbände, wie Dierich in seinem Beitrag belegt; die Bundesrepublik über weit weniger als 20.000 Mann, Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei der Länder zusammengenommen.²

¹ Zum aktuellen Stand der Kontroverse um die Deutschlandnote vgl. Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalinnote vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002. Der Band enthält auch den Wortlaut der Stalinnote.

² Vgl. Foerster, Roland G.; Greiner, Christian; Meyer, Georg u.a.: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956 (Bd. 1) München/Wien 1982

Als die Bundesrepublik am 27. Mai 1952 in Paris den Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft - kurz: EVG - unterzeichnete, befanden sich in der DDR bereits Landstreitkräfte in vier Armeekorps mit einer geplanten Personalstärke von 160.000 Mann in Aufstellung. Dazu waren mit der VP-See und der VP-Luft weitere Teilstreitkräfte im Aufbau. Ende 1952 erreichten sie insgesamt eine Stärke von über 90.000 Mann.

Wie Diedrich in seinem Beitrag betont, waren in der DDR „bereits vor der Ablehnung der ‚Stalin-Note‘ und der Unterzeichnung des General- und EVG-Vertrages im Mai 1952 deutliche Schritte hin zur Konsolidierung der Gesellschaftsordnung in der DDR und zur Entwicklung von Streitkräften eingeleitet worden.“

Dass die „Gesellschaftsordnung“ der DDR allerdings keineswegs „konsolidiert“ war, zeigte ein Jahr später der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Auch erweisen sich die „Schritte zur Konsolidierung der Gesellschaftsordnung“ bei näherem Hinsehen vor allem als umfassender Katalog von Maßnahmen, mit denen die SED ihren Herrschaftsapparat ausbaute und zu perfektionieren suchte, bevor sie sich auf der 2. Parteikonferenz offen zur „Revolution von oben“ bekannte und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus mit dem Staat als Hauptinstrument ankündigte.

Nicht nur die Polizei und das im Aufbau befindliche MfS waren längst fest in den Händen der SED. Seit 1948 hatte sich die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) mit ihren Länderkommissionen unter Leitung von Fritz Lange als »Task force« für systematische Enteignungswellen bewährt.³

Die Justiz verfügte inzwischen über genügend neu geschaffene Justizfunktionäre aus dem Kreis der Absolventen der Volksrichterlehrgänge; der Einfluss von Politikern der Blockparteien auf die Justiz war spätestens seit 1950 gebrochen, als in den Ländern die Justizministerien aufgelöst wurden.⁴ Diverse Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK zur Ver-

³ Braun, Jutta: Justizkorrektur in der Gründungs- und Frühphase der DDR. Die ZKK als Sonderbehörde im Auftrag der Parteiführung. In: Engelmann, Roger; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, Berlin 1999, S. 115-132; zur Rolle der ZKK in Thüringen vgl. Weber, Petra: Justiz und Diktatur - Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945-1961, München 2000, Kapitel IV.

⁴ Vgl. Weber, Petra: Justiz, S. 253ff.

besserung der Arbeit der Justiz nahmen die Richter und Staatsanwälte stärker denn je zuvor unter „die Obhut“ der Partei.⁵

Die Haftanstalten waren bis Mitte 1952 der Volkspolizei in Gänze unterstellt worden. Die traditionelle Stellung der Staatsanwälte gegenüber den Gerichten hatte sich weit zu Lasten der Gerichte verschoben.

Am 23. Mai 1952 stimmte die Volkskammer einem neuen Staatsanwalts-Gesetz⁶ zu, das dieser Behörde nach sowjetischem Vorbild eine gewisse Allkompetenz durch den Auftrag der so genannten „Gesetzlichkeitsaufsicht“ zuwies und die Stellung der Staatsanwälte gegenüber den Richtern stärkte – nur eingeschränkt durch die reale Macht des MfS.

Die Stellung der Staatsanwälte zu stärken, machte durchaus Sinn. Bereits im April 1950 waren 86,0 % aller Staatsanwälte SED-Mitglieder, hingegen nur 53,6 % der Richter⁷. Und es gab auch weitaus weniger Staatsanwälte als Richter, die republikflüchtig wurden.

Ebenfalls am 23. Mai 1952 hatte die Volkskammer einem neuen Jugendgerichtsgesetz (JGG)⁸ zugestimmt. Analog zu einer JGG-Novelle, die die Nationalsozialisten 1943 in Kraft gesetzt hatten, um auch gegen Jugendliche ihr mörderisches Erwachsenenstrafrecht anwenden zu können, eröffneten die §§ 24 u. 33 JGG nunmehr auch den Justizfunktionären der DDR die Möglichkeit, gegen Beschuldigte, die zur Tatzeit noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatten, Erwachsenenstrafrecht anzuwenden⁹ – also auch Todesstrafen und lebenslange Haftstrafen auszusprechen.

⁵ Detailliert nachgezeichnet von Wentker, Herrmann: Justiz in der SBZ/DDR 1945-1953, München 2001, hier Kap. IX: Vom Justizbeschluß der SED zum Neuen Kurs (1951-1953), S. 527ff.

⁶ Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR vom 23. Mai 1952, GBl. Nr. 66, S. 408-410.

⁷ BArch DP1-258, Bl. 221, Prozente eigene Berechnung.

⁸ GBl. Nr. 66, S. 411-418.

⁹ § 24 besagte: „(1) Zur Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zum Schutze der Bürger ist unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 das allgemeine Strafrecht anzuwenden, wenn der Jugendliche des vollendeten oder versuchten Verbrechens des Mordes, der Vergewaltigung, der Sabotage oder eines Verbrechens, das gegen den Artikel 6 der Verfassung der DDR oder gegen das Gesetz zum Schutz des Friedens vom 15. Dezember 1950 gerichtet ist, oder der wiederholten Begehung schwerer Verbrechen schuldig ist. Auf Todesstrafe darf gegenüber Jugendlichen nicht erkannt werden.“

Ende Mai 1952 besuchte eine zehnköpfige Justizdelegation unter Leitung von Hilde Benjamin 14 Tage die Sowjetunion. Auch eine Delegation des Ministeriums des Innern wurde in diesen Monaten in die Sowjetunion geschickt, um sich bei der dortigen Miliz sachkundig zu machen.

Nicht nur bei Justizgesetzen orientierte sich die Partei am Instrumentarium der vorgängigen deutschen Diktatur. Mit der „Direktive über Haus- und Straßenvertrauensleute“ des Sekretariats des ZK der SED vom 18. Februar 1952 wurde die Nachbildung des Blockwart-Systems aus der Zeit der NS-Diktatur in Gestalt der Hausvertrauensleute und des Hausbuches eingeleitet. Ein weiteres Instrument zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung, das im zeitlichen Umfeld der 2. Parteikonferenz auf den Weg gebracht wurde, war das System der Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei (ABV) sowie ein System freiwilliger Helfer der Volkspolizei.¹⁰

Am 13. Mai 1952 beschloss das Politbüro, hierzu ermuntert durch die Gespräche mit Stalin im April 1952, „Maßnahmen eines besonderen Regimes an der Demarkationslinie zwischen der DDR und Westdeutschland und im Küstengebiet“, die am 27. Mai 1952 zu den bekannten Zwangsumsiedlungen an der innerdeutschen Grenze führten. Der dramatische Anstieg der Zahl von Bewohnern, die aus dem Herrschaftsbereich der SED flohen - nicht nur von der SED, sondern auch von der sowjetischen Schutzmacht mit Sorge betrachtet -, ließ sich mit diesen Maßnahmen allerdings nicht eindämmen, solange die Berliner Sektorengrenzen offen waren.

Vorbereitet und nach der 2. Parteikonferenz auf den Weg gebracht wurden schließlich ein Arbeitsdienst unter dem Namen „Dienst für Deutschland“¹¹ und die vormilitärische Ausbildung der Jugend durch die „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST).¹² Diese im Fünfjahresplan nicht vorgesehenen Organisationen zur wehrpolitischen Vorbereitung der Jugend entzogen der Wirtschaft nicht nur Arbeitskräfte, sondern dem Staatshaushalt nicht eingeplante Millionen-Beträge.¹³ Allerdings wurde der „Dienst für Deutschland“ bereits im Frühjahr 1953 wieder aufgelöst.

¹⁰ Politbürobeschluss vom 29.7.1952 und Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 123. In: BArch DY 30 IV/2/2/223; die Anlage in: SAPMO BArch NL 90/316.

¹¹ Mit Beschluss des Politbüros vom 6.5.1952. In: BArch DY 30 J IV/2/2/210.

¹² Beschluss des Sekretariats vom 5.5.1952. In: BArch DY 30 IV/2/3/287.

¹³ Siehe Diedrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee, Berlin 2001, S. 307f. Demnach kostete der Dienst für Deutschland 1952 69 Mio. DM, bis zur Auflösung 1953 nochmals 7,4 Mio. Die GST verschlang 1952 41,6 Mio., 1953 45,5 Mio. DM.

Innerhalb der SED hatten die seit 1948 radikalisierten Säuberungswellen dazu geführt, ein Klima blinder Ergebenheit gegenüber der Parteiführung zu verstärken. Je nachsichtiger die Partei gegen ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Massenorganisationen wurde, umso stärker galt ihr Misstrauen ehemaligen Westemigranten und zeitweiligen Parteiabweichlern. Ergebnis waren ein massiver Austausch von Kadern und die Chance sozial ehrgeiziger neuer Genossen, durch absolute Folgsamkeit sozialen Aufstieg und Karriere zu sichern. Die Neuwahlen der Mitglieder der leitenden Parteiorgane auf Ebene der Grundorganisationen, der Kreise und Länder kurz vor der 2. Parteikonferenz führten im Ergebnis dazu, dass 40,9 % aller SED-Sekretäre in den Ländern ausgetauscht wurden. Es wuchs in diesen Funktionen der Anteil junger ehrgeiziger SED-Mitglieder - die Modrow-Generation.¹⁴

Die Blockparteien - jedenfalls soweit es ihre hauptberuflichen Kader betraf - spielten zum Zeitpunkt der 2. Parteikonferenz als Hort zumindest begrenzter Opposition keine Rolle mehr. Die im Herbst/Winter 1952 und im Frühjahr 1953 inszenierten Verhaftungen und Prozesse gegen prominente Blockpolitiker (so traf es u.a. den Handels- und Versorgungsminister, Dr. Karl Hamann (LDPD), und den ersten Außenminister, Georg Dertinger¹⁵ (CDU)) waren nur noch eine triumphale Geste der Macht der SED gegenüber den Blockparteien, deren Führungen artig die Verhaftung leitender Parteimitglieder begrüßten.

In der Summe:

Seit dem 8. Plenum der SED im Februar 1952, auf dem die Einberufung der 2. Parteikonferenz beschlossen wurde, hatte der weitere Ausbau und die Perfektionierung der Herrschaftsapparate im Zentrum der Politik der SED gestanden.

Im Sommer 1952 schienen Partei und Staatsapparat hinreichend gewappnet, um nun offen als Programm zu verkünden, was zuvor längst die Politik der SED bestimmte - wenn auch verdeckt: der gesellschaftliche Umbau in Richtung des sowjetischen Vorbilds. Ungeachtet der beibehaltenen Wiedervereinigungsrhetorik signalisierte die mit der 2. Parteikonferenz offen einge-

¹⁴ Nachweise bei Malycha, Andreas: Die SED - Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1963, Paderborn, München 2000, und Heitzer, Heinz: Entscheidungen im Vorfeld der 2. Parteikonferenz der SED. In: BzG, 34 (1992) 4, S. 18-32.

¹⁵ Siehe Neues Deutschland (ND), 17.1.53, S. 2 „Sekretariat der CDU zur Festnahme Dertingers“; ND, 22.1.53 „Demokratischer Block zum Fall Dertinger“; ND, 23.1.53 „CDU zieht Lehren aus Fall Dertinger“.

leitete Politik praktisch zugleich eine deutliche Absage an den Gedanken einer Wiedervereinigung in Freiheit. Dass der Gedanke einer „Wiedervereinigung in Freiheit“ gleichwohl in der DDR ungebrochen weiterlebte - davon zeugten unzählige Transparente, Sprechchöre und Forderungen anlässlich der Demonstrationen am 17. Juni.

Die Politik der SED seit der 2. Parteikonferenz zu schildern heißt nichts anderes, als die Vorgeschichte des 17. Juni 1953 zu skizzieren. In der wissenschaftlichen Literatur wird weitgehend übereinstimmend die 2. Parteikonferenz als ein Ereignis qualifiziert, das keineswegs eine qualitativ neue Entwicklung einleitete. Ob Staritz oder Scherstjanoi, ob Heitzer¹⁶ oder die „Jungen Wilden“ aus den 90er Jahren - wie Mitter und Kowalczyk¹⁷ - : Sie teilen im Wesentlichen das Urteil, dass auf dieser Konferenz nur offiziell wurde, was zuvor - im Kern seit 1945 - in kaschierter Form bereits längst betrieben worden war - die „Revolution von oben“, die systematische Transformation gesellschaftlicher Strukturen und Eigentumsverhältnisse -, wenn bisher auch „ein wenig maskiert“, wie sich Ulbricht am 7. April 1952 im Gespräch mit Stalin äußerte.¹⁸ Gemessen am Ausmaß der seit 1945 veränderten Eigentumsverhältnisse war das, was zwischen Juli 1952 und Mai des kommenden Jahres durchzusetzen versucht wurde, eher residual. Es war nur noch ein Arrondieren des sozialistischen Sektors in Produktion und Handel - mithin keine Zäsur. Nur soweit es die Sozialisierung des Handwerks, des Handels und des Bauernstandes in Form von Produktionsgenossenschaften betrifft, leitete die 2. Parteikonferenz eine neue Etappe ein, waren diese Sektoren doch zuvor von der Kollektivierung ver-

¹⁶ Vgl. Heitzer, Heinz: Entscheidungen im Vorfeld der 2. Parteikonferenz der SED. In: BzG, 34 (1992) 4, S. 18-32; Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. In: Deutschland-Archiv 24 (1991) 7, S. 686-700; Scherstjanoi, Elke: Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismus-losung und Kollektivierungsbeschlüß in sowjetischer Perspektive. In: Deutschland-Archiv 27 (1994) 4, S. 354-363 - siehe insb. das Resümee.

¹⁷ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin: Klassen und Schichten an der Schwelle zum Sozialismus. In: dies. u. Stefan Wolle (Hg.), Der Tag X - 17. Juni 1953, Berlin 1995, S. 31-74, hier S. 34f.

¹⁸ Zitiert nach Wolkow, Wladimir K.: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 48 (2000) 1, S. 20-49, hier S. 46; vgl. die englische Übersetzung der Gesprächsprotokolle in Ostermann, Christian F.: Uprising in East Germany 1953, Budapest/New York 2001, Document Nr. 1 (S. 22ff.).

schont geblieben - wengleich nicht von Enteignungen.¹⁹ Und dennoch bedeutete die auf der 2. Parteikonferenz verkündete und in den folgenden Monaten praktizierte Politik auch eine deutliche Zäsur. Während Stalin am 7. April 1952 gegenüber den angereisten SED-Genossen noch davon sprach, „dass es auch jetzt nicht nötig sei, lauthals vom Sozialismus zu reden“²⁰, wurde drei Monate später, am 9. Juli, buchstäblich mit Pauken und Trompeten der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe erklärt, damit die bisherige Entwicklung als unumkehrbar deklariert und vor allem weiter beschleunigt. Betroffen waren nicht nur privater Handel und Gewerbe sowie der Bauernstand, der seit der 2. Parteikonferenz Objekt einer massiven Politik der Kollektivierung wurde, worauf Jens Schöne in seinem Beitrag en détail eingeht. Vielmehr erklärte die Partei im Juli 1952 der gesamten Gesellschaft den sozialen Krieg, soweit sie nicht bereit war, enthusiastisch den Aufbau des Sozialismus mitzutragen.

Denn neben der neuen Enteignungswelle kämpfte die Partei wie nie zuvor auch um die ideologische Hegemonie. Ihren Ausdruck fand dies zum einen im Kirchenkampf - angesichts einer Bevölkerung, die sich bei der Volkszählung des Jahres 1950 zu 92,4 % für religiös gebunden erklärt hatte, allein schon ein Kampf gegen mehr als 9/10 der Bürger.²¹ Zum anderen wurde die als „herrschende“ verklärte Arbeiterklasse zunächst zum Objekt eines erziehungsdiktatorischen Zugriffs, sollte ihr doch mit dem im Oktober 1952 in Kraft tretenden „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ ein neues, zeitgemäßes Wertebewusstsein eingetrichtert werden. Der anlässlich des 13. ZK-Plenums am 14. Mai 1953 verkündete Beschluss über eine allgemeine Normerhöhung um durchschnittlich „mindestens zehn Prozent“ in der Industrie und im Baugewerbe, vom Ministerrat der DDR am 28. Mai mit Stichtag 30. Juni übernommen,²² eröffnete schließlich eine weitere Front. Dieser erhebliche Angriff auf den Besitzstand der Arbeiterklasse vor dem

¹⁹ Als Ausnahme sind die Bildung volkseigener Güter zu nennen, die sehr viel früher eingeleitet wurde, und die Zerschlagung traditioneller bäuerlicher Genossenschaften (Raif Feisenwesen). Vgl. Schöne, Jens: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der SBZ/DDR 1945-1950/51. In: Kluge, Ulrich; Halder, Winfrid; Schlenker, Katja (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung, Stuttgart 2001, S. 157-176.

²⁰ Zitiert nach Wolkow: Die deutsche Frage, S. 46.

²¹ Nachweis bei Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, Frankfurt/M 1996, 2., erweiterte Aufl., S. 104.

²² GBl. Nr. 72, S. 781f.

Hintergrund massiver Versorgungsprobleme löste schließlich die Rebellion am 17. Juni aus.

Auch wer sich bisher nicht um Politik gekümmert und sich nur auf die mehr oder weniger kleinen äußerlichen Arrangements mit dem Regime eingelassen hatte, um ansonsten dem üblichen Tagewerk als Arbeiter oder als Handwerker, als Bauer oder kleiner Gewerbetreibender nachzugehen - spätestens seit der 2. Parteikonferenz kümmerte sich die Politik der SED so durchgreifend wie nie zuvor um nahezu jeden Bewohner, war nahezu jeder Bürger von der Eskalation des Klassenkampfes betroffen. Und selbst die Mitglieder der Partei, die gerade durch das Fegfeuer der Parteisäuberungen während der Jahre 1948-51 gegangen waren, hatten eine neue, innerparteiliche Inquisitionsgerichtsbarkeit mit gegebenenfalls mörderischen Konsequenzen zu befürchten - in den befreundeten Volksdemokratien bereits umgesetzt, in der DDR in Vorbereitung und mit den Parteibeschlüssen „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ vom 20.12.1952 und dem ZK-Beschluss vom 14.5.1953 über die Auswertung des Slansky-Beschlusses drohend ausgemalt.

Als einzige Möglichkeit, sich diesen Angriffen und Bedrohungen zu entziehen, blieb die Flucht. Von daher spiegeln die Flüchtlingszahlen und die soziale Gliederung der in die Bundesrepublik Fliehenden recht gut die Stufen der Eskalation dieser Revolution von oben wie auch die soziale Breite der von dieser Politik Betroffenen wider. Gemessen an der Zahl unmittelbar betroffener Bewohner war es ein weitaus umfassenderer sozialer Krieg gegen die Gesellschaft als in der Phase der Enteignung von Großbetrieben und Unternehmen zwischen 1945 und 1950. Darin liegt die mit der 2. Parteikonferenz begründete Zäsur.

Gerhard Wettig

Die Stalin-Note vom 10. März 1952 in der internationalen Politik

Die politischen Aussagen der Stalin-Note

In ihrer Note vom 10. März 1952 forderte die sowjetische Regierung zum baldigen Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland auf.¹ Der Appell richtete sich korrekterweise nur an die Westmächte, denn Bundesrepublik und DDR standen unter Besatzungsregime, besaßen keine Befugnis zu eigenen auswärtigen Entscheidungen und waren daher nicht Subjekt, sondern Objekt etwaiger Vier-Mächte-Verhandlungen. Wie es in der Note ausdrücklich hieß, übten die drei westlichen Staaten und die UdSSR „Kontrollfunktionen“ in dem besetzten Land aus und sollten die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung „prüfen“, d.h. nach ihrem Ermessen darüber befinden. Nach den beigefügten Prinzipien, die den Friedensvertragsverhandlungen nach Ansicht des Kreml zugrunde zu legen waren, sollte das zu vereinigende Deutschland „sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat entwickeln“. Dazu kam die Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen und Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte. Den Deutschen wurden „nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte)“ zugebilligt, „die für die Verteidigung des Landes notwendig sind“, und die Verpflichtung angesonnen, „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse“ gegen einen Teilnehmerstaat des Zweiten Weltkriegs einzugehen.²

Danach mochte der Eindruck entstehen, Stalin sei bereit, den Verzicht auf die militärische Westintegration der Bundesrepublik mit der Zustimmung zu einer demokratischen Ordnung im vereinigten Deutschland zu honorieren. Wer so dachte, übersah freilich, dass die inneren Verhältnisse des künftigen gesamtdeutschen Staates in den Formeln ausgedrückt wurden, die im sowjetischen Imperium zur Kennzeichnung des politischen Systems der DDR

¹ Als ausführliche Darstellung des Diskussions- und Sachstands der Forschung vgl. Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalinnote vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002.

² Text: Pravda, 11.3.1952 (russ.)/Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1957, S. 289-293 (amtl. Übers.).

dienten. Denn nur der SED-Staat galt als „demokratisch“ und „friedliebend“. Der Bundesrepublik wurde diese Qualität nie zugebilligt; sie war vielmehr ihrem Wesen nach „imperialistisch“, „aggressiv“ und „antidemokratisch“. Das war kein Zufall, denn nach Moskauer These waren „Demokratie“ und „Friedensliebe“ Merkmale, die ausschließlich dem System und der Politik der UdSSR und ihrer Gefolgschaftsstaaten eigentümlich waren.³

Auch sonst entsprach das Bild, das die Note vom künftigen Gesamtdeutschland entwarf, den amtlichen Beschreibungen des SED-Staates. Nur die DDR-Verfassung gewährleistete demnach die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der politischen Bürgerrechte. Nur dort waren angeblich dem deutschen Volk „die demokratischen Rechte gewährleistet“; nur dort, so hieß es, konnten sich die „demokratischen Parteien und Organisationen“ wirklich frei betätigen, während den „Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind“, gerechterweise kein Existenzrecht zugebilligt wurde. Auch war in der DDR in Übereinstimmung mit dem Notentext dafür gesorgt, dass den ehemaligen Berufssoldaten und Nazis, soweit kein gerichtliches Urteil gegen sie vorlag, „die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland[s]“. Wer sich aus diesem Personenkreis mit dem „demokratischen“ Kurs der SED identifizierte, hatte keine Nachteile zu befürchten und machte häufig Karriere. Der SED-Staat kannte zudem neben den Parteien „gesellschaftliche Organisationen“ als akzeptierte politische Akteure - eine Maßregel, wodurch das Gesellschaftsganze der Kontrolle kommunistischer Kader unterworfen wurde.

³ Das beruhte zum einen auf der Lehre von der „materialen Demokratie“. Lenin hatte die Demokratie zunächst abgelehnt, dann aber wegen deren großer Popularität den Begriff übernommen und als Übereinstimmung der politischen Verhältnisse mit dem „objektiven Volkswillen“ definiert, der identisch mit dem „Interesse des Volkes“ sei, das in der - von der kommunistischen Partei in die Praxis umgesetzten - Lehre festgestellt sei. Die westliche Demokratie wurde als lediglich „formal“ abgetan, weil sie nur auf das Verfahren, nicht aber auf das „richtige“ Ergebnis abstelle. Zum anderen war nach amtlicher Doktrin nur das sowjetische Lager aufgrund seiner Staats- und Gesellschaftsordnung zu friedlichem Verhalten fähig. Wer sein System bejahte und seine Politik unterstützte, diene daher unter allen Umständen dem Frieden; wer dagegen war, gab sich als Feind des Friedens zu erkennen. Dabei war unerheblich, welche Maßnahmen der Kreml jeweils für notwendig erklärte.

Ergänzende sowjetische Stellungnahmen

Die Stalin-Note vom 10. März ließ eine entscheidende Lücke offen: Der Text enthielt keinen Hinweis darauf, wie die deutsche Einheit wiederhergestellt werden sollte. Die Vereinigung wurde vielmehr als bereits vor dem Abschluss des Friedensvertrages geschehen unterstellt, ohne dass sich Angaben darüber fanden, wie das in den Prinzipien beschriebene Resultat erzielt werden sollte. Wer in welchem Rahmen welche Entscheidungen über die inneren Strukturen und Machtverhältnisse des künftigen gesamtdeutschen Staates treffen würde, schien keines Wortes wert. Nach sowjetischer Ansicht stellte sich in den Vier-Mächte-Verhandlungen allein die Aufgabe, die Friedensbedingungen festzulegen. Die Deutschen sollten sich zwar zu einer „demokratischen“ und „friedliebenden“ Orientierung verpflichten, doch blieb die zentrale Frage ausgespart, wie die zwei Landesteile mit ihren gegensätzlichen Ordnungen zusammenfinden sollten. Die Auffassung des Kreml ging jedoch aus begleitenden Stellungnahmen hervor. UdSSR und DDR erklärten intern und öffentlich mit unmissverständlicher Eindeutigkeit, die Innenprobleme der Einheit müssten „von den Deutschen selbst“, d.h. von den Vertretern beider Staaten, in gemeinsamer Beratung geklärt werden. Die Vier Mächte dürften sich da „nicht einmischen“.⁴ Damit wurde jede einzelne Regelung von der Billigung der SED-Führung abhängig gemacht; für demokratische Willensäußerungen der Bevölkerung war kein Raum vorgesehen. Zugleich war demnach von vornherein ausgeschlossen, dass sich Sowjetunion und Westmächte auf einen Austausch innen- und außenpolitischer Zugeständnisse verständigten.

Dieser Deutung scheint zu widersprechen, dass die sowjetische Regierung den Westmächten in der Note vom 9. April 1952 die Abhaltung „freier gesamtdeutscher Wahlen“ in Aussicht stellte. War sie demzufolge willens, in Ergänzung des Vorschlags vom 10. März das Votum der deutschen Wähler

⁴ Wortprotokoll des 8. Plenums des Zentralkomitees der SED, 21.-23.2.1952, BArch DY 30 IV 2/1/101, Bl. 5f.; Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros, 11.3.1952, BArch DY 30 IV 2/2/200; Erklärung des Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, Grotewohl, vor der Volkskammer, 14.3.1952, in: Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einigedeutsche Demokratische Republik, Bd. III, [Ost-]Berlin 1959, S. 79f., 88f.; Erklärung von Außenminister Vyšinskij bei Entgegennahme der westlichen Antwortnote am 25.3.1952, berichtet von Associated Press aus Moskau, 27.3.1952; Sendung von Radio Moskau (russ.), 25.3.1952, 9.25 Uhr GMT.

zur Grundlage der Vereinigung zu machen? Wie es in der Note hieß, sollten die Vier Mächte die Wahlen auf der Konferenz erörtern. Für den Fall des Einvernehmens sah der Kreml „durchaus die Möglichkeit“, „diese Wahlen in kürzester Zeit durchzuführen“. Bei genauerem Hinsehen handelte es sich freilich nur um die Wiederholung eines Standpunktes, den die SED-Führung bereits seit Herbst 1951 einnahm. Es wurde nicht nur abgelehnt, die Korrektheit des Wahlvorgangs durch eine Kommission der UNO prüfen zu lassen, wie es der Westen forderte. Vielmehr sollte diese Aufgabe von den Deutschen selbst wahrgenommen werden unter Aufsicht einer Kommission, „die von den vier Besatzungsfunktionen in Deutschland ausübenden Mächten zu bilden wäre.“⁵

Die Position war auch insofern nichts Neues, als sich die SED-Führung schon seit September 1951 für „freie gesamtdeutsche Wahlen“ aussprach. Dabei sprach sie intern die Ansicht aus, dass die Freiheit des Wahlaktes nur in der DDR, nicht aber in der Bundesrepublik gewährleistet sei.⁶ Daher war sie nicht mit den Verfahrensprinzipien einverstanden, die Bonn für „freie Wahlen“ aufgestellt hatte, und enthielt sich aller Aussagen darüber, ob bzw. inwieweit sich das Ergebnis etwaiger Wahlen auf den Inhalt der gesamtdeutschen Verfassung und die Bildung der gesamtdeutschen Regierung auswirken würde. Wie es hieß, mussten über alle diese Fragen die Vertreter beider Staaten auf einer „gesamtdeutschen Beratung“ befinden. Nicht Wahlakten, sondern Verhandlungen mit dem SED-Regime sollten über alle Fragen entscheiden, die für Macht und System im künftigen einheitlichen Deutschland von Bedeutung waren. Die Ausführungen der Note vom 9. April folgten genau dieser SED-Argumentation. Daher konnte von einer Änderung des bisherigen Standpunktes keine Rede sein.

5 Text: Pravda, 10.4.1952 (russ.)/Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a.a.O., S. 293-297 (amtl. Übers.).

⁶ Gestützt auf Lenins Lehre von der „materialen Demokratie“, erklärte die SED-Führung, das Volk habe nur in der DDR die Möglichkeit, seinem „wahren“ - weil auf seinem „objektiven Interesse“ (gemäß marxistisch-leninistischer Doktrin) beruhenden - Willen Ausdruck zu geben. In Westdeutschland dagegen festigten die „Monopolherren“ mit Hilfe der Wahlen ihre gegen das Volk gerichtete Macht.

Aussagen der sowjetischen Akten zur Stalin-Note

Die ersten Überlegungen über eine Note an die Westmächte wurden in Moskau angestellt, als die Westmächte Anfang 1951 ihr Besatzungsregime in der Bundesrepublik zu lockern begannen. Sollte man das nicht mit dem Vorschlag des Friedensvertrags mit einem vereinigten Deutschland kontem? Man war sich im Kreml von vornherein einig, dass das für Österreich erwogene Modell nicht in Betracht kam.⁷ Im deutschen Fall ging es nicht um ein kleines, geostrategisch abseits gelegenes Land, sondern um die zentrale Position in Europa, die dem Kreml seit Lenin stets als Schlüssel zum Westen gegolten hatte. Die Akteure im sowjetischen Außenministerium wussten, dass Stalin dort die westliche Demokratie nie als innere Ordnung und wertmäßige Orientierung akzeptieren würde, auch wenn er dafür die Bundesrepublik durch eine Ost-West-Vereinbarung über gesamtdeutsche Neutralität aus dem westlichen Lager herausbrechen konnte.⁸

Der entscheidende Anstoß für die Note ging im Sommer 1951 von der SED-Führung aus, die der - ihr von Moskau zugewiesenen - Kampagne für den Abschluss eines Friedensvertrags mit einem vereinigten Deutschland neue Impulse zu geben suchte.⁹ Das sowjetische Außenministerium hielt eine Verstärkung der Einheitspropaganda vor allem deshalb für angebracht, um die sich immer deutlicher abzeichnende Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem zu kontern. Nach Zustimmung Stalins arbeitete es einen „Maßnahmeplan“ aus, der als ersten Schritt einen Volkskammer-Appell an die westdeutsche Seite vorsah, unverzüglich ein Treffen von Vertretern beider Staaten durchzuführen. Die entsprechende Erklärung Ministerpräsident Grotewohls vom 15. September 1951¹⁰ war als Ausgangs-

⁷ Filitov, A.M.: Sovetskij Sojuz i germanskij vopros v period pozdнего stalinizma (k voprosu o genezise „stalinskoj noty“ 10 marta 1952 goda), in: Cubar'jan, A.O. (glavn. red.): Stalin i cholidnaja vojna, Moskau 1998, S. 320-323.

⁸ Vgl. die Aussage von Molotov in: Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Cueva, Moskau 1991, S. 335. Diese Einschätzung bestätigte sich, als Winston Churchill wenig später in Moskau starkes Interesse an einer Übereinkunft bekundete, die zu einem im Innern demokratischen und militärisch neutralen Gesamtdeutschland führen würde: Stalin ließ klarmachen, dass dies für ihn keinesfalls in Frage kam (Larres, Klaus: Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill postwar foreign policy, in: Journal of European Integration History, 1/1996, S. 35f.).

⁹ M. Gribanov an A.Ja. Vyšinskij, 15.8.1951, AVPRF, 082, 38, 230, 47, Bl. 14-16.

¹⁰ Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Bd. 2,

punkt einer neuen Kampagne unter der Parole „Deutsche an einen Tisch“ gedacht. Parallel dazu begann man in Moskau mit der Abfassung einer Note an die Westmächte. Der Vorschlag, über einen Friedensvertrag für das vereinigte Deutschland zu verhandeln, war von vornherein auf Ablehnung berechnet. Die vorgesehenen Friedensbedingungen boten dem Westen keine Chance, irgendetwas von seinen Vorstellungen durchzusetzen. Den Deutschen waren Regime und System der DDR zugeordnet; sie sollten nicht nur auf militärische, sondern auch auf alle politischen und wirtschaftlichen Westbindungen verzichten.¹¹ Es schien aber Molotow und anderen mit der Note befassten Spitzenfunktionären propagandistisch „unzweckmäßig“, das unumwunden auszusprechen.¹² Sie ließen daher die zunächst unzweideutig formulierten Forderungen durch allgemeine, unverfänglich klingende Wendungen ersetzen, etwa durch Charakterisierung des angestrebten gesamtdeutschen Staates als „demokratisch“ und „friedliebend“.¹³

Seit Herbst 1950 war der „Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands“ das zentrale Thema der sowjetischen Propaganda gewesen. Daher war es ein Kurswechsel, dass zunächst in einigen, dann allen Entwürfen für die Note vom Frühherbst 1951 dem zu vereinigenden Deutschland „nationale Streitkräfte“ und eine Waffenproduktion zugebilligt wurden. Als nach längerer Unterbrechung die Arbeit an der Note Ende des Jahres wieder aufgenommen wurde, kam als neuer Punkt noch die Forderung nach Rehabilitation der früheren Nationalsozialisten - später auch der ehemaligen Berufssoldaten - hinzu. Diese Zusätze wirkten sich vorhersehbar negativ auf die östliche Westpropaganda aus. In der Bundesrepublik wurden alle dieje-

[Ost-]Berlin 1959, S. 444-464.

¹¹ Hierzu näher Wettig, Gerhard: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 nach sowjetischen Akten, in: Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung bis zum Tode Stalins. Studien zur Deutschlandfrage Bd. 13, Berlin 1994, S. 92-107. Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, Berlin 1995, S. 266f., führt aus, dass der auf dem III. SED-Parteitag formulierte Standpunkt zur deutschen Einheit (vgl. Manifest zur deutschen Frage, in: Dokumente der SED, Bd. 3, [Ost-]Berlin 1952, S. 184-188) als Orientierung diene.

¹² Siehe hierzu insbes. die Darlegungen von A. Gromyko an V.I. Stalin, o.D. [spätestens 21.1.1952], AVPRF, 07, 25, 13, 100, Bl. 25-37.

¹³ Vgl. die bei Stein Bjørnstad, Soviet German policy and the Stalin note of 10 March 1952, Hovedopprave, University of Oslo, Herbst 1996, S. 111, notierten Formulierungsänderungen.

nigen enttäuscht, die sich aus Widerwillen gegen Wiederbewaffnung und Soldatsein gegen die Politik Adenauers gewandt hatten. In Westeuropa war die Wirkung noch verheerender. Die Gegner deutscher Militärverbände hatten bis dahin vielfach den Kreml als Mitstreiter angesehen, sahen sich aber nun geradezu hintergangen, denn eine deutsche Nationalarmee erschien ihnen allemal noch viel schlimmer als westdeutsche Truppen, die in westliche Streitkräfte integriert wurden. Trotzdem bestand, vor allem bei eingefleischten Widersachern der NATO in Frankreich, oft weiterhin Hoffnung, die sowjetischen Vorschläge könnten doch noch irgendwie die ungeliebte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aus der Welt schaffen.

Stalin-Note und sowjetische Politik in der DDR

In den Schreiben, die Gromyko als zuständiger stellvertretender Außenminister wegen der Note an Stalin richtete, wurde immer wieder die propagandistische Absicht hervorgehoben. Wie ist es da zu erklären, dass der Kreml vom Kampf gegen jede deutsche Wiederbewaffnung abging und damit bei Sympathisanten der bisherigen Forderung negative Reaktionen in Kauf nahm? Die sowjetische DDR-Politik macht das Motiv deutlich. Noch bevor die UdSSR den Westmächten ihre Bereitschaft zu „freien gesamtdeutschen Wahlen“ versichert hatte und damit den Höhepunkt ihrer Wiedervereinigungskampagne einleitete, wies Stalin die SED-Führung an, in größtem Umfang Truppen aufzustellen und Rüstungskapazitäten zu schaffen. Der Hinweis auf die Forderung in der Note vom 10. März, den Deutschen „nationale Streitkräfte“ zuzubilligen, wurde gegenüber der Bevölkerung zur Rechtfertigung des Vorgehens verwendet. Zwar wurde die „Remilitarisierung Westdeutschlands“ nach wie vor verurteilt, doch hatten hinfort nicht mehr deutsche Soldaten als solche, sondern nur noch deutsche „Söldner im Dienst des Imperialismus“, d.h. des Westens, als verwerflich zu gelten. „Nationale“, d. h. nicht dem „aggressiven Atlantikpakt“ zugeordnete Truppen waren als richtig und notwendig zu betrachten.¹⁴

¹⁴ Sowjetische Protokolle der Unterredungen Stalins mit den SED-Führern am 1. und 7.4.1952, in: Ostermann, Christian (Hg.): Uprising in East Germany, 1953, Budapest-New York 2001, S. 22-42 (engl. Übers.). Vgl. auch die Notizen W. Piecks über beide Gespräche, in: Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 395-397.

Vom Krenl in Gang gesetzt, begann in der DDR eine Kampagne für die „Aufstellung nationaler Streitkräfte“ zum Schutze der Heimat vor „imperialistischer Aggression“. Das waren nicht nur Worte. Die militärischen „Bereitschaften“, die insgeheim seit 1948 als innerdeutsche Bürgerkriegsarmee und künftiges Kaderreservoir in einer Stärke von 50.000 Mann formiert worden waren, erhielten nunmehr die Struktur und Bewaffnung einer Koalitionsarmee an der Seite der sowjetischen Verbände. Ein intensiver, oft mit Zwang verbundener Werbefeldzug sorgte für eine starke personelle Ausweitung der vorhandenen Kadereinheiten von Heer, Marine und - in ersten Ansätzen - auch Luftwaffe. Es wurde vorgesehen, die - jetzt als „Kasernierte Volkspolizei“ an die Öffentlichkeit tretende - Truppe in „nationale Streitkräfte“ umzubenennen, sobald die Bundesrepublik mit der Aufstellung von Einheiten beginnen werde. Zugleich baute man in der DDR vor- und paramilitärische Organisationen auf, um die Militarisierung der Gesellschaft insgesamt voranzutreiben.¹⁵

Stalin machte im Gespräch mit der SED-Führung auch deutlich, dass er den forcierten Ausbau der sozialistischen Strukturen, eine Beseitigung bürgerlicher Restbestände und eine verschärfte Repression für notwendig hielt. Die DDR müsse sich uneingeschränkt als Gegenstaat zur Bundesrepublik etablieren. Er glaubte anfangs noch, das alles lasse sich durchführen, ohne dass die kommunistische Ausrichtung zu Tage treten müsse und zu unliebsamem Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit führe - ein Vorbehalt, den er dann im Laufe des Frühjahrs fallen ließ. Der Übergang zur noch stärker betonten sozialistischen Transformation der DDR verschärfte natürlich die deutsche Spaltung. Es war daher konsequent, dass Stalin auch die Abriegelung der Grenze nach Westen befahl. Die Maßnahmen wurden ab Ende Mai 1952 verwirklicht. Zur Begründung hieß es, die Bundesregierung habe das großzügige Wiedervereinigungsangebot der UdSSR ausgeschlagen und stattdessen durch Abschluss der Remilitarisierungsverträge die deutsche Einheit endgültig zerstört. Das Vorgehen erreichte seinen Höhepunkt, als die SED-Führung mit Genehmigung Moskaus auf der II. Parteikonferenz Anfang Juli laut den „Aufbau des Sozialismus“ verkündete und von der baldigen Aufstellung „nationaler Streitkräfte“ sprach.¹⁶

¹⁵ Wettig, Gerhard: Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947-1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 399-419.

¹⁶ Zu den Sperrmaßnahmen an der innerdeutschen Grenze siehe Kreuzberger, Stefan:

Beurteilung der Notenoffensive im Kontext von Stalins Deutschland-Politik

Aufgrund der sowjetischen Archivadokumente unterliegt es keinem Zweifel, dass der Kreml mit den Noten vom März und April propagandistische Ziele verfolgte. Dem Augenschein zuwider, erscheint es fraglich, ob Stalin in der Wiedervereinigungsparole noch eine erfolgversprechende Waffe gegen die Westintegration der Bundesrepublik sah. Wie wäre es sonst zu erklären, dass er mit der Forderung nach Verzicht auf jedwede Wiederbewaffnung die beste Trumpfkarte aus der Hand gab? Maßnahmen in der DDR - die Umwandlung der „Bereitschaften“ in eine Koalitionsarmee, die Verschärfung des kommunistischen Kurses und das offene Bekenntnis zum Sozialismus - zeigen deutlich, dass der sowjetische Führer die Bundesrepublik vorerst abgeschrieben hatte. Es ging ihm nicht mehr darum, welche Seite im innerdeutschen Kampf um Deutschland die Oberhand gewinnen werde, sondern vielmehr darum, das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West insgesamt zu verändern, besonders auch in militärischer Hinsicht. Propagandistische Einflussnahmen waren demgegenüber zweitrangig. Die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis schien unmittelbar bevorzu-

Abschirmungspolitik gegenüber dem westlichen Deutschland im Jahre 1952, in: Wettig, Gerhard (Hg.): Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 22-33; Schumann, Silke: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, Berlin 1997, S. 25f.; Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1946-1961), in: Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 208-210; Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952. Faksimilierter Nachdruck des Weißbuches von 1953, Bonn 1987. Einschlägige Dokumente der II. Parteikonferenz der SED finden sich in: Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, [Ost-]Berlin 1964, S. 409, 423; Dokumente zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, [Ost-]Berlin 1954, S. 70-72; Neues Deutschland, 13.7.1952/ Pravda, 13.7.1952. Die sowjetische Veranlassung bzw. Billigung der Maßnahmen und Stellungnahmen geht - außer aus den schon erwähnten Unterredungen Stalins mit der SED-Führung - auch aus folgenden Dokumenten hervor: A. Gromyko an A. Ja. Vyšinskij, 18.4.1952, AVPRF, 07, 27, 42, 030-Ger, Bl. 2-4; Rundschreiben an Cujkov/Semicastnov/Semënov/Kaverznev, Maširin, Il'icëv/Orlov/zdA, 4.7.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 13, Bl. 16-20; A. Maširin an V.S. Semënov, 5.7.1952, AVPRF, 0457a, 13, 68, 14, Bl. 49.

stehen und galt daher in Moskau als nicht mehr verhinderbar. Was aber wollte Stalin dann überhaupt mit der Note erreichen?

Mit Verwunderung notierten westliche Diplomaten im Laufe des Frühjahrs 1952 erste Indizien dafür, dass der Kreml kein Interesse an der Annahme seines Verhandlungsangebots zeigte. Als der amerikanische Geschäftsträger in Moskau dem sowjetischen Außenminister am 25. März die ablehnende Antwort auf die Note übergab, wurde er Zeuge einer unerwarteten Reaktion: Wyschinskij las den Text - und sein Gesicht hellte sich unwillkürlich auf.¹⁷ Anfang Mai ging George Kennan als Botschafter der USA in die sowjetische Hauptstadt und sah in einer Verständigung über die deutsche Einheit sein persönliches Ziel, kam aber gar nicht erst mit Vertretern des Gastlandes ins Gespräch. Er sah sich von jedem Kontakt abgeschnitten und zu völliger Untätigkeit verurteilt.¹⁸ Es konnte auch auffallen, dass der Kreml zwar nicht in der Westpropaganda, wohl aber gegenüber den Westmächten die - für sie unannehmbare - Forderung betonte, Regime und System Gesamtdeutschlands müssten zwischen DDR und Bundesrepublik ausgehandelt werden.

Was hinter diesen Merkwürdigkeiten stand, macht ein internes Zeugnis deutlich. Wie Julij Kvicinskij berichtet, erzählte der Politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission in Ost-Berlin, Semjonow (der zusammen mit Botschafter Puschkin im Sommer 1951 die SED-Anregung zur Note nach Moskau übermittelt hatte), im Kreise enger Freunde, außenpolitische Ratgeber - neben ihm selbst darf man vor allem auch Wyschinskij, Molotow und Berija vermuten - hätten Stalin zugeredet, dem Westen Verhandlungen über Deutschland anzubieten, und dabei betont, eine Annahme des Vorschlags stehe nach sicherer Erkenntnis des Auslandsgeheimdienstes nicht zu befürchten. Eine solche Offerte könne aber dazu dienen, beim deutschen Publikum Propaganda-Erfolge zu erzielen. Der sowjetische Führer habe Misstrauen bekundet und die Sorge geäußert, dass die westlichen Regierungen vielleicht doch auf einen diplomatischen Dialog eingehen wür-

¹⁷ Bericht der amerikanischen Botschaft in Moskau, 25.3.1952 lt. Graml, H.: Die Legende, a.a.O., S. 329.

¹⁸ Kennan, George F.: Memoirs 1950-1963, London 1963, S. 107, 112-167. Zu Kennans politischer Haltung vgl. Bericht über Gespräch mit Adenauer auf der Hinreise nach Moskau bei Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986 (2. Aufl.), S. 923.

den. Dann habe er sein Einverständnis erklärt, aber hinzugefügt, er werde die Ratgeber im Fall ihres Irrtums zur Rechenschaft ziehen.¹⁹ Daher hatten die Initiatoren der Note tatsächlich allen Grund, über das westliche Nein froh zu sein.

Alles deutet darauf hin, dass Stalin spätestens Anfang 1952 zur Einschätzung gelangt ist, die Einbeziehung Westdeutschlands in das gegnerische Lager sei nicht mehr aufzuhalten. Die politische Schlacht um den Einfluss auf die Bundesrepublik sah er als verloren an und hielt es daher für vorzuziehender, die DDR zum Vorposten des Sozialismus zu machen. Aber er hegte die Hoffnung, dass die Niederlage zum Ausgangspunkt für den späteren Sieg werden könne. Denn er war fest davon überzeugt, dass sich die „imperialistischen“ Staaten, also die westlichen Länder, unausweichlich in tödliche Konflikte verstricken müssten. Aufgrund von Lenins Imperialismus-Doktrin hatte er das bereits in den zwanziger Jahren vorausgesagt.²⁰ Durch den Zweiten Weltkrieg sah er sich in seiner Ansicht bestätigt. Nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands setzte er darauf, dass sich die „zwischenimperialistischen Widersprüche“ nunmehr innerhalb des Westens zum drittenmal entwickeln müssten.²¹

Wie Stalin vermutete, war vor allem dann mit bewaffneten Konflikten unter den Staaten der Außenwelt zu rechnen, wenn spezielle Voraussetzungen dafür bestanden. Diese schienen mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu entstehen. Wenn die in der „imperialistischen“ Welt verbliebenen Deutschen wieder Waffen in die Hand bekämen, werde die alte Feindschaft zu den Westmächten unweigerlich früher oder später erneut aufbrechen. Eine so starke Nation, die in der Vergangenheit wiederholt unbeugsamen Kampfwillen gezeigt habe, werde sich Unterordnung und Diskriminierung nicht ewig gefallen lassen, wenn sie die Möglichkeit zur Gegenwehr erhalte. Wie Stalin im Frühjahr 1952 formulierte und auf dem XIX. KPdSU-Parteitag im Herbst erklärte, werde „Deutschland (West)“ den ihm zuge-

¹⁹ Nachwort von Julij Kvicinskij in: Semjonow, W., a.a.O., S. 392.

²⁰ J.W. Stalin, Werke, hg. auf Beschluss des ZK der KPD-ML, Dortmund 1976, Bd. 6 (1924), S. 83f.; ebd., Bd. 10 (Aug.-Dez. 1927), S. 41-44; ebd., Bd. 12 (Apr. 1929-Juli 1930), S. 223f.

²¹ Rede Stalins in seinem Moskauer Wahlkreis, 9.2.1946, in: Pravda, 10.2.1946; Imperialismus, in: Bol'shaja Sovetskaja Āncikopedija, Bd. 17, Moskau 1952, S. 568, 581-584; Kapitalismus, ebd., Bd. 20, Moskau 1953, S. 61.

wiesenen Minderstatus langfristig nicht akzeptieren. Anderes zu meinen, hieße „an Wunder glauben“.²² Die Frage Chou En-lais, ob sich die Westdeutschen später militärisch gegen die USA wenden würden, beantwortete Stalin mit einem klaren Ja.²³

Aufgrund dieser Erwartung war die propagandistische Bemühung um die Bundesrepublik sinnvoll, auch wenn der Kreml nicht mit einem unmittelbaren Erfolg rechnete. Dann ging es nämlich darum, dem westdeutschen Publikum generell den Eindruck Moskauer Wohlwollens für die Durchsetzung seines nationalen Interesses an der Wiedervereinigung zu vermitteln. Das sollte in der dortigen Öffentlichkeit langfristig ein Gefühl des Rückhalts an der UdSSR wecken und dadurch mithelfen, den Willen zur Konfrontation mit den Westmächten zu stärken. Stalin war 1952 nicht mehr an raschen Ergebnissen interessiert und glaubte, es sich daher leisten zu können, dass augenblicksbezogene Hoffnungen von Opponenten der westlichen Integrationspolitik enttäuscht wurden. Stattdessen kam es ihm darauf an, das sowjetische Lager politisch zu immunisieren und militärisch zu stärken sowie die Westdeutschen zum Kampf um Einheit und Geltung gegen die westlichen „Spalter“ zu ermutigen. Verhandlungen erschienen verfehlt, denn dann gelang es den Westmächten vielleicht, die fehlende Bereitschaft des Kreml zu einer demokratischen Wiedervereinigung aufzudecken.

Reaktionen auf den sowjetischen Verhandlungsvorschlag

Für die bürgerlich-nationale Fundamentalopposition gegen Adenauer war die Note eine Offerte der UdSSR, die Wiedervereinigung Deutschlands zu demokratischen Bedingungen zuzulassen, wenn man dem Kreml nur den Verzicht auf militärische Westintegration zugestehe. Stalin habe sich, so meinte man, durch die bedrohliche Aussicht der „Remilitarisierung Westdeutschlands“ (die man selbst nicht wollte) veranlasst gesehen, die Preisgabe des SED-Regimes anzubieten. Dass davon auf östlicher Seite nicht ausdrücklich die Rede war, erklärte man mit Verhandlungstaktik: Moskau wolle die ins Auge gefassten Zugeständnisse nicht vorzeitig auf den Tisch legen. Es verstehe sich doch von selbst, dass Stalin etwas geben müsse,

²² Text: Pravda, 3.10. 1952.

²³ Stenogramma peregovorov I.V. Stalina s Cou Än'laem v avguste-sentjabre 1952g., in: Novaja i novešaja istorija, 2/1997, S. 84.

wenn er die erstrebten diplomatischen Gespräche mit einem Erfolg krönen wolle. Fest von der Konzessionsbereitschaft der UdSSR überzeugt waren freilich nur relativ wenige, doch leuchtete es vielen ein, dass Verhandlungen als „Test“ der sowjetischen Absicht angebracht seien. Diese Ansicht war bis in die CDU/CSU hinein, vor allem in den Kreisen um den Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, verbreitet. Einige verlangten sogar, Bonn solle bei den Westmächten nicht nur intern, sondern auch öffentlich auf eine Konferenz dringen und notfalls von sich aus eine Verständigung mit der UdSSR suchen.²⁴ Ein westdeutscher Deutschland-Dialog mit Moskau war freilich in den Noten gar nicht vorgesehen. Die Bundesregierung hätte für ein solches Vorgehen keine rechtliche Basis gehabt und hätte sich zudem dadurch mit den Westmächten verfeindet, deren Rückhalt allein eine denkbare Chance des Verhandlungserfolgs bot.

Adenauer hielt es zwar für nicht völlig ausgeschlossen, dass der Kreml es ernst meinen könnte, wollte aber auf keinen Fall das Bekenntnis der Bundesrepublik zum Westen in Zweifel ziehen. In der noch immer schwierigen, von Ungewissheit bestimmten Lage seines Landes hielt er es für vordringlich, außenpolitische Zuverlässigkeit zu beweisen und Vertrauen im Westen zu gewinnen. Erst wenn man sich so über lange Zeit hinweg feste Unterstützung verschafft habe, könne man in Verhandlungen mit der UdSSR eintreten. Die unauflösliche Verbindung mit den westlichen Ländern war nach seiner Ansicht vollkommen unerlässlich für die Lösung der deutschen Frage. Wenn man den Dialog anders als von der Position solcher „Stärke“ aus beginne, leiste man nur den Bestrebungen des Kreml zur Schaffung eines politischen Vakuums Vorschub, das zu erwarten wäre, wenn sich die amerikanischen Truppen, wie in der Note gefordert, über den Atlantik zu-

²⁴ Zur Meinungsbildung in der Bundesrepublik vgl. Graml, Hermann: Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat? Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1977, S. 821-864; Graml, Hermann: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1981, S. 307-341; März, Peter: Die Bundesrepublik zwischen Westintegration und Stalin-Noten. Zur deutschlandpolitischen Diskussion 1952 in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der westlichen und der sowjetischen Deutschlandpolitik, Frankfurt/Main 1982; Kittel, Manfred: Zur Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952-1958, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1993, S. 355-390.

rückziehen würden. Ohne die USA könne sich Deutschland, ja nicht einmal ganz Westeuropa gegenüber der UdSSR behaupten. Die Sowjetunion könne dann dank ihrer geographischen Nähe und ihrer Machtmittel den entscheidenden Einfluss ausüben. Um das zu verhindern, komme es darauf an, zunächst den Bund mit dem Westen zu knüpfen und dann aufgrund der damit hergestellten unauflöslichen Gemeinsamkeit das Gespräch mit dem Kreml zu suchen. Zudem befürchtete der Bundeskanzler ein „neues Potsdam“, d.h. die Möglichkeit einer Vier-Mächte-Verständigung auf Kosten Deutschlands.²⁵ Er hielt Vereinbarungen für unerlässlich, die den Westen auf den Bonner Standpunkt in der Frage der Einheit verpflichteten und ihn von einem Vorgehen ohne deutsche Mitwirkung abhielten. Deshalb kam es für ihn nicht in Betracht, irgendetwas zu unternehmen, was den Konsens mit den Westmächten stören konnte.²⁶

In Paris hatten innenpolitische Erwägungen Vorrang und legten eine etwas andere Reaktion auf das sowjetische Verhandlungsangebot nahe. Zwar waren die französischen Führer so wie Adenauer grundsätzlich der Ansicht, dass die Politik der Westintegration fortgesetzt werden sollte. Aber im Lande war die Ablehnung gegenüber der Wiederaufstellung deutscher Truppen weit verbreitet. Die Regierung suchte den Eindruck zu vermeiden, dass sie auch nur die geringste Chance zu einer Alternativregelung unbeachtet vorübergehen lasse. Um der einheimischen Öffentlichkeit ihren guten Willen zu zeigen, war sie geneigt, auf die sowjetische Offerte einzugehen, und hoffte insgeheim darauf, dass es zu keiner Vereinbarung kommen und damit der Beweis für die Notwendigkeit der Integrationsverträge erbracht werde.²⁷ Diese stark von innenpolitischen Ängsten und Rücksichten bestimmte Haltung rief beim Bundeskanzler Sorge hervor. Er fürchtete, dass es - entgegen dem Kalkül der französischen Außenpolitiker - zu einer Entwicklung kom-

²⁵ Die Vorstellung bezieht sich auf die Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945, als die Führer der USA, Großbritanniens und der UdSSR Verfügungen über das besiegte Deutschland trafen. Adenauer hat wiederholt darauf als seinen „Alptraum“ hingewiesen, dessen neuerliches Wahrwerden verhindert werden müsse.

²⁶ Neben der vorvorigen Fußnote siehe Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 909-918; Küsters, Hanns Jürgen: Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, München 2000, S. 599f., 601-606.

²⁷ Meyer-Landrut, Nikolaus: Frankreich und die deutsche Einheit. Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952, München 1988, S. 74-106.

men könnte, welche die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft und das Europa-Engagement der USA wieder in Frage stellen würde. Das war ein wesentliches Motiv für den Nachdruck, mit dem Adenauer bei den Hochkommissaren auf ein ablehnendes Votum drang.

Die amerikanische Führung war wie der Bundeskanzler für eine Ablehnung des sowjetischen Konferenzvorschlags. Es ging ihr vor allem darum, das in seiner Freiheit bedrohte Westeuropa durch eine feste Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem zu stabilisieren und widerstandsfähig zu machen. Der westdeutsche Beitrag dazu erschien in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht völlig unverzichtbar. Die vermutete Möglichkeit, die UdSSR würde vielleicht einen hohen Preis zahlen, wenn die Bundesrepublik aus dem Westen herausgebrochen werde, rief in Washington Sorge hervor. Denn dann wäre die Sicherheit der westeuropäischen Länder akut bedroht, die USA würden aus Europa hinausgedrängt werden, und die Deutschen wären zusammen mit ihren westlichen Nachbarn längerfristig sowjetischer Kontrolle unterworfen. Nicht allein ein derartiges Ergebnis von Vier-Mächte-Verhandlungen, sondern bereits die Erwägung einer Wiedervereinigungslösung schien zu diesem Zeitpunkt fatal: Die Ratifikation der kurz vor der Paraphierung stehenden Verträge mit der Bundesrepublik und damit das Inkrafttreten der mühsam ausgehandelten Regelungen würden hinfällig werden, wenn den Westeuropäern, und sei es auch nur zum Schein, eine Alternative zur Aufstellung deutscher Truppenverbände geboten würde. Damit wäre nicht nur die Mühe umsonst gewesen, die widerstrebenden Seiten angesichts gemeinsamer sowjetischer Bedrohung zusammenzubringen: Von einem Wiederanfang nach Scheitern des ersten Anlaufs wurden kaum überwindliche neue Probleme, zumindest aber endlose Verzögerungen befürchtet.²⁸

Im Ergebnis akzeptierten die Westmächte Verhandlungen über einen Friedensvertrag nur unter der Voraussetzung, dass die UdSSR eine gesamtdeutsche Regierung auf der Grundlage freier Wahlen zulasse und dieser in der Bündnisfrage volle Handlungsfreiheit zubillige - Bedingungen, von denen jeder wusste, dass die sowjetische Seite darauf nicht eingehen würde.²⁹ Die sowjetische Note vom 9. April stellte diesen Entschluss infrage. Der Hinweis auf die Möglichkeit „freier gesamtdeutscher Wahlen“ veran-

²⁸ Hierzu Graml, H.: Die Legende, a.a.O., S. 316-331; Küsters, H.J., a.a.O., S. 597f., 600-606.

²⁹ Küsters, H.J., a.a.O., S. 601.

lasste nicht nur den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zu dem Verlangen, die sowjetischen Absichten ernsthaft zu prüfen. Auch Jakob Kaiser und andere CDU/CSU-Politiker drangen nunmehr darauf, man dürfe nichts unversucht lassen, um die Bereitschaft der UdSSR zur Zulassung demokratischer Verhältnisse im vereinigten Deutschland auszuloten. Zugleich verstärkte sich in verschiedenen westlichen Regierungen die Neigung, probeweise mit der UdSSR zu verhandeln. Führende Politiker fassten ein Treffen der Hochkommissare mit dem Leiter der Sowjetischen Kontrollkommission ins Auge, auf dem ein gesamtdeutsches Wahlgesetz besprochen werden sollte. Vielleicht könnte man sich dabei auf Wahlen einigen, bevor die sonstigen Probleme der deutschen Einheit auf den Tisch kämen. Dem Bundeskanzler drohte politische Isolierung, wenn er auf seinem abweisenden Standpunkt beharrte. Er sah sich - wenn auch mit Bedingungen und Vorbehalten - dazu bewogen, mit Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wahlfrage einverstanden zu sein. Zu dem Gespräch zwischen den Leitern der Besatzungsbehörden kam es jedoch nicht. Ehe die Hochkommissare einen entsprechenden Vorschlag formulieren konnten, setzte sich in den USA die Auffassung durch, im Blick nicht zuletzt auf die - als wankelmütig eingeschätzten - Franzosen sei auch das geringste Eingehen auf die Note abzulehnen.³⁰

Fazit:
Gleichgerichtetes Verhalten aus gegensätzlicher Motivation

Vergleicht man das Verhalten der Verantwortlichen in West und Ost, so ergibt sich der paradoxe Befund, dass die sich feindlich gegenüberstehenden Akteure das Gleiche wollten: der Vier-Mächte-Konferenz, die in der sowjetischen Note gefordert wurde, aus dem Weg gehen. Beiden Seiten erschienen Verhandlungen über Deutschland riskant und nachteilig. Jede von ihnen sah darin ein Instrument, mit dem der Gegner seine Sache vorantreiben und der eigenen Position Schaden zufügen könnte. Die westlichen Regierungen wollten nicht zulassen, dass der Kreml die vorgeschlagenen Gespräche als Waffe gegen die Integration der Bundesrepublik benutzte, etwa indem er Verhandlungen darüber endlos hinauszögerte, ohne ein Ergebnis zuzulassen. Dann, so war die Sorge, würden die geweckten Hoffnungen den weithin

³⁰ Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 916-924.

ungeliebten Integrationsverträgen den Boden entziehen, ohne dass Moskau dafür wirklich einen Preis zahlen würde. In Moskauer Sicht dagegen stand die Gefahr im Vordergrund, dass die UdSSR dazu genötigt werden könnte, einen Offenbarungseid bezüglich der Bereitschaft zu demokratischer Wiedervereinigung abzulegen.

Die Sorge im Westen vor Finten und Manövern während einer Konferenz erscheint begründet. In der Bundesrepublik wie im westeuropäischen Ausland gab es einen weit verbreiteten Widerwillen gegen die Aufstellung deutscher Truppenverbände. Eine vom Kreml auf der Vier-Mächte-Konferenz lediglich angedeutete Bereitschaft, gegebenenfalls auch über Regime und System im künftigen vereinigten Deutschland zu reden, hätte große Wirkung im Westen hervorgerufen. In welchem starkem Ausmaß das zu erwarten war, zeigte sich, als in der zweiten sowjetischen Note das Stichwort „gesamtdeutsche freie Wahlen“ auftauchte: Auch wenn eigentlich kaum ein Zweifel daran bestehen konnte, dass keine Änderung der früheren, auf Ausschluss der Option einer „Wiedervereinigung durch freie Wahlen“ abzielenden Position vorlag, gerieten die Befürworter einer Ablehnung in größte Schwierigkeiten. Es lässt sich daher leicht ausmalen, wie die ganze Westintegrationspolitik unhaltbar geworden wäre, wenn Stalin diese Richtung mit einigem Nachdruck weiter verfolgt hätte, ohne es darum aufrichtig zu meinen. Die Verantwortlichen in den westlichen Hauptstädten, welche das sowjetische Verhandlungsangebot als Manöver zu diesem Zweck oder als strategischen, mittels zeitweiliger Zugeständnisse geführten Schlag gegen das Europa-Engagement der USA ansahen, hatten Grund zu der Sorge, eine auch nur vage geäußerte Bereitschaft der Sowjetunion zu Verhandlungen könne der Strohalm sein, nach dem alle begeistert greifen würden, die den westdeutschen Wehrbeitrag loswerden wollten - mit dem Ergebnis, dass die Politik des Westens völlig ruiniert wäre, ohne dass man die UdSSR zur Aufgabe von irgendetwas genötigt hätte.

Stalin erkannte diese Chance nicht. Er hatte stattdessen die unliebsame Aussicht vor Augen, der Westen könne ihn bei Verhandlungen mit Vorschlägen konfrontieren, die ihn zum Offenbarungseid in der Deutschland-Politik zwingen würden. Freilich dürfte auch die Überlegung eine wichtige Rolle gespielt haben, der bloße Anschein der Bereitschaft zur Preisgabe eines kommunistischen Regimes könnte in den ostmitteleuropäischen Volksde-

mokratien unkalkulierbare Wirkungen auslösen.³¹ Das ändert nichts an der Tatsache, dass sich der Kremlführer der Möglichkeiten nicht bewusst war, die ihm eine Vier-Mächte-Konferenz eröffnet hätte.

Das eingeschränkte Blickfeld des Kreml hängt mit einer Mentalität zusammen, die man als Alles-oder-nichts-Syndrom bezeichnen könnte: Er war von vornherein zum Zusammenwirken nur mit solchen Kräften bereit, die sich seiner Führung unterwarfen; wer die Unterordnung ablehnte, wurde als Widersacher betrachtet und behandelt. Diese Einstellung verwehrte es den Moskauer Akteuren, das Unterstützungspotenzial all derer zu nutzen, die sich um der erhofften Verständigung mit der UdSSR willen gegen die Integration der Bundesrepublik in die NATO-Verteidigung wandten und/oder vor einer Entscheidung für den westdeutschen Wehrbeitrag die sowjetischen Absichten „testen“ wollten. Moskau hinderte die westlichen Politiker - neben den französischen Wiederbewaffnungsgegnern auch Premierminister Churchill, der sich vor der Note in Moskau vergeblich um eine Regelung demokratische Wiedervereinigung gegen westdeutschen Ausstieg aus der Militärintegration bemüht hatte³² - an der Formulierung von Alternativen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Der bürgerlichen Anti-Adenauer-Opposition in der Bundesrepublik wurde die Zielperspektive genommen, indem ihre Hoffnung auf deutschland-politischen Ausgleich zwischen Ost und West keine Nahrung erhielt. Obwohl der Kreml Heinemann mit seinen Mitstreitern zubilligte, dass sich seine Befürwortung der Wiedervereinigung mit seiner Politik vertrug, sah er sie wegen ihrer politischen Unabhängigkeit und ihres demokratischen Bekenntnisses als feindliche Rivalen an, die statt der kommunistischen Kader die - illusionistisch als sehr stark eingeschätzte - westdeutsche „Volksbewegung gegen Remilitarisierung und für nationale

³¹ Stalin kann dieser Gesichtspunkt (der in den verfügbaren Quellen nicht nachzuweisen ist) nicht fremd gewesen sein, nachdem er schon einmal - Mitte 1947 im Blick auf die Verhandlungen über den Marshall-Plan - der Aufrechterhaltung bzw. Konsolidierung der Herrschaft im „äußeren Imperium“ den Vorrang vor aussichtsreichen diplomatischen Manövern gegen die westliche Politik gegeben hatte (M.M. Narinskij, SSSR i „plan Maršalla“, in: M.M. Narinskij, glavnyj redator, Cholodnaja vojna. Noveye podchody, novye dokumenty, Moskau 1995, S. 157-168; S. Periš [Scott Parrish], Povорот k konfrontacii: sovetskaja reakcija na „plan Maršalla“, ebd., S. 173-180; M.M. Narinskij, SSSR i plan Maršalla. Po materialam Archiva prezidenta RF, in: Novaja i novejšaja istorija, 2/1993, S. 11-17).

³² Larres, K., a.a.O., S. 35f

Einheit“ in die Hand bekommen könnten. Er suchte die Gegner der Bonner Politik durch einen Kollaborateur, den früheren Zentrumsabgeordneten und kurzzeitigen Reichskanzler Joseph Wirth, unter seine Kontrolle zu bringen. Dieser hatte jedoch in der westdeutschen Öffentlichkeit zu wenig politischen Kredit, um Einfluss auf die nationale Opposition gegen Adenauer zu gewinnen.³³ Damit beraubte sich Moskau von vornherein einer wichtigen Handlungsoption und erleichterte es dem Bundeskanzler, seine Position im bürgerlichen Lager zu festigen.

Den westlichen Regierungen blieb die geradezu panische Angst des Kreml vor Verhandlungen verborgen. Daher sahen sie nicht, dass sie vermutlich einen leichten Sieg im Propaganda-Krieg um Deutschland hätten erringen können, wenn sie - etwa durch das nach der Note vom 9. April 1952 zunächst geplante Gespräch zwischen den Chefs der vier Besatzungsverwaltungen über konkrete Schritte zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen - die Moskauer Führung auf behutsame, explorative Weise mit unangenehmen Fragen konfrontiert hätten. Aller Voraussicht nach hätte Stalin derartige westliche Initiativen angstvoll abgeblockt und damit die Unaufrichtigkeit seines Gesprächsangebots decouvriert. Der Westen hätte jedoch ein gewisses Risiko einkalkulieren müssen, dass die Dinge trotz aller Vorsicht außer Kontrolle geraten konnten, denn es ließ sich nicht völlig ausschließen, dass dann die Opponenten des westdeutschen Verteidigungsbeitrags in den westlichen Ländern ihre Hoffnungen auf einen Interessenausgleich mit der UdSSR setzten, noch bevor diese zum Offenbarungseid genötigt worden war, und daraufhin die Grundlagen der Integrationspolitik unwiderruflich zerstörten. Der Wille, es auf keinen Fall dazu kommen zu lassen, bestimmte die ablehnende westliche Haltung.

³³ *Äkonomiceskij i politiceskij obzor polo. enija Zapadnoj Germanii v 1951 godu*, AVPRF, 082, 40, 254, 6, Bl. 20-129; Gribanov, M.: *Zaključenije po ekonomiceskomu i politiceskomu obzoru polo. enija Zapadnoj Germanii v 1951 godu*, AVPRF, 082, 40, 254, 6, Bl. 1-19; Lemke, Michael: *Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED in der Bundesrepublik 1949-1957*, in: Mayer, Tilman (Hg.): „Macht das Tor auf.“ *Jakob-Kaiser-Studien*, Berlin 1996, S. 197-202; Schlie, Ulrich: *Diener vieler Herren*, in: FAZ, 8.2.1997; Becker, Robert: *Im Bunde mit der Gesamtdeutschen Volkspartei [Leserbrief]*, in: FAZ, 14.2.1997. Zum Ausmaß, in dem sich Wirth der östlichen Politik unterordnete, siehe: Aktenvermerk Wirth „für Herrn Dertinger“, 31.3.1952, PA-MfAA, A 14852 (Akte Ministerbüro), Bl. 56f.

Torsten Diedrich

Das Jahr 1952 - Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR

„Ein Vertreter einer westlichen Zeitung hat hier wieder mit einem frommen Augenblinzeln die naive Frage aufgeworfen, ob ich bereit sei, über den militärischen Charakter der Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik Auskünfte zu geben. Ich kann ihm darüber keine Auskunft geben, denn die Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik hat keinen militärischen Charakter. Ich muß Sie in diesem Punkt enttäuschen.“¹

Enttäuschend war der Wahrheitsgehalt dieser Aussage, mit der Grotewohl, immerhin SED-Politbüromitglied und Ministerpräsident der DDR, im August 1952 die offensichtlich unbequeme Anfrage eines westlichen Journalisten zum militärischen Aufbau im Osten Deutschlands abzublocken versuchte. Grotewohl wusste: nahezu zeitgleich zu seiner Antwort entstand unter strenger Geheimhaltung im Nordosten der DDR der erste militärische Großverband der Kasernierten Volkspolizei (KVP) nach sowjetischem Vorbild. Dieses Armeekorps wurde aus militärischen Einheiten gebildet, die bereits seit 1948 in der SBZ/DDR kontinuierlich aufgestellt und ausgebildet worden waren.

Am 1. Juli 1952 hatten die aus Tarnungsgründen dem Ministerium des Innern (Mdi) unterstehenden Volkspolizeibereitschaften und -schulen den Namen „Kasernierte Volkspolizei“ erhalten. Trotz der Ankündigung der Schaffung nationaler Streitkräfte auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 sollte, weiterhin weitestgehend geheimgehalten, eine „kampffähige militärische Truppe“² entstehen, die sich in den Folgejahren in der Tat zum stärksten bewaffneten Instrument der Machtsicherung der SED nach innen und außen entwickelte. Doch der Prozess, der im Jahr 1952 eingeleitet wurde, markiert nicht nur den Anfang eines gezielten und umfassenden Aufbaus

¹ Statement Otto Grotewohls auf einer Pressekonferenz in Ostberlin, August 1952. Zitiert nach: Feature zur Aufrüstung in der DDR. In: Deutschland-Radio Berlin, Sendung vom 2.7.1998.

² BA-MA, DVH 2/2062, Bl. 125. Referat Ulbrichts vom 9.1.1953.

von Streitkräften in der DDR, er war Ausgangspunkt einer weitgehenden Militarisierung des ostdeutschen Staates.

Die DDR gehörte zweifelsohne zu den am stärksten militarisierten Gesellschaften der Welt. Militärische und paramilitärische Formationen wie auch ein hypertropher Apparat aus anderen Sicherheitsorganisationen zum Schutz des politischen Systems nach innen und außen besaßen beginnend mit der staatlichen Existenz der DDR einen exponierten Stellenwert im gesellschaftlichen Leben.

Die DDR und ihre Gesellschaft, das soll hier vorab deutlich gemacht sein, war Produkt des Kalten Krieges, der Auseinandersetzung zweier divergierender Gesellschaftsformationen im Nachkriegseuropa. Der Kalte Krieg prägte die DDR in ihrer gesellschaftlichen Struktur ebenso wie in ihrem Sicherheitsdenken und ihren Aufrüstungsbemühungen. Die Infragestellung der Legitimität des ostdeutschen Staates hatte immense Auswirkungen auf die Bedeutung des militärischen Faktors in der Geschichte der DDR. Die bisherigen Untersuchungen zur DDR-Geschichte haben ein extrem ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis der Kommunisten beim Auf- und Ausbau der DDR nach außen und nach innen festgestellt, das nicht ohne Rückwirkungen auf die Gesellschaft blieb und bleiben konnte.

Das Jahr 1952 ist eindeutig ein Schlüsseljahr in der Entwicklungsgeschichte des SED-Staates. In diesem Jahr fielen maßgebliche Entscheidungen, die in ihren Folgen das sicherheitspolitische Antlitz der DDR mitbestimmen sollten, ohne dass das, was die vierzigjährige DDR-Geschichte in Kontinuität und Wandel bestimmte, monokausal in den Jahren 1952/53 zu sehen ist.

Die Ausgangsbedingungen für den ostdeutschen Versuch, mit einer neuen Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild Krieg, Faschismus und Militarismus von deutschem Boden zu verbannen, waren bekanntlich äußerst problematisch. Die DDR entstand unter der Ägide der UdSSR als Produkt des Kalten Krieges in einem Europa, das sich durch die Teilung in zwei Lager prägte und letztlich seine Konfrontationslinie quer durch ein sich in den beiden Teilstaaten konträr entwickelndes Deutschland zog.

Das erklärt die Überbewertung des Machtfaktors zur Sicherung des kommunistischen Herrschaftsbereichs gegen äußere Bedrohung. Gleichzeitig mussten die Kommunisten aber sehr bald erkennen, dass die innere Sicherheit nicht nur durch die „entmachteten Klassen“ gefährdet war, sondern auch dadurch, dass ein Großteil der Bevölkerung der Politik der SED skeptisch gegenüberstand, die Alternative Westdeutschland politisch und wirtschaftlich deutliche Folgen für das innere Gefüge der DDR hatte.

Daraus bestimmten sich die zwei wesentlichen Funktionen der Militär- und Sicherheitspolitik: eine aus der Bedrohungsperzeption entwickelte äußere und eine diktaturtypische, dem sowjetischen Modell entlehnte und sich in konkret spezifischer Eigenentwicklung befindliche innere Funktion. Beide verdeutlichen sich exemplarisch in der Politik der SED-Führung der Jahre 1952/53.

Als beherrschende Kraft im sozialistischen Lager veranlasste die sowjetische Führung die Ostblockländer und mithin die DDR 1952 zu einem Kurswechsel unter planwirtschaftlich/militärischen Aspekten sowie zu einer forcierten Aufrüstung. Ausgangspunkt der radikalen Kursänderung waren die Unterzeichnung und beabsichtigte Ratifizierung der Verträge zur „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, die damit verbundene Konsequenz der geplanten Schaffung von westdeutschen Streitkräften und deren Einbeziehung in ein westliches Militärbündnis.

Ausgehend vom kommunistischen Weltbild des gesetzmäßigen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus und der damit als unvermeidbar empfundenen militärischen Auseinandersetzung beider Gesellschaftssysteme, sahen Stalin und die KPdSU-Führung in dem Zusammenschluss westlicher Staaten eine akute Bedrohung der UdSSR und ihres Einfluss- und Machtbereichs in Europa. Stalin hatte in Fortschreibung der leninschen Theorie eine permanente Verschärfung der politischen, ökonomischen und ideologischen Auseinandersetzung als gesetzmäßig konstatiert. Eckpunkte zur Bestätigung seiner Theorie sah er in der Berlin-Krise 1948, der doppelten Staatsgründung auf deutschem Boden 1949 und dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950.

Letztlich maß Moskau den EVG-Verträgen die Bedeutung der unmittelbaren Kriegsvorbereitung des Westens und der Bundesrepublik gegen die UdSSR und das sozialistische Lager zu. In dieser Bedrohungsperzeption wurden die historischen Erfahrungen der UdSSR von Bürgerkrieg und Intervention 1918-1920 und des deutschen Überfalls 1941 linear auf die Nachkriegsentwicklung fortgeschrieben. 1952 zog man nun die Schlussfolgerung, dass das sozialistische Lager für den möglicherweise bevorstehenden Krieg ökonomisch und militärisch besser gerüstet sein müsse als der potentielle Gegner. Den von Moskau für die DDR erarbeiteten Kurs verkündete die II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Er zielte darauf, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens „die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus“ zu schaffen sowie eigene nationale Streitkräfte der DDR aufzustellen. Damit gab Moskau grünes Licht für eine eigenständige DDR-Entwicklung, die dem ostdeutschen Staat die Rolle eines „sozialistischen Bollwerks“ gegenüber der

Bundesrepublik und den angrenzenden westlichen Großmächten zuge dachte.

Aus militärischer Sicht war die DDR der am weitesten vorgeschobene Posten des sowjetischen Imperiums im Herzen Europas und damit Ausgangsbasis und Operationsgebiet der militärischen Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus. Das erklärt beispielsweise die sowjetische Militärpräsenz in der DDR mit fast 500.000 Mann starken Elitetruppen in 6 Armeen.³

Die UdSSR ging in ihren militärdoktrinären Vorstellungen davon aus, dass nie wieder ein Vordringen wie das der Wehrmacht 1941 auf ihr Territorium zugelassen werden durfte. Sie schuf daher einen von ihr politisch und militärisch dominierten Ring befreundeter Länder um das sowjetische Imperium. Als Beginn eines Krieges nahm man in den Planspielen grundsätzlich einen „imperialistischen Überfall“ auf den Ostblock und die UdSSR an. Dieser sollte schnellstmöglich zurückgeschlagen und der Krieg auf das gegnerische Territorium getragen werden. Hier gedachte man den „Aggressor“ zu vernichten. Auf Grund dieser militärdoktrinären Vorstellung waren die sowjetischen Streitkräfte offensiv ausgerichtet und durch eine überlegene Panzerwaffe gekennzeichnet.⁴

Damit spielten die angrenzenden sozialistischen Länder und letztlich die DDR im operativen Denken sowjetischer Militärs eine wesentliche Rolle. Die DDR-Seestreitkräfte sollten künftig den Ostseeraum sichern und Basis für die Operation der sowjetischen Ostseeflotte bieten, die DDR-Land- und Luftstreitkräfte gemeinsam mit den Besatzungstruppen in der DDR die erste strategische Staffel bei einem Angriff auf den Ostblock bilden, welche den Angriff aufhielt und die Ausgangslage für den Angriff der zweiten strategischen Staffel aus dem polnisch/sowjetischen Raum schaffen sollte.

Die Bollwerks- und Durchmarschfunktion prägte die gesamten Anforderungen an Streitkräfte und Rüstungswirtschaft der DDR seit 1952 bis 1989 und bestimmte damit den Stellenwert des militärischen Faktors in der SED-Politik erheblich. Aus diesem militärdoktrinären Denken bestimmten sich letztlich bis Ende der achtziger Jahre die Anforderungen des Warschauer

³ In der DDR waren 1952 stationiert: die 3. Armee im Land Sachsen/Anhalt, die 8. Garde-Armee im Land Thüringen, die 1. Garde-Armee im Land Sachsen, die 3. Garde-mech. Armee im Land Mecklenburg, die 4. Garde-mech. Armee im Land Brandenburg und die 16. Luftarmee mit Stabsitz Wünsdorf.

⁴ Vgl. Diedrich, Torsten; Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee, Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956, Berlin 2001, S. 99-103.

Paktes an die Streitkräfte und die Verteidigungsvorbereitungen der DDR. Ebenso gewichtig ist für den untersuchten Zeitraum die Tatsache, dass die UdSSR zumindest im Bereich der bewaffneten Gewalt auch nach der Gründung der DDR alle Hoheitsrechte ausübte und nach ihren deutschlandpolitischen und allgemeinen Sicherheitsinteressen gestaltete. Das beweisen die militärpolitischen Anweisungen Moskaus an die führenden Repräsentanten der DDR ebenso wie die strikten Kontrollen der Realisierung über SMAD und SKK sowie die Positionierung militärischer Berater als Kontrolleure auf allen militärischen Ebenen.

Im Frühjahr 1952 „empfahl“ Moskau in Gesprächen, zu denen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht vom 31. März bis 10. April in Moskau weilten, die pazifistische Phase der DDR-Politik zu beenden und nationale Streitkräfte sowie eine Rüstungsindustrie zu schaffen. Erste Pläne über die Streitkräftegröße sahen die Aufstellung einer 300.000-Mann-Armee vor. Die sowjetischen Wünsche orientierten sich am geplanten Militärbeitrag der Bundesrepublik.

Wie komplex die Vorstellungen zur Wiederbewaffnung in der DDR konzipiert wurden, verdeutlichen die Stichpunkte Piecks aus diesen Besprechungen. In seinen Mitschriften hielt er die Forderung nach der Bildung einer Armee, deren Ausrüstung und die Schaffung eines Dienstes der Jugend für Deutschland fest.⁵ Die UdSSR schlug die Aufstellung einer Armee mit 9-10 Armeekorps mit 30 Divisionen vor, in der DDR sollten 8 Wehrkreise entstehen. Verhandelt wurden die Kaderausbildung der Armee-Führungskräfte in der UdSSR, die vormilitärische Ausbildung der DDR-Jugend sowie die Schaffung ziviler Organisationen der Verteidigung.⁶ Am 7. April 1952 präziserte Stalin die der DDR gestellten Aufgaben. Es gelte, eine ausgebildete Armee zu schaffen, die vollkommen bewaffnet und aus Infanterie, Marine, Aviation⁷, Unterseebooten, Panzern, Artillerie und Jägerdivisionen bestehen sollte.

Die Demarkationslinie zur Bundesrepublik wurde in Moskau zur gefährlichen Grenze erklärt, an der man mit terroristischen Akten rechnen müsse und die jetzt in der ersten Linie mit Grenzpolizei und MfS und dahinter mit

⁵ Vgl. SAPMO-BArch, NY 36/696, Bl. 26. Mitschriften Wilhelm Piecks.

⁶ Vgl. ebd., Bl. 27.

⁷ Gemeint ist hier die Luftwaffe.

Sowjetsoldaten zu sichern sei.⁸ Hier liegen die Ursprünge komplexer militärischer Grenzsicherung in der DDR.

Die Grenzpolizei hatte nach sowjetischem Vorbild ein militärisches Profil zu entwickeln und war, wie in der UdSSR, dem MfS zu unterstellen. Die Westgrenze beabsichtigte man durch Schutz- und Sicherheitsstreifen verstärkt zu sichern.⁹ Mit den Maßnahmen zur Verschärfung des Grenzregimes vom Mai/Juni 1952 wurde diese Forderung rigoros umgesetzt.

In zwei Beratungen mit SKK-Vertretern (Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Cujkov und Semenov) am 14. April und am 18. April 1952 wurde Einigkeit über die Notwendigkeit der Schaffung von Streitkräften und einer Rüstungsindustrie in der DDR erzielt. Die Beratenden konkretisierten die Frage der Wehrkreise, die durch Veränderung der Länder- und Kreisgrenzen verkleinert werden sollten und mithin einen Hintergrund der Schaffung von Bezirken im Juli 1952 bildeten.¹⁰

Das Bild komplexer Verteidigungsvorbereitung nach sowjetischem Muster rundeten mehrere konkrete Beschlüsse des Politbüros vom 6. Mai ab: Die Bildung des „Dienst für Deutschland“ (DD), der Organisation „Schutz der Heimat“ (die spätere Gesellschaft für Sport und Technik (GST)), des „Deutschen Roten Kreuzes“, mit dem die Errichtung einer breiteren Basis medizinischer Versorgung im Kriegsfall angedacht war, des „Staatssekretariats für Körperkultur und Sport“ zur körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung wurde vor allem auch mit militärpolitischem Hintergrund beschlossen.¹¹

⁸ Vgl. BArch, DY 30 I IV 2/2/206, Bl. 1ff. sowie ebd. SAPMO-BArch NY 36/695, Bl. 113f. Protokoll der Politbürositzung vom 11.4.1952; Honecker und Hoffmann wurden für die „Organisation von Jugendlagern“ (DD) verantwortlich gemacht und ebenso die Vorbereitung der freiwilligen gesellschaftlichen Organisation „Schutz der Heimat“ (GST) angewiesen.

⁹ Vgl. BA-MA, DVH 3/ 2073, Bl. 86f. Berater-Plan vom 12. Juni 1952.

¹⁰ Vgl. SAPMO-BArch, NY 36/736, Bl. 301ff. Notizen Piecks am 14.4.1952 und Pieck-Aufzeichnungen, S. 400; auch Hajna, Karl-Heinz: Auflösung Länder. Bildung von Bezirken, in: Brüche/Krisen/Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 88ff.

¹¹ Vgl. BArch, DY 30 I IV 2/2/210 o.B. Protokoll der Politbürositzung vom 6.5.1952. Zu den von der UdSSR angewiesenen Maßnahmen siehe auch: Ebd.; SAPMO-BArch NY 36/657, Bl. 128ff., ebd., NY 90/699, Bl. 11ff. sowie ebd., NY 36/736, Bl. 302. Zur Umsetzung: Ebd., DY 30 I IV 2/3/293, Bl. 16. Protokoll der Sekretariatssitzung

Der Transformationsprozess war im militärischen Bereich vollkommen. Ein Verteidigungsministerium wurde in seinen Strukturen angedacht, jedoch vorerst verdeckt realisiert. Die fortan gültige Zweiteilung des Ministeriums des Innern in eine Staatliche Verwaltung des Innern und ein „Verteidigungsministerium“ mit der Verantwortung für die bewaffneten Organe, deren Ausrüstung und für die Rüstungsproduktion (verantwortlich das Büro für Wirtschaftsfragen und ab 1955 das Amt für Technik im Mdl) entsprach diesem Ansinnen.

Die Umgestaltung der „Polizeitruppen“ und deren Ausrüstung mit schweren Waffen war im Frühjahr 1952 bereits ebenso angelaufen. Auf allen militärischen Ebenen hielten insgesamt 467 neue sowjetische Berater Einzug.

Verschiedene Indizien weisen darauf hin, dass ein Korps mit 2 Divisionen sogar in der UdSSR aufgestellt und ausgebildet werden sollte, um in kurzer Zeit für die DDR nicht nur einen „Kaderstamm“, sondern eine kampftechnisch einsatzfähige Truppe zu schaffen.¹² Der Plan scheiterte offenbar an Personalmangel. Auch ein lokaler Luftschutz sollte geschaffen werden.¹³

Die sowjetische Deutschlandpolitik, der „Zick-Zack-Kurs“ zum Sozialismus, wie ihn die SKK bereits 1950 empfahl¹⁴, fand jetzt unter veränderten Vorzeichen seine Fortführung. Das Taktieren der UdSSR erfolgte aus einer Position der Stärke heraus, die zumindest die Sicherung des bereits errungenen Machtbereiches im Auge hatte.¹⁵ Das Festhalten war jedoch gleichzeitig mit dem Versuch der Spielraumerweiterung kombiniert.

Eine militärisch gerüstete DDR konnte dabei ein Faustpfand für Verhandlungen sein, wie es Angebote der Jahre 1953/54 verdeutlichen.¹⁶ Die Frage,

vom 23.5.1952. Die Bildung des DD war auf der Sekretariatsitzung vom 11.4.1952 beschlossen worden. Das Konzept lag dem Politbüro am 6. Mai 1952 vor. Vgl. BArch, DY 30 IV 2/4/267 und I IV 2/2/210. Protokoll der Politbürositzung vom 6.5.1952.

¹² Vgl. ebd., SAPMO-BArch NY 36/736, Bl. 302ff. Notizen Piecks aus der Besprechung am 14.4.1952.

¹³ Vgl. ebd., Bl. 301f.

¹⁴ Vgl. ebd., Bl. 302.

¹⁵ Vgl. Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: Deutschland Archiv, 24 (1991), H. 7, S. 690.

¹⁶ So bot die DDR der Bundesrepublik Verhandlungen über die Stärke, Bewaffnung und Dislokation der Polizeieinheiten in beiden deutschen Staaten an. Vgl. Dokumente zur Außenpolitik DDR, S. 104; Protokoll IV. Parteitag, S. 30f.

ob mit diesen Streitkräften mit Blick auf eine mögliche Einigung mit den Westmächten im Kontext eines verschiedentlich diskutierten künftigen Friedensvertrages nicht auch ein ostdeutscher militärischer Grundstock für die eventuell dann entstehende gesamtdeutsche Armee geschaffen werden sollte, muss in Erwägung gezogen werden, kann jedoch ohne sowjetische Quellen nicht beantwortet werden. Indizien gibt es, hatte man doch bereits Anfang der fünfziger Jahre HVA-Offiziere beschworen, bereit zu sein, ihren Dienst auch in Hamburg oder München zu verrichten.

Obwohl die sowjetische Führung letztlich allein über alle militärischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen in Ostdeutschland entschied, kamen die sowjetischen Intentionen der DDR-Führung sehr entgegen. Für sie gehörte eine Armee zur Sicherung des politischen Herrschaftssystems und zur militärischen Verteidigung des Landes zu einem jeden „richtigen“ Staat dazu. Das Politbüro der SED verstand die angewiesenen Maßnahmen als Stärkung zum einen der eigenen Machtposition im Innern des Landes, zum anderen der internationalen Stellung der DDR in Europa. Damit lassen sich durchaus Parallelen zu den Intentionen der regierenden CDU in der Bundesrepublik im Hintergrund mit den Bestrebungen zur Westintegration und für einen eigenständigen Wehrbeitrag in einem westlichen Militärbündnis ziehen. Auf beiden Seiten sah man, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung, die Stärkung des herrschenden Status quo, das Vorhandensein deutscher Streitkräfte als Voraussetzung und Garant neuer europäischer Akzeptanz, vollständiger Souveränität und Sicherung des Herrschaftsbereiches gegen den anderen deutschen Staat. Hinter den gegensätzlichen deutschen Intentionen standen zudem die der jeweiligen Siegemächte.

Machtsicherung im Osten betrieb die UdSSR seit 1948. Hier waren kasernierte Einheiten der Polizei geschaffen worden, begann die militärische Ausbildung in den ostdeutschen Formationen. Nach der Gründung der DDR wurden die Bereitschaften und Schulen der Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA) im MdI militärisch gegliedert 1950 in Regimentsstruktur formiert. Dies geschah unter strikter Geheimhaltung, um den Verhandlungsspielraum für Deutschland als Ganzes zu wahren. Für eine gewisse Kontinuität der Aufrüstung in der DDR, welche die Deutschland-Note als mehr politisches Manöver denn als reale Chance erscheinen lässt, gibt es 1952 verschiedene Indizien.

- (1) Bei der Vorbereitung der II. Parteikonferenz im Februar spielte die Streitkräftefrage im SED-Politbüro keine Rolle,¹⁷ wohl jedoch eine Verwaltungsreform, welche die Auflösung der 5 Länder in der DDR zugunsten von auf Länderbasis gegliederten Bezirken vorsah.¹⁸
- (2) Im Januar 1952 sorgte eine Pressemitteilung der Westberliner Zeitung „Der Tag“ für Aufregung bei der DDR-Führung. „Der Tag“ meldete, dass der HVA-Chef, Generalinspekteur Heinz Hoffmann, bei einem VP-Neujahrsempfang in Adlershof angekündigt habe, zum 1. Mai ein Polizeidienstgesetz einzuführen. Ein Neujahrsempfang hatte nicht stattgefunden. Jedoch gab es in einem sehr kleinen Kreis tatsächlich ein geheimes Gespräch mit SKK-Offizieren, in dem für den Juni 1952 die Einberufung von 250.000 Mann auf der Grundlage einer Wehrpflicht erwogen worden war.¹⁹
- (3) Bei der Entwicklung der Seepolizei und dem Aufbau der VP-Luft sind Zäsuren vor den April-Gesprächen feststellbar. In der 1950 gegründeten HV Seepolizei begann sehr offensichtlich Anfang 1952 eine qualitativ neue Entwicklungsetappe.

Im Februar 1952 legte der Ausbildungsbefehl des Leiters der HVS die Stoßrichtung für die Entwicklung der Marineeinheiten der DDR fest: den Ausbau des bewaffneten Schutzes der Küste der DDR. Dafür wurde Anfang 1952 eine deutliche Erweiterung des Struktur- und Stellenplans der HVS angewiesen. Mit Jahresbeginn erfolgte der Aufbau der Peenewerft als Zentrum des künftigen militärischen Schiffbaus und des Hafens von Peenemünde als Hauptstützpunkt der Marinekräfte der DDR. Gleichzeitig war die Projektierung eines modernen Seekriegshafens in Bug-Danske auf Rügen angelaufen. Am 15. November 1951 hatte der Ministerrat der UdSSR die Aufstellung einer Kadertruppe für die Bildung einer „DDR-Luftwaffe“ beschlossen und das sowjetische Streitkräfteministerium angewiesen, von 1952 bis 1954 220 deutsche Jagdfliegerpiloten auf dem sowjetischen Düsenjäger MiG-15 zu schulen.²⁰ 35 ausgewählte Mitglieder der FDJ und SED sollten zu Kom-

¹⁷ Vgl. ebd., SAPMO-BArch NY 36/654, Bl. 1ff. Vorschläge des Politbüros in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz.

¹⁸ Vgl. Hajna: Auflösung Länder, S. 92.

¹⁹ Vgl. BStU, AP 11095/70, Bl. 69. Bericht der MfS Abt I/1 vom 11.1.1952.

²⁰ Vgl. Wettig, Gerhard: Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947-1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 406f.

mandeuren von Fliegerstaffeln bzw. einer Luftwaffenführung an sowjetischen Fliegerhorsten qualifiziert werden. Sechs Flugzeuge vom Typ RD-10 standen in der DDR bereit, im ersten Quartal 1952 ostdeutsches Bodenpersonal auszubilden. Der Startschuss für den Aufbau von Fliegerkräften erfolgte im Februar 1952 mit der Eröffnung des 1. Ausbildungslehrganges für Flieger der „MiG 15N“, womit klar war, dass die Luftwaffen sofort den damals hochmodernen sowjetischen Strahltriebwerksjäger bekommen sollte. Auch für die Landeinheiten gibt es gleichlaufende Indizien. Der Chef der HVA erließ am 5. März 1952 einen Befehl zur Werbung von VP-Anwärtern über neu zu bildende Landes- und Kreiswerbkommissionen. Das deutet nicht nur auf eine vor der Verkündung der Stalin-Note beschlossene deutliche Vermehrung des Personalbestandes hin, sondern dokumentiert die Veränderung des gesamten Werbesystems.²¹

Wenngleich ohne sowjetisches Archivmaterial keine weiteren definitiven Aussagen zu den Aufrüstungsvorgaben Anfang 1952 an die DDR gemacht werden können, wird offensichtlich, dass bereits vor der Ablehnung der „Stalin-Note“ und der Unterzeichnung des General- und EVG-Vertrages im Mai 1952 deutliche Schritte hin zur Konsolidierung der Gesellschaftsordnung in der DDR und zur Entwicklung von Streitkräften eingeleitet wurden.

Folglich sind nach den Aprilgesprächen Kontinuität und Wandel bei der Aufrüstung in der DDR feststellbar. Es erfolgt ein kontinuierlicher Ausbau des Militärapparates, allerdings seit April auf einer wesentlich höheren qualitativen Stufe als vorab geplant.

Seit 1952 befanden sich allein Landstreitkräfte in vier Armeekorps (Tarnbezeichnung Territorialverwaltungen) und einem geplanten Personalbestand von 160.000 Mann in Aufstellung. Dazu existierten jetzt mit der VP-See und der VP-Luft alle drei Teilstreitkräfte einer Armee. Verfügte der Vorläufer der KVP, die HVA, Anfang 1952 über etwa 50.000 Angehörige, so erreichte die KVP durch eine massiv anlaufende und alle gesellschaftlichen Bereiche tangierende Werbung Ende 1952 eine Stärke von über 90.000 und Mitte 1953 von 113.000 Mann. Allein das zeigt den gewaltigen Kraftaufwand zur Realisierung der gestellten Aufgaben in kürzester Zeit.

Allein das musste erhebliche wirtschaftliche Folgen zeitigen. Um nur ein Beispiel zu benennen: Der Produktion entzog man durch die Werbung für

²¹ Vgl. BA-MA, DVH 1/ 009, Bl. 1f. Befehl 173/52 vom 5.3.1952.

die Kasernierte Volkspolizei kurzfristig 60.000 junge Facharbeiter.²² Wie sehr sie letztlich in der Produktion fehlten, zeigen im Frühjahr 1953 Aufrufe der FDJ an junge Mädchen, ihre Tat für den Frieden durch die Besetzung des Arbeitsplatzes eines zur KVP geworbenen männlichen Jugendlichen zu leisten.

Begonnen wurde mit dem Aufbau der Territorialverwaltung Pasewalk in den Wäldern des Nordostens der DDR. Zu diesem Armeekorps gehörten neben einer Reihe von selbstständigen Einheiten 2 Infanteriedivisionen mit je über 13.000 Soldaten in Prora und Rostock sowie eine mechanisierte Division (sprich Panzerdivision) ähnlicher Stärke in Eggesin.

Hier mussten die Kasernen und das dazugehörige Wohnumfeld für die Soldatenfamilien erst geschaffen werden, was zu einer zeitweiligen Lahmlegung des zivilen Bauwesens in der zweiten Hälfte des Jahres 1952 führte. Dieses „sozialistische Großprojekt“- der Bau von 54 Kasernen und 650 Wohnkomplexen - war gleichzeitig Einsatzschwerpunkt für die Jugendlichen des DDR-Arbeitsdienstes „Dienst für Deutschland“.²³

Die anderen drei geplanten Armeekorps im Süden der DDR mussten vorerst in Regimentsstruktur belassen werden, da es an Personal und Waffen fehlte. Sie wurden nach dem 17. Juni letztlich zu nur einem Armeekorps zusammengefasst, weil die DDR weder personell noch materiell in der Lage war, die geplante Armeegröße zu realisieren.

Ende 1952 verfügte die VP-See über 7.534 Offiziere, Unteroffiziere und Matrosen. In diesem Jahr war der Auf- und Ausbau von Stützpunkten und Formationen der VP-See entlang der Ostseeküste erfolgt. Es entstand vorerst eine Marine mit Küstenschutz- sowie Minenlege- und Räumbooten, da das Personal erst ausgebildet werden musste.

Anders als bei Land- und Lufteinheiten, sollte die DDR den Schiffsbedarf der VP-See von vornherein aus dem eigenen Marinebauprogramm realisieren. Das 1952 erstellte und im März 1953 vorgelegte Marinebauprogramm, das sog. „Zeuthener Protokoll“, sah bis 1956 den Aufbau von Marinestößkräften mit Fregatten, Schnellbooten, U-Bootsjagdschiffen und U-Booten in einer Gesamtzahl von 139 Front- und Kampfschiffen vor.

²² Vgl. Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Zu militärhistorischen Aspekten bei Ursachen und Verlauf der Unruhen, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 51 (1992), Heft 2, S. 364.

²³ Vgl. hierzu Diedrich, Torsten: Der „Dienst für Deutschland“ (1952-1953), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, hg. von Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans und Wenzke, Rüdiger, Berlin 1998, S. 153-168.

Um es zu verdeutlichen: Diese 139 Schiffe sollten bis 1956 erst gebaut werden. Das Projekt erwies sich als unrealisierbar. Die Werften der DDR hatten bereits große Probleme, das 1949 von der SMAD initiierte Schiffbauprogramm zu realisieren. Anfang 1949 war mit dem Bau von 20 Küstenschutzschiffen begonnen worden, die aber erst 1951/52 schrittweise geliefert werden konnten. Es gab Schwierigkeiten bei der Konstruktion und es fehlte Schiffsdiesel, es mangelte an Materialien wie Walzstahl oder Aluminium.

Anfang 1953 wurde mit dem Aufbau einer U-Bootwaffe begonnen, das Projekt jedoch im Gefolge des 17. Juni 1953 abgebrochen. Tage zuvor aus Kronstadt ausgelaufene U-Boote der ersten Lieferung der UdSSR haben ihren Zielhafen Saßnitz nie erreicht.²⁴

Auch beim Aufbau der Luftwaffe fehlte es an Fachpersonal, so dass das Jahr 1952 im Zeichen der Ausbildung auf den Übungsflugzeugen Jak 18 und Jak 11 stand. Seit dem Herbst allerdings wurden 270 ostdeutsche Piloten auf dem sog. X-Lehrgang in der UdSSR ausgebildet. Sie sollten das Fliegen auf dem Strahljäger MiG 15 erlernen. Im Frühjahr 1953 lieferte die UdSSR an die DDR die ersten 106 Maschinen, die jedoch am 17. Juni 1953 beschlagnahmt und in die UdSSR zurückgeführt wurden.²⁵

Die KVP-Landeinheiten erhielten ab 1952 die strukturmäßige Bewaffnung und Ausrüstung sowjetischer Divisionen. Moskau lieferte aus ihren nach Kriegsende bemobilisierten Waffenbeständen im Mai und Juni 1952 427 Panzer, 128 Selbstfahrlafetten, 134 Schützenpanzer sowie Artillerie und Handfeuerwaffen in großer Stückzahl in die DDR. Es folgten 1953 weitere Lieferungen, so u.a. der Flugzeuge MiG 15, Jak 11 und Jak 18 in ähnlicher Größenordnung.²⁶ Bis Ende 1952 waren so Schulden für Rüstungsgüter in Höhe von 120 Mio. Rubel aufgelaufen. Diese hatte die DDR, wenngleich zum Teil relativ langfristig kreditiert, mit hochwertigen Maschinenbauprodukten zu bezahlen. Die UdSSR behielt bis 1989 ihr Waffenliefermonopol gegenüber der NVA und den Sicherheitsorganen der DDR bei, weil die DDR letztlich ökonomisch nicht in der Lage war, die von Moskau gewünschte Rüstungsindustrie aufzubauen. 1952 allerdings gab es mit einem enormen wirtschaftlichen Kraftaufwand den Versuch dazu.

²⁴ Vgl. zur VP-See Diedrich/Wenzke: Die getarnte Armee, S. 151-168 und 264-314.

²⁵ Vgl. zur VP-Luft Diedrich/Wenzke: Die getarnte Armee, S. 134-150.

²⁶ Vgl. Diedrich/Wenzke: Die getarnte Armee, S. 283f.

Wie in anderen Ostblockstaaten 1951/52 auch,²⁷ wurde 1952 in der DDR auf sowjetische Anweisung begonnen, die Schwerindustrie als Basis der künftigen Wehrkraft auszubauen. Deshalb mussten die Konsumgüterproduktion, beispielsweise die der Textil- und Leichtindustrie oder aber des Bauwesens für zivile Zwecke zurückgestuft werden. Das verstärkte die Disproportionen in der DDR-Volkswirtschaft ebenso wie die Umgestaltung der Landwirtschaft und die Versuche der Liquidierung des Mittelstandes im Gefolge der Verstaatlichung der Wirtschaft.

Akkumulations-, Grundmittel und Arbeitsvermögen gingen der Wirtschaft zudem durch den beginnenden Aufbau einiger Sektoren der Rüstungsindustrie verloren. Bestand militärischer Schiffbau entgegen den Potsdamer Vereinbarungen in der SBZ/DDR schon seit 1948/49, entstanden 1952 nunmehr Zweige der Luftfahrt-, der Sprengstoff- und Handfeuerwaffen-, der Kraftfahrzeug- sowie der militärischen Reparatur- und Instandsetzungsindustrie.

Sie erlangten, wie andere Schwerpunktbereiche, Priorität gegenüber zivilen Wirtschaftszweigen und erhielten demzufolge bevorzugt Investitionsmittel, Produktionsmittel, Arbeitskräfte und vor allem Engpassmaterialien, die zu meist der Konsumgüterindustrie entzogen wurden.²⁸

Größenordnungen dieses Schadens für die Volkswirtschaft lassen sich heute kaum noch verifizieren, Meldungen aus allen Wirtschaftsbereichen über Materialmangel und letztlich nur mit Mühe aufrechterhaltener einfacher Reproduktion lassen jedoch das gewaltige Ausmaß erahnen.

Die DDR verbrauchte allein für Militärausgaben im weiteren Sinne, d.h. für die eigene Aufrüstung sowie für die weiterhin zu zahlenden Besatzungskosten, im Jahr 1952 etwa 3,3 Mrd. und im Folgejahr 3,5 Mrd. DDR-Mark.

Die genannten Beträge aber repräsentierten jedoch 1952 11 % und 1953 immerhin noch 10 % der gesamten Staatsausgaben. Dies hat bei einem zentralistischen Wirtschaftssystem um so mehr Gewicht, als nahezu alle

²⁷ So finden wir in der Volksrepublik Ungarn die gleiche Entwicklung wie in der DDR. 1951/52 orientierte die UdSSR Ungarn auf den vorrangigen Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie, eine wirtschaftliche Krise des Landes zwang 1953 zu einem Kurswechsel, den Moskau kurz nach den politischen Veränderungen für die SED „empfohl“. Vgl. Rainer, Janos: Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953, in: 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, hg. von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 71-92.

²⁸ Vgl. Diedrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Zu militärhistorischen Aspekten, S. 364.

Geldmittel der DDR im Staatshaushalt zusammenliefern und hier umverteilt wurden.

Zuzüglich Reparationsleistungen und anderer Formen des Sonderverbrauches (z.B. für die Uran-Förderung der SAG Wismut) mussten 1952 mit 6 Mrd. insgesamt 20 % und im folgenden Jahr mit 5,4 Mrd. DM noch 16 % aller Ausgaben des öffentlichen Haushalts als Militarisierungs- und Kriegsfolgekosten aufgebracht werden.²⁹ Im Vergleich dazu verbrauchte das gesamte Gesundheitswesen der DDR einen Etat von nur 6 %, die Volksbildung von 8 % der Haushaltsausgaben.

Der Volkswirtschaftsplan der DDR vom März 1952, d.h. vor den April-Gesprächen, hatte an Militärausgaben für die HVA 178,2 Mio. DM, für die HVS 20,6 Mio. DM, d.h. rund 200 Mio. DM vorgesehen. Demgegenüber standen 1952 tatsächliche Aufwendungen für den eigenen Streitkräfteaufbau von 1.228,8 Mio. DM, das entspricht einer Steigerungsrate von über 600 %. Die notwendigen Gelder für den Militäraufbau waren 1952 ob der kurzfristigen Anweisung aus Moskau nicht in den Wirtschaftsplänen enthalten. Sie wurden durch Einsparungen im sozialen Bereich, aber auch in der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaft, durch Steuererhöhungen und mit dem Sinken des Lebensstandards der Bevölkerung finanziert - so wie ein Memorandum aus Moskau vom Mai 1952 vorschlug.³⁰

Eine aus dem Frühjahr 1953 stammende Wirtschaftsanalyse³¹ verdeutlichte dann auch die ökonomische Gesamtmisere der DDR. Im 1953 hatte die DDR Außenhandelsrückstände in Höhe von 549 Mio. Rubel, allein gegenüber der UdSSR mit 382 Mio. Rubel. Dabei waren die teuren Waffenlieferungen aus der UdSSR zu 3/4 auf zehn Jahre kreditiert.

Allein von den Aufrüstungsmaßnahmen waren für die Luftfahrtindustrie 150 Mio., für strategische Maßnahmen des Verkehrswesens 120 Mio., für zusätzliche Rohstoffimporte ca. 100 Mio., für zusätzliche Lieferungen an die UdSSR als Waffenimportgegenleistung 350 Mio. sowie Außenhandelsrückstände 340 Mio. DDR-Mark trotz aller Sparmaßnahmen im Haushaltsplan nicht abzudecken. Das ergab eine Gesamtsumme von 1,1 Mrd.

²⁹ Vgl. Diedrich, Torsten: Aufrüstungsvorbereitungen und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft, in: Volksarmee schaffen - ohne Geschrei, Studien zur verdeckten Aufrüstung 1947-1952, München 1994, S. 273-336.

³⁰ Vgl. zur Rüstungswirtschaft Diedrich/Wenzke: Die getarnte Armee, S. 264-314.

³¹ Bericht des Büros des Politbüros der SED „Die Entwicklung der Parteiarbeit seit der II. Parteikonferenz“, o.D., BArch, DY 30 IV 2/201/1, Bl. 1-85.

Mark Staatsschulden, die neben der normalen Staatsverschuldung zu Buche schlugen. Der größte Teil der Produktion für den Außenhandel der DDR floss als Reparationsleistungen, SAG-Produkte und letztlich auch als Gegenleistungen der DDR für die gelieferte Militärtechnik in die UdSSR ab.

Das wiederum beschränkte die wirtschaftlichen Reproduktionsmöglichkeiten, die Modernisierung veralteter Produktionsanlagen in der DDR (der DDR-Maschinenpark stammte durchschnittlich aus dem Jahr 1920). Damit blieben innovative Entwicklungen in der Industrie lediglich auf Schwerpunktbereiche beschränkt, hinkten Zuliefer- und Konsumgüterproduktion in ihrer Entwicklung hinterher, was zu Störungen im Fertigungsablauf und zu einer wachsenden Schieflage in der Volkswirtschaft führte.

Die Frage nach den Auswirkungen der Aufrüstung als Krisenursache darf jedoch nicht nur als ökonomische gestellt werden. Die Maßnahmen zum Aufbau „nationaler“ Streitkräfte hatte die SED-Führung durch einen Komplex der Wehrmobilisierung und Wehrvorbereitung der Bevölkerung ergänzt. Für die GST als Wehrsportorganisation und den „Dienst für Deutschland“ als Arbeitsorganisation mit wehrerzieherisch/ideologischer Ausrichtung sowie für das DRK wurde 1952 ebenso wie für die KVP und die anderen bewaffneten Organe unter der Jugend massiv und auch mit politischem Druck geworben. So wurden Jugendliche in den Betrieben mehrfach vor die Werbekommissionen gerufen und ihnen berufliche Schwierigkeiten prophezeit, wenn sie sich nicht zur KVP meldeten. SED-Genossen mussten vor der SED-Grundorganisation Stellung nehmen, wenn sich ihre Söhne weigerten; sogar auf die Mütter wurde im DFD Einfluss auszuüben versucht.³² Zudem waren Massenorganisationen und eine nicht geringe Zahl staatlicher Institutionen in die Wehrvorbereitung und Werbemaßnahmen für die KVP eingeschlossen. In den Bezirken und Kreisen entstanden über 200 Registrierverwaltungen und -abteilungen, in den Betrieben Werbekommissionen für die Auswahl und Überzeugung Freiwilliger für die KVP. Letztlich hatte die FDJ mit der Übernahme der Patenschaft über die Volkspolizei auf dem IV. Parlament im Mai 1952 den Schwerpunkt ihrer gesamten Tätigkeit in diese Richtung gelenkt.

Die breite Teile des gesellschaftlichen Lebens in der DDR erfassende Wehrvorbereitung, -mobilisierung, -erziehung und die Einschaltung der SED-Organisationen, von staatlichen Institutionen und Betrieben sowie von Mas-

³² Vgl. zur Werbung Diedrich/Wenzke: Die getarnte Armee, S. 169-180.

senorganisationen, von der FDJ, dem FDGB bis hin zum DFD in die Werbung für bewaffnete Organe oder paramilitärische Organisation insbesondere unter der Jugend der DDR erfüllen den definitiven Begriff der Militarisierung.³³ Einige wenige Merkmale sollen hierfür prononciert herausgehoben werden. So breiteten sich neben den bereits genannten deutlichen Anzeichen der Militarisierung militärisch/autoritäre Organisationsformen und Führungsprinzipien auf zivile Bereiche, insbesondere die Wirtschaft, aber auch die FDJ und in Betrieben aus. Die Rüstungsproduktion und der Verteidigungshaushalt hatten eine staatsrechtliche Sonderstellung im Staatshaushalt erlangt und behielten diese. Sie entzogen sich zudem jeder Kritik. Im Gesamtgefüge deutlich nachzuweisen ist die Abkehr von den pazifistischen Parolen noch des Deutschlandtreffens 1950 hin zu einer radikalen Wehrpropaganda mit betonten Feindbildern und Hassverziehung.

Typisch für den Militarisierungsprozess in der Gesellschaft ist der Entzug der Aufrüstung und ihrer Finanzierung einer jeden öffentlichen Kontrolle. Nachweislich hatten selbst die Parteien des Demokratischen Blocks keine Kenntnis der genauen Pläne und Maßnahmen, selbst im Zentralkomitee und sogar im Politbüro wussten wenige über das Gesamtausmaß der Hochrüstung Bescheid. Sie waren nur zu der bekannten Zustimmungserklärung „Wer heute Frieden will, muss die Verteidigung des Friedens wollen“ im Juni 1952 von der SED-Führung für eine formaldemokratische Legitimation gebraucht worden.³⁴

Die Aufrüstungsmaßnahmen blieben der Bevölkerung nicht verborgen; sie stießen, wie Analysen aus Moskauer Archiven beweisen, in der Bevölkerung auf mehrheitliche Ablehnung. Die Menschen in der DDR brachten sehr wohl den sinkenden Lebensstandard mit den Aufrüstungsmaßnahmen in Verbindung. Sie artikulierten jedoch auch die Befürchtung, dass die Schaffung von Streitkräften die Spaltung Deutschlands zementierte, die permanent versprochene Wiedervereinigung unmöglich mache. Außerdem sahen viele in der DDR-Aufrüstung eher eine erhöhte Kriegsgefahr, ja die Möglichkeit, dass einst Deutsche auf Deutsche schießen würden, als den postulierten Schutz für den Frieden. Auch die aggressiv geführte Werbung ist ursächlich mit einem deutlichen Anstieg der Zahl der Republikflüchtigen, insbesondere der Jahrgänge zwischen 18 und 25 Jahren, verbunden. Die Ablehnung der Aufrüstung kam dann am 17. Juni in Losungen wie „Butter

³³ Vgl. hierzu Diedrich, Torsten u.a.: Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick, in: Im Dienste der Partei, S. 1-67.

³⁴ Vgl. Zeittafel zur Militärgeschichte der DDR 1949-1988, Berlin 1989, S. 30f.

statt Kanonen“, „Wir brauchen keine Volksarmee“ oder ähnlichen zum Ausdruck.

Aufs Ganze gesehen war die Militarisierung 1952/53 im Gesamtgefüge der inneren und äußeren ökonomischen Gegebenheiten mitentscheidende Ursache der krisenhaften Erscheinungen, die im Juni 1953 zur Arbeitererhebung in der DDR führten.

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 sind bekannt und sollen hier nicht thematisiert werden. Es sei jedoch auf einige Folgen der Juni-Unruhen für das Sicherheitsdenken und die Aufrüstung in der DDR hingewiesen. Die Volkserhebung gegen die SED-Diktatur hat bis ins letzte Jahr der Existenz der DDR als tiefes Brandmal auf die Sicherheitsstruktur der DDR nach innen und nach außen entscheidende Wirkung gehabt. Die Legende vom konterrevolutionären Putschversuch von außen diente der SED als Nachweis notwendiger restriktiver Maßnahmen nach innen.

Nach dem 17. Juni ist ein Prozess der inneren Mobilmachung des Staatsapparats zu beobachten. Die Polizei erhielt motorisierte Schnellkommandos und wurde um 15.720 Mann aufgestockt.³⁵ Eine neue Polizeiformation, die „Innere Truppe“, entstand ab 1954/55, wie der Name verdeutlicht ausschließlich für den inneren Einsatz. Sie sollte in 24 vollmotorisierten Einheiten über die gesamte DDR verteilt existieren und über Schützenpanzer, leichte Artillerie und Granatwerfer verfügen. Sie erhielten später den Namen „Bereitschaftspolizei“ und bestanden bis 1990 fort.

Mit den Kampfgruppen entstand eine seit 1955 sogar bewaffnete Reserve befehlsgebundener Arbeiter, die in den Betrieben für den inneren Einsatz verfügbar sein sollte. Die Kampfgruppen entwickelten sich im Laufe der Jahre zu einem starken Element der inneren Sicherheit und rückten als eine wichtige bewaffnete und personelle Komponente des Systems der Landesverteidigung immer weiter in das militärische Kalkül.

Die KVP hatte sich während der Arbeitererhebung als funktionierendes Machtinstrument des SED-Regimes erwiesen, obwohl sie weder für den inneren Einsatz ausgebildet noch ausgerüstet war. Sie erhielt nunmehr Befehl, den inneren Einsatz gegen die Bevölkerung der DDR vorzubereiten. Das gesamte Territorium der DDR wurde hierzu in Einsatzbereiche unterteilt, die bestimmten Einheiten zugewiesen waren.³⁶ Man erarbeitete Einsatz- und Alarmpläne für den Fall eines zweiten „17. Juni“. Diese innere

³⁵ Vgl. BArch, Bestand Mdl, 11/304 Bl. 163f.

³⁶ Vgl. BA-MA, DVH 3/ 2004, Bl. 70 und DVH 3/ 2005, Bl. 1ff.

Funktion des Militärorgans der DDR übertrug sich auf die NVA, als Aufgabe festgeschrieben bis Anfang der 60er Jahre.

Eine wichtige Rolle spielten die 1953/54 entstandenen und bis 1989 fortexistierenden Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen aus führenden Funktionären der SED, der Armee, des MfS und der Polizei.³⁷ Hier waren die Planspiele zum inneren Einsatz gegen die Bevölkerung, zur Konzentrierung von Oppositionellen in Lagern entstanden, zerbrach man sich den Kopf, wie man die auf Systemveränderung drängende Opposition ausschalten könne. Im Gefolge des 17. Juni 1953 brach die DDR viele Aufrüstungsprojekte zugunsten der Stabilisierung nach innen ab. Dazu zählen der Aufbau einer U-Boot-Waffe, die Ausrüstung der Luftwaffe mit Strahlflugzeugen sowie rüstungswirtschaftliche Projekte, wie beispielsweise der Bau eines Bomberwerkes. Viele sowjetisch intendierte Wünsche, so ein relativ autarker rüstungsindustrieller Komplex, scheiterten an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR.

Anderes wurde 1955/56 mit dem Beitritt zum Warschauer Pakt und dem Aufbau der NVA als Koalitionsarmee wieder aufgenommen. Dazu zählen der Aufbau der Luftverteidigung, die Realisierung von Zweigen der Rüstungsindustrie, so der Luftfahrt, des militärischen Schiffbaus, der Handfeuerwaffen- und Munitionsproduktion sowie die Schaffung einer umfassenden Instandsetzungsindustrie, die die Bedeutung der DDR als Kampf- und Durchmarschgebiet im Rahmen der Operationen des Warschauer Paktes dokumentieren. Der Aufbau dieser Zweige erfolgte entsprechend den Erfahrungen von 1952/53 wirtschaftlich wesentlich besser abgesichert und langfristiger.

Im Schlüsseljahr 1952 waren viele Grundsatzentscheidungen auf militär- und sicherheitspolitischem Gebiet gelegt worden. In der KVP entstanden strukturell, personell und materiell die Grundlagen der späteren NVA, die Grundstrukturen der Rüstungsindustrie sowie wesentliche Elemente des Systems der Landesverteidigung hatten 1952/53 ihren Ursprung. Und mit den Erfahrungen aus dieser Zeit - dem Krisenmanagement mit „Zuckerbrot und Peitsche“, der Verflechtung der Sicherheitsstrukturen mit der Gesellschaft, der Einbeziehung eines großen Teiles der Bürger in das Geflecht der Sicherheitsorgane und Landesverteidigung - gelang es der DDR, noch fast vierzig Jahre zu bestehen.

³⁷ Vgl. BArch DY 30 I IV 2/2/344.

Falco Werkentin:

Die Politik der SED nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952¹

Etwa 4.000 Delegierte und Gäste jubelten und klatschten frenetisch, als Walter Ulbricht am Nachmittag des 9. Juli in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle den Aufbau des Sozialismus als Tagesaufgabe verkündete und dies als Vollstreckung des Willens der Volksmassen ausgab. Im Protokoll dieser 2. Parteikonferenz liest es sich so:

„Sechstens: Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der DDR geworden ist. [...]

Siebtens: Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht.“²

Damit war die Aufgabe gestellt, waren die Mittel definiert. Es galt, mit Hilfe der überragenden Organisations- und Repressionsfähigkeit des modernen Staates, begleitet von einer ideologischen Mobilisierung der Massen in immer neuen Kampagnen, gestützt auf die Kader der Partei und schließlich flankiert durch eine Atmosphäre des Terrors, Anschluss zu finden an die Entwicklung in den anderen Volksdemokratien.

Wie bekannt, war erst am Tage zuvor die Zustimmung des Politbüros der KPdSU eingetroffen, dem eine Woche zuvor in Form eines Briefes des Politbüros der SED an Stalin der Entwurf von Ulbrichts Hauptreferat für die Parteikonferenz zugeleitet worden war.³ Grundlinien der kommenden Politik waren allerdings bereits beim Moskau-Besuch einer SED-Delegation im April 1952 mit Stalin besprochen worden, darunter der von Wilhelm Pieck notierte Auftrag „Volksarmee schaffen - ohne Geschrei - Pazifistische

¹ Vortrag am 8. Mai 2002 im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Berliner Landesbeauftragten; überarbeitete und gekürzte Fassung des Aufsatzes „Der totale soziale Krieg – Auswirkungen der 2. Parteikonferenz im Juli 1952“ in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002

² Zit. nach Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70ff.

³ Wortlaut des Briefes des Politbüros an Stalin vom 2. Juli in Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: Deutschland-Archiv, 24 (1991), H. 7, S. 698-699.

Periode ist vorbei“⁴. Eine neue Werbekampagne für die Kasernierte Volkspolizei war bereits kurz zuvor, im März 1952, eingeleitet worden - siehe den Beitrag von Torsten Diedrich. Angesprochen wurde in Moskau auch die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Allerdings gab Stalin zu diesem Zeitpunkt noch den Rat mit auf den Weg, „daß es auch jetzt nicht nötig ist, lauthals vom Sozialismus zu reden“⁵.

Seit der 2. Parteikonferenz ging es nun lauthals her, sowohl was „die Schaffung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit“ betrifft als auch die Verkündung des Endes der pazifistischen Periode, u.a. ausgedrückt in dem Lied „Heimat, dich werden wir schützen“ des Poeten Armin Müller, den Delegierten und Gästen dieser Konferenz von einem FDJ-Chor vorgetragen.

„Heimat, in sonnigem Kleide,
droht dir verrufene Hand,
hüll dich in stählerne Seide,
webe aus Erz dein Gewand!
Jugend voll Kühnheit geladen,
stark ist dein Herzschlag und warm.
Greift zum Gewehr, Kameraden!
Herz, trommle zornig Alarm!“

Kaum waren die Teilnehmer der 2. Parteikonferenz abgereist, wurden die dort mitgeteilten Beschlüsse umgesetzt.

Nach der Auflösung der Länder nutzte das Ministerium der Justiz als nun einzige Einstellungsbehörde die Gelegenheit, zum 1. September 1952 weitere 104 Richter durch Verzicht auf deren formelle Neueinstellung zu entlassen, „also de facto fast 10 % der gesamten Richterschaft“.⁶ Auf Ebene der Bezirksgerichte (BG) hatte die Partei ihre personalpolitische Vorherrschaft zu 100 % gesichert - alle 14 BG-Direktoren waren SED-Mitglieder. Sie

⁴ Vgl. Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 - 1953, Berlin 1994, S. 395.

⁵ Zitiert nach Wolkow, Wladimir K.: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 48 (2000) 1, S. 46.

⁶ Lorenz, Thomas: Das Disziplinarrecht für Berufsrichter in der DDR von 1949 bis 1963. In: Rottleuthner, Hubert (Hg.): Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994, S. 381.

kamen - bis auf den Direktor des BG Dresden - zudem alle aus den Volksrichterlehrgängen.⁷

Am 2. Oktober 1952 akklamierte die Volkskammer mehreren neuen Justizgesetzen - darunter einem neuen Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), in dem nun im § 2 völlig unmaskiert deklariert wurde: „Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden.“⁸ Die am selben Tag verabschiedete Strafprozessordnung⁹ hebelte mit § 14 faktisch das Prinzip des „gesetzlichen Richters“ aus - eine Regelung, die später auch in die StPO des Jahres 1968 übernommen wurde. Der Paragraph besagte: „(3) örtlich zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist.“

Hier hatte man sich, wie bereits beim JGG, am Verfahrensrecht der nationalsozialistischen Diktatur orientiert; die Nazis hatten 1935 eine entsprechende Regelung in die StPO übernommen. Diese Norm bot dem MfS die vielfach genutzte Möglichkeit, sich zum jeweiligen Zeitpunkt als besonders zuverlässig eingeschätzte Gerichte bzw. Richter für das angestrebte Urteil auszuwählen, indem Beschuldigte unabhängig vom ansonsten den Gerichtsstand begründenden Tatort in MfS-eigenen U-Haftanstalten untergebracht wurden, für die eine besonders zuverlässige IA-Strafkammer zuständig war. Genutzt wurde diese Regelung z.B. anlässlich der „Aktion Rose“ an der Ostseeküste im Frühjahr 1953.

Für die unmittelbare Justizpraxis nach der 2. Parteikonferenz ungleich wichtiger war ein weiteres Gesetz, dem die Volkskammer am 2. Oktober 1952 zustimmte - das „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums (VESchG)“.¹⁰

Es sollte als „Hebel zur Förderung der Arbeits- und Staatsdisziplin“ dienen.

Der Grundtatbestand (§ 1) besagte:

„Diebstahl, Unterschlagung oder ein sonstiges Beiseiteschaffen von staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum oder von Eigentum gesell-

⁷ Vgl. die Aufstellung der Direktoren der Bezirksgerichte. In: BArch DP1-S-0379, 1. Bestand, Bl. 161f.

⁸ GBl. Nr. 141, S. 983ff.

⁹ GBl. Nr. 142, S. 995ff.

¹⁰ GBl. Nr. 140, S. 982. Ausführlich hierzu Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, 2. Aufl., S. 64ff.

schaftlicher Organisationen werden mit Zuchthaus von einem bis fünf Jahren bestraft.“

In Betriebsversammlungen und auf Lohnzetteln „popularisiert“, hatte dieses Gesetz einen deutlich erziehungsdiktatorischen Charakter und diente dazu, mit terroristischer Gewalt der Bevölkerung - und wie sich alsbald zeigte, vor allem den Arbeitern - eine neue, sozialistische Eigentums-moral beizubringen. Über die Erfolge im ersten Halbjahr nach Inkrafttreten des VESchG gab Generalstaatsanwalt Melsheimer im Mai 1953 Auskunft:¹¹ Demnach wurden zwischen Oktober 1952 und März 1953 verurteilt:

„Oktober	218 Verfahren mit	283 Personen
November	506 Verfahren mit	745 Personen
Dezember	966 Verfahren mit	1.391 Personen
Januar '53	1.344 Verfahren mit	1.900 Personen
Februar '53	1.593 Verfahren mit	2.303 Personen
März '53	2.391 Verfahren mit	3.572 Personen“
Insg.:		10.194 Personen

Nach Intervention der Rechtsabteilung der sowjetischen Kontrollkommission schaltete der Justizapparat im April 1953 um. Die Bezirksstaatsanwälte erhielten per Rundverfügung¹² die Anweisung, Verfahren nach dem VESchG bei Geringfügigkeit einzustellen. So extrem harte Urteile wie das folgende, das hier beispielhaft für unzählige andere Verurteilungen steht, die plötzlich intern kritisiert wurden, sollten fortan ausgeschlossen werden: „Vom Kreisstaatsanwalt Rosslau wurden 2 Arbeiter auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums angeklagt, weil sie aus einem offenen Eisenbahnwaggon je eine Weintraube (Rebe) entwendeten. - Urteil am 26.1.1953 1 Jahr Zuchthaus.“¹³

Nicht nur die Anstrengungen zur personellen Verstärkung der nationalen Streitkräfte, auch die Justizpraxis entzog der Volkswirtschaft in ungeplanter Dimension wertvolle Arbeitskräfte.

¹¹ GStA, Bemerkungen zum VESchG, 12.5.53. In: BArch DY 30 IV 2/13/409.

¹² Rundverfügung Nr. 13 vom 29. April 1950.

¹³ Abt. Staatliche Organe: Analyse vom 13. April 1953 über die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums. In: LHA Merseburg, SED BL Halle IV/2/3/607, Bl. 2-4.

Die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft

Der Beitrag von Jens Schöne in diesem Heft befasst sich eingehend mit der ersten Phase der Kollektivierung der Landwirtschaft, so dass hier einige ergänzende Hinweise genügen sollen.

Als Ergebnis der Bodenreform gab es 1950 auf dem Gebiet der DDR nahezu 889.000 landwirtschaftliche Betriebe, davon ca. 95 % in privater Hand. Bis 1950 hatte sich die landwirtschaftliche Produktion so weit konsolidiert, dass in den wichtigsten Produktionsbereichen das Vorkriegsniveau erreicht worden war. Dies war in erster Linie ein Ergebnis von Leistungssteigerungen bei den Mittel- und Großbauern, während die kleinen Landwirte und Neubauern Probleme hatten und insbesondere Neubauern überproportional Höfe aufgaben.¹⁴ Unter dem Gesichtspunkt von Produktionssteigerungen gab es keinen Anlass, nach der Bodenreform erneut die ländliche Sozialstruktur mit politischen Mitteln zu ändern. Doch waren neben dem gewerblichen Mittelstand die Landwirte die zweite große Gruppe selbständiger Produzenten, die bis zum Sommer 1952 noch nicht auf den sozialistischen Weg gebracht worden waren. Den Kampf gegen die starke soziale Stellung leistungsstarker Großbauern im Dorfe hatte die SED bereits früher, spätestens seit der 1. Parteikonferenz im Januar 1949, eingeleitet.

Seit der 2. Parteikonferenz ging es nicht mehr nur um die soziale Liquidierung der Großbauern, sondern um die Kollektivierung der Klein- und Mittelbauern vor dem Hintergrund massiver Versorgungsprobleme mit Grundnahrungsmitteln. Während einerseits die LPG-Bildung seit der 2. Parteikonferenz mit einem umfangreichen Katalog von Maßnahmen „über die Vergünstigungen für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ befördert wurde, wurde andererseits der sozialen Liquidierung der Großbauern, deren Beitritt in die LPG nicht vorgesehen war, kräftig mit administrativen und justiziellen Mitteln nachgeholfen. Klein- und Mittelbauern sollten zu sozialistischen Bauern umerzogen werden. Für Großbauern wurde keine Option eröffnet - die Politik zielte auf ihre Vernichtung als soziale Schicht, begründet mit dem Vorwurf der Sabotage.

¹⁴ Bell, Wolfgang: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe, Münster-Hiltrup 1992, Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe A, H. 413, S. 16.

Ende September 1952 schrieb der bereits erwähnte Fritz Lange, Chef der in Enteignungskampagnen höchst erfahrenen Zentralen Kontrollkommission, an den Leiter der Bezirksinspektion der ZKSK Frankfurt/Oder:¹⁵

„Man soll in erster Linie mit sabotierenden Großbauern dort anfangen, wo sich bereits Produktionsgenossenschaften befinden. Wenn das Gericht gegenüber solchen sabotierenden Großbauern Vermögenseinziehungen beschließt, kann das Land und das Inventar einer Produktionsgenossenschaft zugeteilt werden.“

Dahinter stand ein reales Problem: die wachsende Zahl der von ihren Eigentümern respektive Nutzern verlassenen landwirtschaftlichen Betriebe. Zunehmend war es zum Problem geworden, für deren Bewirtschaftung eine Lösung zu finden.

Das Ergebnis waren eine ständig ansteigende Fluchtwelle von Bauern sowie die kontinuierliche Zunahme der Zahl von Bauern in den Haftanstalten. Mochte auch die Flucht von Großbauern gern in Kauf genommen werden – dass auch die besonders umworbenen Neu- und Kleinbauern in erheblichem Umfang flohen, war kaum eingeplant. Zur Flucht von Bauern finden sich im Berichtswesen folgende Angaben:

Flucht von Bauern 1952/53¹⁶

Quartal/Monat	insg.	Großb.	Mittelb.	Kleinb.	Neub.
1. Quartal '52	455				
2. Quartal '52	573				
3. Quartal '52	1.013				
4. Quartal '52	1.981				
September '52	424	106	127	105	86
Oktober	526	247	102	91	86
November	643	295	96	101	151
Dezember	737	300	120	108	209
Jan. '53		1.089	514	175	193
207					
Febr.	1.955	1.053	305	272	325
März	2.641	1.463	421	372	385
April	1.945	1.055	324	303	263
Mai	1.408	727	257	251	173

¹⁵ Fritz Lange an Leiter der Bezirksinspektion Frankfurt/Oder, 26.9.1952. In: BArch DC 1/6268.

¹⁶ Zusammengestellt aus diversen Angaben in: BArch DO 1/11/961 und /962.

Juni	2.038	1.061	393	333	251
Juli	281	89	73	52	67

Insgesamt schuf dieser Entzug landwirtschaftlicher Arbeitskräfte weitere Versorgungsprobleme, da mit der Flucht und Verhaftung auch unbestellte oder nicht abgeerntete landwirtschaftliche Flächen zunahmen. Denn es flohen ja nicht nur die Besitzer der Höfe, sondern mit ihnen auch die mitarbeitenden Familienangehörigen.

Für die Großbauern, in den Akten auch gern als „Kulaken“ bezeichnet, blieb als Angebot: „Wenn Grossbauern den Kreisräten ihren Besitz anbieten, so ist dieser anzunehmen. Nur in besonderen Fällen ist, wenn der Wunsch geäußert wird, 6 ha Boden durchschnittlicher Qualität zu behalten, diesem Wunsch nachzukommen, wenn der betreffende Grossbauer kein republikfeindliches Element ist.“¹⁷

Die Liquidierung des privaten Großhandels und Transportgewerbes

Ganz nach sowjetischem Vorbild wurden die massiven Versorgungsprobleme, die durch den verstärkten Rüstungs- und Militarisierungskurs der SED sowie durch die Kollektivierung und die Bemühungen um die soziale Liquidierung der Mittelschichten ausgelöst wurden, der Bevölkerung als Ergebnis sich steigernder Sabotagetätigkeit des Klassenfeindes präsentiert. Presse und Justiz oblag es, durch die Lieferung entsprechender Szenarien die Bevölkerung von dieser Erklärung zu überzeugen. Ins Zentrum der Erklärung für Versorgungsprobleme gerieten neben den Großbauern der privatkapitalistische - aber auch der staatliche Großhandel. Denn auf der Suche nach Sündenböcken für die wachsenden wirtschaftlichen Probleme reichte es bei einer Volkswirtschaft, in der nach Angaben Walter Ulbrichts im Jahre 1952 bereits ca. 78,1 % der gesamten industriellen Bruttoproduktion von volkseigenen Betrieben erwirtschaftet wurde¹⁸, offenbar nicht mehr aus, nur den privaten Sektor verantwortlich zu machen.

¹⁷ Protokoll des Politbüros vom 3. März 1953, Beschluss zu TOP 9. In: BArch DY 30 J IV 2/2/265.

¹⁸ Rede Ulbrichts auf der 11. ZK-Tagung am 7.2.1953. In: BArch DY 30 IV 2/2.01/1.

Auch hier orientierte man sich am sowjetischen Vorbild. Fritz Lange, bereits mehrfach erwähnt, bezog sich bei den von ihm gesteuerten Kampagnen explizit auf das so genannte Ramsin-Verfahren, auch als Prozess gegen die „Industrie-Partei“ bekannt. Dieses Verfahren wurde 1930 in der Sowjetunion geführt und löste eine ganze Welle von Prozessen mit ähnlichen Vorwürfen aus. Die Prozesse galten alten Wirtschaftsfachleuten, Technikern und Wissenschaftlern in der staatlichen Industrie, denen der Vorwurf gemacht wurde, die ökonomische Entwicklung sabotiert und mit Unterstützung westlicher Mächte einen Umsturz in der Sowjetunion geplant zu haben.¹⁹

Prominentestes Opfer der Kampagne in der DDR wurde der LDPD-Politiker Dr. Karl Hamann, Minister für Handel und Versorgung, der zusammen mit anderen Mitarbeitern unter dem Vorwurf der „bewussten desorganisierenden Tätigkeit der Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung“ verhaftet wurde.²⁰ In der Presse wuchsen die Berichte über Sabotageprozesse, die Schädlinge im Handel betrafen; mit Schauprozessen in den Betrieben sollte die Bevölkerung davon überzeugt werden, dass die u.a. vom Ministerpräsidenten Grotewohl eingestandenen Versorgungsprobleme²¹ Folge sabotierender Eingriffe von Großbauern,²² privaten Großhändlern,²³ Funktionären der staatlichen Handelsorganisationen²⁴ und Mitarbeitern aus

¹⁹ Braun, Jutta: Justizkorrektur in der Gründungs- und Frühphase der DDR. Die ZKK als Sonderbehörde im Auftrag der Parteiführung. In: Engelmann, Roger; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, Berlin 1999, S. 124.

²⁰ Vgl. ND, 18.12.1952: „Minister Dr. Hamann abberufen“, B-Ausg., 5.1.1953: „Dr. Hamann - bewußter Volksschädling“, und ND, 10.1.53 „Die Lehren aus dem Fall Hamann“. Im Mai 1954 verkündete das Oberste Gericht der DDR gegen Hamann eine lebenslange Haftstrafe, die wenige Wochen später, am 17.6.1954, in einem neuen Prozess des Obersten Gerichts auf 15 Jahre reduziert wurde. Er sowie der ehemalige Staatssekretär im Handelsministerium, Paul Baender (SED), wurden 1956 vorzeitig entlassen. Siehe Beckert, Rudi: Die erste und letzte Instanz, Goldbach 1995, S. 114-144.

²¹ Siehe Grotewohl: „Über einige Fragen der Ernährung“. In: Tägl. Rundschau, 9.12.1952, S. 1f.

²² Siehe Tägl. Rundschau, 9.11.52, S. 2: „Saboteure unserer demokratischen Entwicklung trifft die volle Schärfe des Gesetzes“, ND, 17.3.53, S. 5: „Sabotage von Großbauern schonungslos aufdecken“.

²³ Siehe ND, 29.3.1953, S. 3: „Prozeß gegen verbrecherische Großhändler in Rostock eröffnet“.

²⁴ Siehe ND, 3.1.1952, S. 2: „Saboteure in der HO Thüringen abgeurteilt“, ND-Berlin-Ausg. 9.1.1953, - ein Bericht über ein Strafverfahren des Berliner Stadtgerichts geg.

der Leitungsebene volkseigener Betriebe seien. Bereits im Juli 1952 verurteilte das Oberste Gericht unter Vorsitz Hilde Benjamins 7 leitende Mitarbeiter und Ingenieure des Martin-Hoop-Werkes, ein Steinkohleschacht im Zwickauer Revier. Der Vorwurf hieß Sabotage, nachdem infolge eines Grubenbrands 48 Bergleute zu Tode gekommen waren.²⁵

In der Literatur bisher kaum angesprochen ist die am 2. Dezember 1952 durch den Befehl 149/52 der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei praktisch umgesetzte Kampagne zur Liquidierung des privaten Großhandels und Transportgewerbes.²⁶ Zuvor war bereits im Kommuniké der 10. ZK-Tagung vom 22. November 1952 vermeldet worden, dass die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus „die Entwicklung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels sowie den Kampf gegen jede Spekulation und Sabotage“ erfordere.²⁷ Ein ausgefeilter Beschluss des Politbüros zur Liquidierung des Großhandels findet sich im Protokoll vom 20. Januar 1953.²⁸ Es wird Bezug genommen auf eine „Auswertung der Erfahrungen der Studien-delegation, die in der Sowjetunion war“, und u.a. angewiesen: „Erforderlich ist ferner, schrittweise die Belieferung des privaten Großhandels einzustellen. Dabei sind folgende Methoden zur Anwendung zu bringen: Die Eintreibung der Steuerrückstände, verstärkte Maßnahmen der staatlichen Organe gegen Schieber und Saboteure und Aufkaufen von Einrichtungen.“

Wie die Akten zeigen, wurde die Sowjetische Kontroll-Kommission über die Erfolge dieser Kampagne laufend informiert. War ursprünglich vorgesehen, innerhalb von drei Monaten den gesamten privaten Großhandel zu liquidieren,²⁹ so war die Aktion angesichts der Vielzahl privater Betriebe und der Weisung, den Betriebsinhabern Verbrechen nachzuweisen, die die Enteignung begründen sollten, noch im vollen Gang, als der „Neue Kurs“ zu ih-

24 Wirtschaftsverbrecher; u. ND, 15.3.53: „Saboteure im staatlichen Einzelhandel erhielten gerechte Strafe“.

²⁵ Siehe Tägl. Rundschau, 6.6.1952: „Gerichtliche Untersuchung des Zwickauer Grubenunglücks angeordnet“.

²⁶ Mdl, HVdVP: Befehl 149/52, betr. Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen im privaten Großhandel, in privaten Fuhrunternehmen..., 2.12.1952. In: BMI, Außenstelle Berlin, Referat Z3.

²⁷ Vgl. Tägl. Rundschau, 23.11.1952, S. 1.

²⁸ Anl. 4 zum Protokoll, SED, ZK, 21.1.1953, Die Aufgaben des Handels ... In: BArch DY 30 J IV 2/2/258.

²⁹ Vgl. MfS, KD Naumburg, 8.12.1952, betr.: Bericht über den Befehl 149/52 der VP. In: LA Merseburg, SED-BL Halle IV/2/3/607.

rem plötzlichen Ende führte. Denn auch ein Vorgehen nach der Devise „Wenn wir nichts finden, sollen wir ihnen etwas unterschieben“, wie sie der Leiter der Kriminalpolizei beim VP-Kreisamt Merseburg formulierte, erforderte einigen Aufwand.³⁰ Über den Umfang der Aktion gegen den Großhandel und davon betroffene Branchen geben folgende Tabellen Auskunft.

Überprüfte Betriebe und Strafverfahren:³¹

Gesamtzahl Betriebe:	13.286
Überprüfte Betriebe	3.091
Eingeleit. Verfahren	2.103
Festnahmen	1.677
Festgenommene Personen	2.295
Gesamtzahl der in diesen	
Betrieben Beschäftigten	36.164
Abverfügungen an StA	1.750
Abgeurteilte Verfahren	607
Beschlagnahmte Vermögen	335.364.348,- DM

Aufgliederung nach Branchen, gemeldete Unternehmen, davon überprüft, eingeleitete Verfahren³²

Branche	Gemeldete Betriebe	Überprüfte Betriebe	Eingeleitete Verfahren
Lebensmittel	826	328	193
Gemüse	414	112	58
Vieh	32	13	12
Fisch	55	20	11
Getreide	116	28	18
Genussmittel	797	186	124
Industriewaren	1.957	176	113
Baustoff	341	89	69
Pharmazeutischer	583	57	39

³⁰ Siehe MfS, KD Merseburg, 5.12.1952, betr.: Unterredung mit dem K-Leiter Maul. In: LA Merseburg, SED-BL Halle IV/2/3/607.

³¹ Aus BArch DO 1/11/0/757, Bl. 180. Die Tabelle ist undatiert. Da sie aber Daten aus einer Berliner Abschlussmeldung vom Juli 1953 enthält (Bl. 214-217), ist davon auszugehen, dass es sich um die Abschlussmeldung für alle Bezirke handelt.

³² Ebenda, Bl. 181.

Holz	386	94	61
Papier	735	41	24
Getreide/Ölmühlen	789	262	156
Speditions/Fuhrunternehmen	2.904	773	564
Großtankstellen	85	13	12
Eisenwaren	344	84	56
Brauereien	94	51	33
Kohlen	208	86	53
Mineralöl	71	14	9
Düngemittel/Saatgut	85	23	16
Elektrotechnik	238	32	23
Bier	286	49	25
Futtermittel	147	19	8
<u>Sonstige</u>	<u>1.793</u>	<u>541</u>	<u>426</u>
Summe:	13.286	3.091	2.103

Erschrocken stellten die Funktionäre fest: „Bezugnehmend auf die jeweiligen Angestellten und die Beschäftigten der überprüften Unternehmen ist zu sagen, dass in den meisten Fällen festgestellt wurde, dass die Belegschaft die Einsetzung eines Treuhänders nicht begrüßte und vielfach mit dem Privateigentümer einverstanden war und so die teilweise durchgeführte Enteignung nicht einsah. [...] Bei der Firma Reifen-Müller in Schmöckwitz zeigte sich besonders stark, dass alle dort Beschäftigten zu ihrem ehemaligen Inhaber hielten. Dieser Standpunkt zeigte sich auch bei den faschistischen Provokationen am 17.6.1953 insofern, als dass der größte Teil mit in den Streik trat.“³³

Scheinlösungen der Versorgungskrise: Steuer- und Preiserhöhungen

Die mit der forcierten militärischen Aufrüstung verschärften ökonomischen Probleme ließen sich nur lösen durch Einsparungen im Konsum der Bevölkerung, durch Steuererhöhungen und Einsparungen im Sozialversicherungswesen. Dies waren auch die Vorschläge der Sowjetischen Kontrollkommission im April 1952, die zu diesem Zeitpunkt die zusätzlichen Kosten

³³ Abschlussbericht Präsidium VP Berlin, 7.7.1953. In: BArch DO 1/11/0/757.

auf 1,5 Mrd. DM veranschlagte.³⁴ Die nach der 2. Parteikonferenz verschärfte Steuerpolitik und die radikale Praxis beim Eintreiben von Steuer- und Ablieferungsschulden, unter denen vor allem Bauern und die Mittelschichten zu leiden hatten, waren mithin nicht nur politisch bewusst eingesetzte Klassenkampfinstrumente, sondern zugleich der verzweifelte Versuch, mit den selbst verursachten ökonomischen Problemen fertig zu werden.³⁵

Seit September 1952 deklarierte das Politbüro ein ums andere Mal ein Sparsamkeitsregime.³⁶ Die seit Juli vorangetriebene Politik (Armeeaufbau, erhöhte Investitionen in der Schwerindustrie, Subventionierung der Kollektivierung der Landwirtschaft, Dienst für Deutschland etc.) verlangte zusätzliche Beträge, die kaum aufzutreiben waren. Sie sollten vor allem von den bekämpften Mittelschichten aufgebracht werden, deren ökonomische Leistungskraft zur selben Zeit mit allen Mitteln gedrosselt wurde. Am 4. Februar 1953 veröffentlichte das „ND“ auf der Titelseite einen Beschluss des ZK der SED über den „Feldzug für strenge Sparsamkeit“. Es war die Rede vom „Kampf um die Erhöhung der Normen“, von „nicht berechtigten Leistungen im Sozial- und Versicherungswesen“, von „ungerechtfertigten Steuervergünstigungen für private Unternehmer und Geschäftsleute“.

Mit der „Verordnung zur Änderung der Einkommensbesteuerung“ und der „Zweiten Handwerkssteuerverordnung“ vom 5. März 1953 wurde zunächst die Einkommens- und Handwerkersteuer erhöht.³⁷

Die „Verordnung über die Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung“ vom 19. März 1953 führte dazu, dass Selbstständige aus der allgemeinen Kranken- und Sozialversicherung ausgeschlossen wurden und sich nur noch zu erhöhten Prämien in einer neuen Versicherungsanstalt versichern konnten.³⁸

Der „schaffenden Intelligenz“ wurden mit der „Verordnung zur Änderung der Aufgaben des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz“ vom selben Tage zum 1. Mai 1953 verbilligte Sonderzuteilungen von Konsumgü-

³⁴ Siehe Diedrich/Wenzke: *Armee*, S. 274.

³⁵ Zu den ökonomischen Problemen siehe Foitzik, Jan: *Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/1954. - Einleitung*. In: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode), hg. vom Deutschen Bundestag, Band II/2, S. 1350ff.

³⁶ Siehe Politbürositzungen vom 2.9.52; 14.11.52; 13.1.53; 17.2.53; 14.4.53.

³⁷ GBl. Nr. 32, S. 392ff.

³⁸ GBl. Nr. 39, S. 463ff.

tern entzogen.³⁹

Es folgte die „Verordnung der Preise für Branntwein“ vom 26. März 1953, die den Schnaps verteuerte.⁴⁰

Es gab die „Verordnung zur Aufhebung der Rationierung von Textilien und Schuhen“ vom 9. April 1953, die zu einer weiteren Preiserhöhung führte; mit der „Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung“ vom 9. April 1953 wurden zum 1. Mai d.J. allen Freiberuflern und Selbstständigen, den in West-Berlin arbeitenden Grenzgängern, Hausbesitzern mit mehr als 4.800 Mark Jahreseinkommen, so genannten Großbauern sowie deren Angehörigen die Lebensmittelkarten entzogen.⁴¹

Gleichsam in einem Akt der Verzweiflung wurden mit entsprechenden Verordnungen vom 16. April 1953 auch noch die Preise für Kunsthonig und Marmelade angezogen.⁴²

Bereits am 17. März 1953 hatte das Politbüro entschieden, bisherige Fahrpreismäßigungen ab 1. April aufzuheben, u.a. die bisher geltende Ermäßigung von 75 % für Arbeiterrückfahrkarten.⁴³

Während die Bevölkerung - nun einschließlich der „werkstätigen Arbeiter und Bauern“ - mit ständigen Preissteigerungen konfrontiert wurde, wusste das „ND“ von zunehmenden Forderungen aus den Betrieben nach einer Normerhöhung zu berichten.⁴⁴

Im Rahmen dieser Politik übernahm auch die Justiz eine wichtige Rolle als „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“, wie es der spätere DDR-Generalstaatsanwalt Josef Streit 1957 formulierte.

„Die Regierung soll doch ein Gesetz erlassen und alles zum Volkseigentum erklären.“ Mit diesen Worten versuchte 1960 in der Schlussphase der Zwangskollektivierung ein Bauer, sich einer ihn bedrängenden Agitations-

³⁹ GBl. Nr. 38, S. 455ff.

⁴⁰ GBl. Nr. 40, S. 475f.

⁴¹ GBl. Nr. 48, S. 543.

⁴² GBl. Nr. 51, S. 569f.

⁴³ TOP 14. In: BArch DY 30 J IV 2/2/270.

⁴⁴ Siehe ND, 13.3.53 „Jetzt mit der Erhöhung der Arbeitsnormen beginnen“, ND, 19.3.53 „Arbeitsnormen richtig festlegen“, ND, 22.3.53 „Unsere Partei kämpft um technisch begründete Arbeitsnormen“, ND, 22.3.53 „Wir erhöhen unsere Normen freiwillig um 10 %“, ND, 26.3.53 „Weg mit den ungesunden Normen“.

brigade zu erwehren.⁴⁵ Doch wie 1960 in der Schlussphase der Zwangskollektivierung oder 1972 bei der abschließenden Verstaatlichung mittelständischer Industrieunternehmen verzichtete die Partei bereits 1952/53 darauf, schlicht zu erklären, dass der Aufbau des Sozialismus die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung von Handel und Industrie erfordere, um dann die Enteignungen in einem allgemeinen Gesetz zu regeln. Vielmehr wurde der vergleichsweise mühevoll und aufwendige Umweg genommen, Zehntausende Strafverfahren mit dem Ziel der Enteignung einzuleiten.

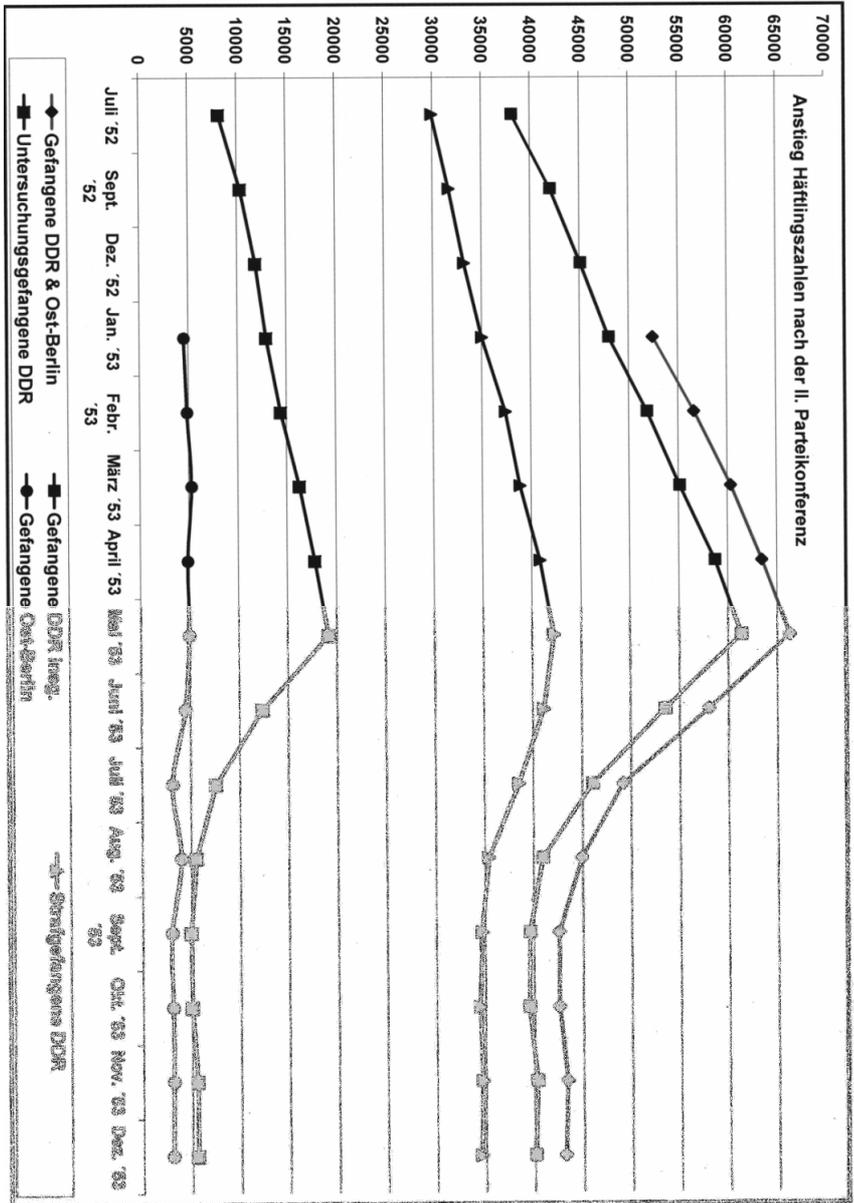
Damit wurde allerdings seit der 2. Parteikonferenz nur eine Politik forciert, die bereits die Praxis der SED bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zuvor bestimmt hatte: den „Gegner“ für die innenpolitische Zuspitzung verantwortlich zu machen, ihm die Schuld aufzubürden für die ökonomischen Probleme und ihn unter Zuhilfenahme strafrechtlicher Formen moralisch zu diskreditieren. Die taktische Devise hatte Ulbricht bereits im Oktober 1948 formuliert: „Wenn wir auch sagen: der Gegner hat den Klassenkampf verschärft, so haben wir selbstverständlich [...] ihn auch verschärft. In der Öffentlichkeit aber sagen wir, daß der Gegner ihn verschärft hat. Wir kämpfen sozusagen aus der Verteidigung gegen ihn, was etwas leichter ist.“⁴⁶

Der Beitrag der Justiz zum Aufbau des Sozialismus findet letztlich seinen Ausdruck in der Entwicklung der Zahl an Straf- und Untersuchungshäftlingen. Sie wuchs parallel von Kampagne zu Kampagne und erreichte im Mai 1953 mit ca. 66.400 Häftlingen ihren Höhepunkt.

Wenn die Politik des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus mit dem Staat als Hauptinstrument einen abrechenbaren Erfolg hatte - dann hier: bei der Produktion von Häftlingen.

⁴⁵ HV Volkspolizei, Operativstab, Information Nr. 1/60, 18.3.60. In: BArch DY 30 IV 2/13/367.

⁴⁶ Zit. nach Staritz: Die SED, S. 691.



Flucht als Ausweg

Als Begleiterscheinung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ verschwanden nicht nur Zehntausende Bürger in den Zuchthäusern - noch weitaus mehr DDR-Bewohner verschwanden ohne Abmeldung in die Bundesrepublik. Ein Vorstoß der SED-Führung Ende 1952, offensichtlich mit Unterstützung der sowjetischen Kontrollkommission, das Flüchtlingsproblem durch die Schließung der Berliner Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin zu lösen, wurde am 2. Januar 1953 vom ZK der KPdSU verworfen.⁴⁷ Am 9. September 1952 installierte das Politbüro eigens eine Kommission, um „Vorschläge für Maßnahmen gegen Republikflucht und zur Werbung von Fachkräften in Westdeutschland“ erarbeiten zu lassen.⁴⁸ Die von den DDR- und bundesdeutschen Behörden ermittelten Daten zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen sind zwar nicht in absoluten Größenordnungen deckungsgleich, wohl aber stimmen sie im Trend überein. Die schriftlichen Überlieferungen aus den ehemaligen DDR-Archiven weisen aus, dass auch die Sowjetische Kontrollkommission monatlich über die Flüchtlingszahlen informiert wurde.⁴⁹

Flüchtlinge: Zählung DDR⁵⁰ und Bundesrepublik⁵¹ 1952/53

Quartal/Monat	DDR	BRD
1. Quartal '52	33.022	36.243
2. Quartal '52	29.083	35.983
3. Quartal '52	40.174	56.566
4. Quartal '52	33.709 ⁵²	53.601

⁴⁷ Vgl. Document Nr. 2 in Ostermann: Uprising, S. 43.

⁴⁸ Top 7. In: BArch DY 30 J IV/2/2/230. Vgl. z.B. Abt. Staatl. Verwaltung, Vorschläge für Maßnahmen gegen die Republikflucht ..., 25.9.1952, und: Richtlinien über Maßnahmen gegen die Republikflucht ..., 22.12.1952. In: BArch DY 30 IV 2/13/393.

⁴⁹ Erkennbar am Verteiler, an Anschreiben und an Tabellen, die zum Teil russische Beschriftungen haben.

⁵⁰ Zusammengestellt aus diversen Angaben in BArch DO 1/11/961 und /962.

⁵¹ Es handelt sich um Anträge im Notaufnahmeverfahren; vgl. Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961, Düsseldorf 1994, S. 338.

⁵² Ermittelt aus Angabe für Gesamtjahr 1952 abzüglich der Angaben für das 1.-3. Quartal 1952.

Insg. 1952:	135.988	182.393
Juli '52		15.190
August		18.045
September		23.331
Oktober	11.822	19.475
November	13.463	17.156
Dezember		16.970
Jan. '53	15.488	22.396
Febr.	29.323	31.631
März	39.223	58.605
April	36.075	36.695
Mai	27.858	35.484
Juni	37.360	40.381
Juli	11.383	17.260

Zutreffend hielt Politbüromitglied Herrstadt in seinen Notizen von der Sitzung am 6. Juni 1953 fest: „Jeder Flüchtling ein Propagandist gegen die SED.“⁵³

Resümee

Mit Zustimmung ihrer Schutzmacht hatte die SED spätestens seit der 2. Parteikonferenz in einem voluntaristischen Gewaltakt das Land in die Katastrophe, Zehntausende Bürger aber, soweit sie nicht geflüchtet waren, in die Bereitschaft zur politischen Rebellion getrieben, sobald Partei und Staat am 9. Juni 1953 mit dem „Neuen Kurs“ Schwäche zeigten.

Wie sehr das blinde Maß an politischer Repression am 17. Juni das Fass zum Überlaufen gebracht hatte, zeigen bereits vor dem 17. Juni Demonstrationen vor Haftanstalten. Die zum Teil erfolgreichen Versuche am 17. Juni selbst, Gerichtsgebäude, Gefängnisse und MfS-Dienststellen zu stürmen, weisen aus, dass es bei der Rebellion am 17. Juni um weitaus mehr ging als nur um eine Rücknahme von Preis- und Normerhöhungen.

⁵³ Zitiert nach Scherstjanoi, Elke: „Wollen wir den Sozialismus?“ - Dokumente aus der Sitzung des ZK der SED am 6.6.1953. In: BzG, 33 (1991), S. 671.

Jens Schöne:

„Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.“

Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53¹

1. Einführung

Im Anfang war die Tat, so scheint es. Denn als Walter Ulbricht am 9. Juli 1952 an das Podium der 2. Parteikonferenz der SED trat, hier den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR verkündete und in diesem Zusammenhang feststellte, dass „die Schaffung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit einen großen Fortschritt bedeutet“, berief er sich auf Forderungen werktätiger Bauern, die eine Anerkennung ihrer gemeinschaftlichen Wirtschaftsformen verlangt hatten. „In einigen Dörfern“, so stellte der Generalsekretär fest, „gibt es schon seit längerer Zeit landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, deren Mitglieder den Boden gemeinsam bestellen und zum Teil auch das Zugvieh, wie Pferde, Ochsen usw. gemeinsam halten.“ Nun sei es an der Zeit, diese Genossenschaften nachhaltig zu fördern, um so das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zu festigen und dem Sozialismus auf dem Lande damit Vorschub zu leisten.²

Glaut man darüber hinaus den Auslassungen der DDR-Historiographie, so verstärkt sich der Eindruck, beim Beginn der Kollektivierung im Frühsommer des Jahres 1952 habe es sich lediglich um die institutionelle Absicherung einer selbstbestimmten Bewegung der ländlichen Bevölkerung gehandelt. So heißt es etwa in einem frühen Standardwerk der DDR-Geschichte: „1952 begannen sich die Anfänge einer neuen Entwicklung auf dem Dorfe abzuzeichnen. Nachdem die ersten Bauern in den Gemeinden Worin, Merxleben und Schafstedt sich nach gründlichen Beratungen zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen hatten, war durch ihr

¹ Erweiterte Fassung eines Vortrages am 12.12.2001 im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Berliner Landesbeauftragten.

² Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der SED, 9. bis 12. Juli 1952, Berlin 1952, S. 108, 110.

Beispiel und die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED eine immer mehr um sich greifende Bewegung ins Leben gerufen worden. ... An die Stelle der Bauernwirtschaften mussten landwirtschaftliche Großbetriebe treten. Die Erfahrungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder lehrten, dass die historisch notwendige Schaffung sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe am besten auf dem Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern erfolgt.“³

Waren die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR also das Ergebnis einer freien Willensbildung der Bauern, die damit verbundene Kollektivierung die Folge spontaner Aktivitäten der so genannten „Pioniere der Genossenschaftsbewegung“?

Dafür scheint zunächst einiges zu sprechen, denn tatsächlich gab es auf dem Lande bereits seit 1945/46 zahlreiche Bestrebungen, die Nachteile kleinbäuerlichen Wirtschaftens durch genossenschaftsähnliche Zusammenschlüsse auszugleichen. So kann es im Grunde kaum überraschen, dass im Vorfeld der Parteikonferenz zahlreiche Bauerndelegationen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vorsprachen und hier ultimativ die Zulassung und staatliche Unterstützung ihrer kooperativen Wirtschaftsformen einforderten. Andererseits: Derartige Gemeinschaften waren bisher auf Betreiben der SED-Führung konsequent aufgelöst worden, um kursierenden Kollektivierungsgerüchten entgegenzutreten, und die selbst ernannte „Partei der Arbeiterklasse“ hatte keineswegs zu erkennen gegeben, dass sie hier einen Kurswechsel beabsichtigte.

Wie also erklärt sich die vermeintliche „Spontaneität“ der Bauern, die so offensichtlich im Widerspruch zur bisherigen Politik der Monopolpartei stand? Welche sozioökonomischen Folgeerscheinungen erwuchsen aus derartigen Forderungen, und welche Rolle spielten Freiwilligkeit und Zwang tatsächlich innerhalb des Prozesses der LPG-Gründungen?

Diesen und weiteren Fragen soll hier nachgegangen werden. Im Mittelpunkt steht dabei die erste Phase der Kollektivierung, die ihren Ursprung bereits in den frühen Apriltagen des Jahres 1952 hatte und spätestens mit den Ereignissen um den 17. Juni 1953 ein jähes Ende fand. Innerhalb dieses, für die Geschichte der DDR so wichtigen Abschnitts bildeten sich republikweit mehr als 5.000 Produktionsgenossenschaften, von denen sich über 500 jedoch bereits 1953 wieder auflösten. Erst im so genannten „sozialistischen

³ Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR, Berlin 1964, S. 207f.

Frühling“ des Jahres 1960 sollte der Kollektivierungsdruck wieder ein ähnliches Ausmaß annehmen und dann auch das von der SED angestrebte Ziel erreichen: die Vollkollektivierung. Diese war ohne Zweifel schon 1952/53 das ideologisch bedingte Endziel der SED-Agrarpolitik; die spezifischen Rahmenbedingungen verhinderten jedoch die erfolgreiche Umsetzung dieses Ansinnens und führten vielmehr zu einem beständig erhöhten Problemdruck, der sich in den Junitagen des Jahres 1953 unübersehbar entlud.

In Bezug auf die Transformation der Agrarwirtschaft lässt sich der hier relevante Zeitraum in drei relativ klar voneinander zu trennende Abschnitte unterteilen. Diese sollen zunächst kurz benannt und im Folgenden detailliert ausgeführt werden:

1. Die *Vorbereitungsphase*: Dieser Abschnitt, der von April bis Juli 1952 reichte, war durch umfassende Freiwilligkeit der hier vereinzelt stattfindenden LPG-Gründungen gekennzeichnet. Direkter Zwang spielte dabei zunächst keine Rolle.
2. Die *Initiationsphase*: Sie erstreckte sich von der Parteikonferenz bis in den November 1952, wobei in zunehmendem Maße der Zwang als Gründungsmoment Bedeutung erlangte. Freiwilligkeit war durchaus gegeben, allerdings war diese nur noch partiell.
3. Die *Repressionsphase*: Sie folgte der Initiationsphase und fand ihr vorläufiges Ende spätestens im Juni 1953. Die überwiegende Mehrzahl der hier gegründeten LPG entstand aufgrund von Zwangsmaßnahmen.

Jede dieser drei Phasen folgte ihrer eigenen Logik, gleichwohl waren alle darauf ausgerichtet, der „sozialistischen Produktionsweise“ in der Landwirtschaft der DDR zum Durchbruch zu verhelfen. Die treibende Kraft war dabei zweifelsohne die SED; der Ausgangspunkt lag jedoch, wie so oft, im fernen Moskau.

2. Aufbruch in die Krise. Die LPG-Gründungen 1952/53

2.1. Die Vorbereitungsphase (April bis Juli 1952)

In der Zeit vom 29. März bis zum 10. April 1952 weilte die engere SED-Führung - Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht - in Moskau. Und wie immer, wenn dies der Fall war, ging es um grundlegende Fragen. Nachdem kurz zuvor die deutschlandpolitischen Bestrebungen der Sowjetunion, die so genannten „Stalin-Noten“, an der Ablehnung der Westmächte gescheitert waren, stand nun der zielgerichtete Aufbau eines ostdeutschen Separatstaates nach sowjetischem Vorbild auf dem Programm. „Faktisch“, so betonte Stalin während eines Gespräches mit den deutschen Spitzenfunktionären am 7. April, „wird in Westdeutschland ein selbständiger Staat gebildet. Ihr müsst auch euren eigenen Staat organisieren. Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland muss als eine Grenze betrachtet werden, und zwar nicht als einfache Grenze, sondern als eine gefährliche Grenze.“ Um diese nach außen abzusichern, sollten „ohne viel Lärm“ eine Armee geschaffen, die Grenzsicherung umfassend ausgebaut und im Gegenzug russische Truppen in die Heimat zurückgeführt werden. Dass eine derartige Neuorientierung in der Sicherheitspolitik nicht ohne innenpolitische Folgen bleiben konnte, wurde sehr schnell deutlich. Zwar sollte die deutsche Einheit weiterhin propagiert, gleichzeitig jedoch Maßnahmen ergriffen werden, die ein solches Anliegen konterkarierten. Zentrale Bedeutung maß Stalin dabei der ländlichen Gesellschaft bei, hier regte er einen grundlegenden Wandel der SED-Politik an. Zwei Gründe scheinen dafür ausschlaggebend gewesen zu sein: Einerseits war die Agrarwirtschaft jener Bereich der DDR-Ökonomie, der sich dem staatlichen Zugriff jenseits von Pflichtablieferungen u.ä. am weitesten entzog; andererseits sollte gerade sie jene Mittel zur Verfügung stellen, die für die Finanzierung der auf der 2. Parteikonferenz zu fassenden Beschlüsse dringend benötigt wurden. Entgegen der bisherigen Vorgehensweise sollten nun vereinzelte Produktionsgenossenschaften gegründet und diese als Initialzündung für eine sozialistische Massenbewegung auf dem Lande genutzt werden. Dabei sei es keineswegs notwendig, „lauthals vom Sozialismus zu reden“, vielmehr müssten ökonomische Vergünstigungen und eine umfassende Propaganda zunächst für eine gewisse Akzeptanz der Kollektivwirtschaften unter den Kleinbauern sorgen. Gleichzeitig mahnte Stalin jedoch zur Behutsamkeit und zu einem Beginn der Kollektivierung im Herbst gleichen Jahres; die so genannten „Großbau-

ern“ - Landbesitzer mit mehr als 20 Hektar Grundeigentum - sollten zunächst keinen weiteren Repressionen unterworfen werden.⁴

Es kann also kein Zweifel bestehen, dass der Übergang zur genossenschaftlichen Produktion im Frühsommer des Jahres 1952 auf Veranlassung Stalins erfolgte. Allerdings wäre es verfehlt, hierin einen Befehl zu sehen, der den Interessen der deutschen Kommunisten entgegenlief oder diesen gar aufgezwungen worden wäre. Das Gegenteil ist der Fall: Seit spätestens 1948 - wenn nicht früher - hatte die SED-Führung konsequent darauf hingearbeitet, gewachsene Strukturen zu zerstören, um so Platz für neue, der marxistisch-leninistischen Ideologie entlehnte, zu schaffen. Der „verschärfte Klassenkampf“ gegen die Großbauern zählte dazu ebenso wie etwa die zielgerichtete Zerschlagung der traditionellen Züchterverbände und der Raiffeisengenossenschaften. Dabei war die Agrarpolitik von einer zunehmenden Radikalisierung gekennzeichnet, die in der Kollektivierung lediglich ihre konsequente Fortsetzung fand.⁵

Jetzt, da sich die KPdSU-Führung derartigen Bestrebungen nicht mehr entgegenstellte, nutzte die SED den entstandenen Freiraum konsequent. Dabei blieb die praktische Ausgestaltung des eingeschlagenen Kurses ihr allein vorbehalten, die sowjetischen Stellen hielten sich in der entscheidenden Phase bis zur 2. Parteikonferenz auffallend zurück.⁶ Sehr schnell zeigten sich in Bezug auf das Tempo und den Umfang der Transformation weitreichende Diskrepanzen zwischen den Intentionen der anordnenden und der vollziehenden Gewalt. So begannen die Vorbereitungen für die Kollektivierung entgegen der ausdrücklichen Anregung Stalins fast unmittelbar nach dem Moskauaufenthalt der SED-Führung, verzögert nur durch die notwen-

⁴ Wolkow, Wladimir K.: Die deutsche Frage in Stalins Sicht (1947-1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 20-49. Das vollständige Wortprotokoll der beiden Treffen (1. und 7. April 1952) ist abgedruckt in: Ostermann, Christian F. (Hg.): Uprising in East Germany 1953, Budapest/New York 2001, S. 22-42. Siehe auch Badstübner, Rolf; Loth, Winfried (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 382-399.

⁵ Vgl. Schöne, Jens: Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945-1950/51, Stuttgart 2000.

⁶ Siehe dazu Scherstjanoi, Elke: Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluss in sowjetischer Perspektive, in: Deutschland-Archiv 27 (1994), S. 354-363.

digen Maßnahmen zur Grenzschießung sowie der damit einhergehenden territorialen Neugliederung der DDR. Spätestens Ende Mai 1952 rückte die Sozialisierung der Landwirtschaft auf die tagespolitische Agenda der SED-Führung und wurde nun mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben.

Zusätzliche Bedeutung hatte die „sozialistische Umgestaltung“ zu diesem Zeitpunkt durch die Ergebnisse der inzwischen erfolgten Wahlen zu den ländlichen Grundorganisationen der SED erlangt. Hier hatte sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass es nicht gelungen war, „entscheidenden Einfluss auf das Leben im Dorf zu nehmen und die führende Rolle der Partei zu verwirklichen.“ Eine Vorlage an das Zentralkomitee veranschaulicht, was dies im Einzelnen hieß: Die „Demokratisierung des Dorfes“ sei im Vergleich zu den Städten weit zurückgeblieben, Parteigenossen „machten sich oft zu Sprechern der Großbauern, indem sie die Nichterfüllung der Ablieferungspflichten ... entschuldigen“, und aus fast allen Ländern lägen Beispiele vor, „wo sich Genossen weigerten, Funktionen zu übernehmen mit der Begründung, es könne einmal anders kommen und da kann es uns schlecht gehen. In einer Reihe von Grundorganisationen waren daher vier oder mehr Versammlungen notwendig, um eine neue Parteileitung zu wählen.“⁷

Derartige Erkenntnisse mussten zwangsläufig zu einer weiteren Verschärfung des agrarpolitischen Kurses führen, der nun immer offensichtlicher auf die Kollektivierung abzielte. Wie in Moskau besprochen, sollten dazu zunächst einige Beispiele geschaffen werden, um diese dann als Modell für die weitere Umgestaltung zu nutzen. In diesem Zusammenhang erscheint es zunächst wie eine glückliche Fügung, dass ausgerechnet in den ersten Junitagen des Jahres 1952 zahlreiche Bauerndelegationen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vorsprachen, um hier die Anerkennung ihrer kooperativen Wirtschaftsformen einzufordern.

Wie bereits angeführt, gab es schon seit 1945/46 überall im Land zahllose genossenschaftsähnliche Zusammenschlüsse - Saatgut-, Ernte-, Ablieferungsgemeinschaften -, mit Hilfe derer vor allem die wirtschaftlich schwachen Neubauern ihre Stellung zu verbessern suchten. Aber: Diese Zusammenschlüsse waren Genossenschaften im klassischen Sinne, die - wie es das Genossenschaftsgesetz von 1889 definiert - „die Förderung des Erwerbes

⁷ BArch DY 30 IV 2/5/25, Bl. 45-53.

oder der Wirtschaft *ihrer Mitglieder* bezwecken“⁸ und die mit den nun entstehenden LPG oder gar dem Sozialismus auf dem Lande so gut wie nichts gemein hatten. Dessen war sich durchaus auch die politische Führung in Berlin bewusst, die derartige Allianzen - sofern sie bekannt wurden, was anscheinend nur bei einem geringen Teil der Fall war - konsequent auflöste. Dies betraf etwa noch im Mai 1951 die Ablieferungsgemeinschaft im thüringischen Merxleben, die nur ein Jahr später zur Vorzeige-LPG der DDR avancieren sollte. Bestrebungen zur genossenschaftlichen Arbeit bestanden also durchaus, aber nicht - dies sei nochmals betont - im Sinne einer staats-tragenden oder gar staatsfinanzierenden Funktion.⁹

Nun, da die Kollektivierung anstand, griff die SED in Übereinstimmung mit der von Stalin vorgeschlagenen Taktik auf eben jene genossenschaftlichen Zusammenschlüsse zurück. Und insofern ist es natürlich kein Zufall, dass gerade ab Anfang Juni Forderungen laut wurden, Produktionsgenossenschaften zuzulassen. Vielmehr handelte es sich dabei um eine von Anbeginn zentral initiierte und gesteuerte Bewegung. Denn am 4. Juni, nur einen Tag, nachdem das Politbüro der SED die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften endgültig beschlossen hatte, waren alle Ersten Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen nach Berlin einberufen worden, um sich ein Grundsatzreferat Walter Ulbrichts anzuhören. Dieses Referat ist von herausragender Bedeutung, denn es bildet das Bindeglied zwischen der parteipolitischen Entscheidung zur Kollektivierung und deren tatsächlichem Beginn in den Dörfern, ist in der historischen Forschung bisher aber noch nicht berücksichtigt worden. Über den Inhalt seiner Darlegungen, so betonte Ulbricht mehrfach, sei striktes Stillschweigen zu bewahren. „Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt“, ist nur eine Formulierung, die dies deutlich zum Ausdruck bringt. Es handelte sich bei diesem Prozess zunächst also um den Versuch einer Herrschaftsdurchsetzung in aller Stille - ein Umstand, der sich in der Folgezeit jedoch grundlegend ändern sollte.

⁸ GenG § 1 (Hervorhebung J.S.).

⁹ Zu Merxleben siehe Schier, Barbara: Die Ablieferungsgemeinschaft der Merxlebener Neubauern als Klassenkampfinstrument? Ein thüringisches Dorf auf dem Weg zur Kollektivierung, in: Kluge, Ulrich; Halder, Winfrid; Schlenker, Katja (Hg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 213-228.

Was aber war der Inhalt der Ausführungen? Zunächst erläuterte Ulbricht Einzelheiten zum geplanten Aufbau der Armee sowie zur Grenzsicherung; dann wandte er sich in aller Ausführlichkeit der Landwirtschaft zu und entwickelte vier wesentliche Punkte:

1. Entgegen der bisherigen Praxis sind bestehende genossenschaftliche Zusammenschlüsse durch die SED und durch staatliche Stellen ab sofort bedingungslos zu fördern *und* neue zu schaffen.
2. Dies müsse - und darauf wird zurückzukommen sein - nach dem Prinzip der absoluten Freiwilligkeit, aber „in einem Prozess des Kampfes“ erfolgen.
3. Dürfe die SED in diesem Zusammenhang keinesfalls offiziell in Erscheinung treten. Es werde keine Verordnungen oder sonstige Veröffentlichungen dazu geben, und auch auf den anstehenden Kreisdelegiertenkonferenzen dürfe die Kollektivierung nicht thematisiert werden.
4. Wäre es doch aufgrund der angestrebten Ziele hilfreich, wenn Bauerndelegationen etwa aus „Mecklenburg dort oben in dieser Ecke“ beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vorsprächen und die Registrierung ihrer Genossenschaft einforderten. Dass dies vor der 2. Parteikonferenz erfolgen müsse, betonte Ulbricht dabei mehrfach.

Wörtlich führte er aus: „Das ist einfach sozusagen der Anfang, weiter gar nichts, es ist auch nicht zweckmäßig, dass wir die Probleme der Weiterentwicklung der Produktionsgenossenschaften jetzt besprechen oder jetzt diskutieren. ... Ihr stellt fest, wo kleine Neubauern und Neubauerndörfer sind, bei denen die Bedingungen gegeben sind, dass man dort mit der Schaffung von Produktionsgenossenschaften beginnen kann. ... Wir geben also keine Erklärung irgendwie ab. Wenn Genossen kommen und fragen: Ja, wie stellt ihr euch nun dazu? Man muss doch zu dieser Frage genau Stellung nehmen. Wie steht ihr zu alledem? Dann werden wir sagen: Lieber Genosse! Wie du aus der Presse ersiehst, ist die Zweite Parteikonferenz der SED einberufen. Dort werden wir schon auf diese Fragen eine Antwort geben.“¹⁰

Bevor es jedoch dazu kam, dass die Parteikonferenz „auf diese Fragen eine Antwort geben“ konnte, mussten die angestrebten Beispielgenossenschaften geschaffen und Forderungen nach einer Kollektivierung erhoben werden. Nach Ulbrichts Ausführungen stellte dieser, der marxistisch-leninistischen

¹⁰ BArch DY 30 IV 2/1.01/195; Bl. 2-43.

Ideologie entlehnte Anspruch jedoch kein Problem mehr dar, denn jetzt griffen die Wirkungsmechanismen des „demokratischen Zentralismus“, der seit spätestens 1948 konsequent als Ordnungsprinzip der Partei eingeführt worden war. So fuhr nur einen Tag später Erich Mückenberger, ab 1953 ZK-Sekretär für Landwirtschaft, zu diesem Zeitpunkt jedoch 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt und als solcher Teilnehmer der eben angeführten Tagung, auf dem Hof der bereits erwähnten Ablieferungsgemeinschaft in Merxleben vor, forderte dort strikt die Entsendung einer Delegation zum Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und stellte auch das dafür benötigte Fahrzeug zur Verfügung.¹¹

Ähnliches passierte in anderen „Ecken“ des Landes, und so kann es nicht verwundern, dass innerhalb der nächsten 13 Tage plötzlich 9 Delegationen beim Ministerium vorsprachen und die Zulassung ihrer gemeinschaftlichen Wirtschaftsformen einforderten. Dies war jedoch keineswegs selbstbestimmt; nicht die so genannten „Pioniere der Genossenschaftsbewegung“ ergriffen die Initiative, sondern die territorialen Parteiorganisationen - und dies auf ausdrückliche Anweisung der SED-Führung.

Nun begann auch der Staatsapparat tätig zu werden, und der Prozess verließ damit erstmals die rein politische Ebene. Da es hier umfangreiche personelle Überschneidungen gab, gewann die weitere Entwicklung sehr schnell an Dynamik. Bereits am 11. Juni - zu diesem Zeitpunkt befanden sich sechs LPG in Gründung - gab das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft die ersten Anweisungen zur Förderung der neuen Genossenschaften heraus, denen in den nächsten Tagen zahlreiche weitere folgten. Sondertarife der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS¹²) für die LPG wurden darin ebenso geregelt wie die bevorzugte Belieferung der Produktionsgenossenschaften mit Baumaterialien, Futtermitteln, Arbeitsbekleidung und auch Akkordeons.¹³ Allerdings geschah dies zunächst ausschließlich auf der Basis von Einzelfallentscheidungen - bis zum Erlass allgemeingültiger Regelungen sollte noch einige Zeit vergehen.

In den Dörfern selbst wurde sehr schnell klar, dass es sich bei dem hier angeschobenen Vorgang um den in der ländlichen Bevölkerung seit langem

¹¹ Schier: Ablieferungsgemeinschaft, S. 221.

¹² In Anlehnung an das sowjetische Vorbild wurden diese zum Jahresende in „Maschinen-Traktoren-Stationen“ (MTS) umbenannt.

¹³ Siehe dazu z.B. BArch DK 1/1.830, Bl. 16, 18.

vermuteten Beginn einer umfassenden Sozialisierung handelte. Immer wieder war seit 1948 vermutet worden, dass die SED eine „zweite Bodenreform“ plane, die sich entweder gegen die Großbauern oder aber alle privatwirtschaftlichen Betriebe auf dem Lande richten würde. Die Frage war dabei weniger, ob, sondern wie ein solcher Schritt erfolgen würde: als umfassende Enteignung oder aber auf dem Wege der Kollektivierung, wobei die Grenzen hier durchaus fließend sein konnten.¹⁴

Der beginnende Transformationsprozess führte sehr schnell zu verhärteten Fronten innerhalb der Dörfer. Während die so genannten Alt- und Großbauern in ihrer überwiegenden Mehrheit die Kollektivierung rundweg ablehnten, fand diese unter den Neubauern durchaus Zustimmung. Dies kann kaum überraschen, denn die Neubauern, die ihre Parzelle aus dem Bodenreformland erhalten hatten, waren ökonomisch tendenziell bedeutend schlechter gestellt als ihre angestammten Konkurrenten und erwirtschafteten trotz allen Engagements zum überwiegenden Teil lediglich das zum unmittelbaren Überleben Notwendige - ohne dabei Aussicht auf eine grundlegende Verbesserung in naher Zukunft zu haben. Hier nun griffen die umfangreichen Vergünstigungen für die Produktionsgenossenschaften, die bereits Lenin angeregt und Stalin nachdrücklich gefordert hatte. Obwohl das Politbüro der SED einen entsprechenden Beschluss erst nach der Parteikonferenz, am 19. Juli 1952, fasste, wurden diese über das bereits oben geschilderte Maß hinaus von Anbeginn gewährt und summierten sich letztlich zu einem umfassenden Katalog: Die Arbeiten der MAS/MTS wurden in der niedrigsten Tarifgruppe abgerechnet und waren - ebenso wie Kredite für Saatgut und Dünger - nach der Ernte des Jahres 1953 zahlbar; agrotechnische, zootechnische und veterinärmedizinische Hilfe erfolgte kostenlos; die LPG wurden für zwei Jahre von Steuern befreit, die Pflichtablieferung um 10 Prozent gesenkt; Mitglieder der Produktionsgenossenschaften erhielten einen Steuernachlass von 25 Prozent und brauchten ausstehende Zahlungen für erhaltenes Bodenreformland nicht mehr zu leisten.¹⁵

Diese umfangreichen Sonderrechte, die ein LPG-Beitritt mit sich brachte, stellten einen nicht zu unterschätzenden Anreiz dar, konnte so doch im

¹⁴ Zu derartigen Spekulationen siehe z.B. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Ld. Br. Rep. 332, Nr. 40, Bl. 15.

¹⁵ Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Mitglieder, Beschluss des Politbüros vom 19. Juli 1952, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 81-83. Siehe dort für weitere Vergünstigungen.

Ernstfall das eigene Überleben überhaupt erst gesichert werden. Hinzu kam - und dies sprach sich in der Tat sehr schnell herum -, dass gerade in der Zeit vor der Schaffung einheitlicher Richtlinien nahezu jeder Wunsch der in Gründung befindlichen Genossenschaften erfüllt wurde.

Dass dabei auf Seiten der Bauern die Grenzen zwischen Pragmatismus, Opportunismus und blanker Erpressung durchaus fließend sein konnten, zeigt recht eindrucksvoll das Beispiel einer mecklenburgischen LPG. Nachdem die an der Gründung beteiligten Bauern (auch hier alles Neubauern) bereits zuvor neun - wie es in den Quellen heißt - „Wunschforderungen“ an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft gestellt hatten, fügten sie diesen in der vermeintlichen Gründungsversammlung der LPG am 16. Juni eine weitere hinzu - und, so berichtete ein offensichtlich entsetzter Instrukteur des ZK der SED nach Berlin: „Die Bauern erklärten sich übereinstimmend für ein Statut, also eine gesetzliche Regelung der Produktionsgenossenschaft und ihrer Vertretung, sie waren aber der Meinung, dass sie erst eine Antwort auf ihre EntschlieÙung und die damit verbundenen Wünsche von Minister Scholz erhalten müssten“, ehe sie die Gründung vollziehen könnten.¹⁶

Eine derartige Verhaltensweise hatte im Sommer des Jahres 1952 vor allem zwei Folgen: Einerseits wurden die aufgestellten Wunschforderungen prompt erfüllt, andererseits trug dies nicht unwesentlich dazu bei, die frühen LPG in weiten Teilen der ländlichen Bevölkerung - und hier vor allem bei den wirtschaftsstarken Bauern - zu diskreditieren und ihre potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten damit nachhaltig zu hemmen. An diesem Geburtsfehler sollten die LPG bis hin zur Vollkollektivierung des Jahres 1960 krankten.

Eines jedoch war im Sinne der SED Anfang Juli 1952 erreicht: Die ersten LPG befanden sich in der Gründungsphase und Walter Ulbricht konnte sich während der 2. Parteikonferenz auf die „Vorschläge der werktätigen Bauern“ berufen, als er den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und damit die Kooperativwirtschaft auf dem Lande forderte. Bei diesen Vorschlägen handelte es sich jedoch keineswegs, wie in der Literatur der DDR durchgängig, aber auch heute noch teilweise behauptet, um spontane Aktivitäten der ländlichen Bevölkerung, sondern vielmehr um einen von der SED inszenierten und zentral gesteuerten Prozess. Dies schließt grundsätzlich nicht

¹⁶ BArch, DK 1/1.831, Bl. 42

aus, dass es hierbei partielle Überschneidungen mit den wirtschaftlichen Interessen von Teilen der Bauernschaft gab - dafür spricht schon die zu diesem Zeitpunkt noch gegebene Freiwilligkeit. Aber: Die mit der beginnenden Kollektivierung verbundenen Forderungen nach Aufbau des Sozialismus, nach Planwirtschaft und dem weiter zu verschärfenden Kampf gegen die Großbauern entsprangen keineswegs einer freien Willensbildung der Landbevölkerung, sondern vielmehr den ideologisch determinierten Zielvorstellungen der SED-Führung. Erst allmählich sollte sich zeigen, wie ernst es der Monopolpartei mit der angestrebten Gesellschaftskonstruktion war.

2.2. Die Initiationsphase (Juli bis November 1952)

Mit der 2. Parteikonferenz trat auch der Entstehungsprozess der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in einen neuen Abschnitt ein, denn nun ging es darum, die vereinzelt gegründeten Genossenschaften in eine Massenbasis zu überführen, eine Bewegung zu initiieren, die der „sozialistischen Produktionsweise“ auf dem Lande zum Durchbruch verhelfen würde. Dazu überschwemmten Agitationstrupps das Land und versuchten, die Bauern von den Segnungen einer sozialistischen Landwirtschaft zu überzeugen, ohne jedoch die sonst üblichen administrativen wie ideologischen „Hilfestellungen“ von der Parteiführung erhalten zu haben. Klar war lediglich, dass LPG gegründet werden sollten, über die Einzelheiten herrschte vorerst allgemeine Unklarheit. Direkter Zwang spielte dabei zunächst kaum eine Rolle. Dieser war vorerst auch keineswegs nötig und - so muss man hinzufügen - nur schwerlich möglich. *Nicht nötig* vor allem deshalb, weil die ökonomisch massiv geförderten LPG, wie oben bereits ausgeführt, für eine Vielzahl der sonst kaum überlebenden Neubauern eine durchaus akzeptable Alternative darstellten und der Kollektivierungsprozess daher auf niedrigem Niveau, aber doch kontinuierlich voranschritt. *Nicht möglich* war organisierter Zwang, weil die parteipolitische Initiierung der Produktionsgenossenschaften völlig überstürzt erfolgt war und der Funktionsapparat die praktischen Folgen wie Erfordernisse einer solchen Aufgabe schlichtweg nicht einzuschätzen vermochte. Noch Mitte August behalf sich Albert Schäfer, Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim Zentralkomitee der SED, mit ideologisch gewichtigen, ansonsten aber inhaltsarmen Floskeln, als er im *Neuen Deutschland* die „Aufgaben der Partei zur Unterstützung der werktätigen Bauern und Landarbeiter bei der Bildung und Entwicklung von Produktionsgenossenschaften“ erläuterte. Allerdings

gab er dabei schon deutlich zu verstehen, wohin die Entwicklung führen müsse: „In dieser Situation des verschärften Klassenkampfes, der sich noch weiter steigern wird, müssen die Mitglieder und Kandidaten unserer Partei, insbesondere die Parteileitungen, alles tun, um die Werktätigen auf dem Lande zu unterstützen. ... Die ideologische, ökonomische und politische Festigung der bestehenden Produktionsgenossenschaften sowie die Unterstützung der werktätigen Bauern und Landarbeiter bei der Bildung neuer Produktionsgenossenschaften ist das wichtigste Kettenglied bei der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern.“¹⁷ Im Klartext hieß das: Jedes einzelne Parteimitglied ist verpflichtet, sich mit seinen Möglichkeiten an der „sozialistischen Umgestaltung“ der Landwirtschaft zu beteiligen. Da der „Gegner“ den Klassenkampf ohnehin verschärfen würde, dürfte man nicht zögern, alle zur Verfügung stehenden Mittel auch einzusetzen, denn nur so sei die „Herrschaft der Arbeiterklasse“ zu sichern. Wie dieser Anspruch jedoch in die Praxis umgesetzt werden sollte, blieb vorerst weiter nebulös.

Erst am 20. August 1952 unternahm die SED-Führung einen Versuch, dieser Phase des blinden Aktionismus eine einheitliche Richtung zu geben. Dazu wurde eine vom ZK der SED ausgerichtete und vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft begleitete Tagung mit den Ersten Kreissekretären der Partei nach Berlin anberaumt. Hier musste Fred Oelßner, bezeichnenderweise ZK-Sekretär für Propaganda, nicht für Landwirtschaft, zunächst dem auch unter den Funktionären weit verbreiteten Gerücht entgegenreten, die Kollektivierung sei lediglich der erste Schritt zu einer umfassenden Enteignung aller Bauern. Alsdann ging er daran, den Versammelten knapp die rechtlichen, vor allem aber die ideologischen Prämissen der LPG-Gründungen zu erläutern. Dabei widmete er sich u.a. ausführlich dem Problem der Freiwilligkeit innerhalb des Gründungsprozesses. Hier übte er zunächst - auf diese Stelle ist in der Literatur wiederholt Bezug genommen worden - harsche Kritik an einzelnen Fällen, bei denen das so genannte „Freiwilligkeitsprinzip“ von Parteigenossen allzu offensichtlich verletzt worden war. Im gleichen Zusammenhang jedoch - und dies bleibt oftmals unerwähnt - prägte er jene Worte, die in den folgenden Jahren zu einer Art Leitlinie der SED-Politik auf dem Lande werden sollten. „Freiwilligkeit“, so Oelßner, „bedeutet doch nicht Selbstlauf und Spontaneität.“ Und weiter:

¹⁷ Neues Deutschland, Ausg. A, 12.08.1952, S. 2.

„Wenn die Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus auf dem Lande ihre führende Rolle verwirklichen soll, so heißt dies, dass die Partei der Arbeiterklasse, unsere Partei, die Bauern bei der Sache beraten, dass sie unter den werktätigen Bauern für die Produktionsgenossenschaften werben muss.“

Dass diese Worte, vorgetragen vor mittleren Kadern einer streng hierarchisch organisierten Partei, einer Aufforderung zum Wettbewerb um LPG-Gründungen gleichkam, ist kaum zu übersehen, ebenso wenig wie der Umstand, dass dem Freiwilligkeitsprinzip damit kaum Vorschub geleistet wurde. Dies gilt umso mehr, als Oelßner mehrfach betonte, dass „die führende Rolle, die Initiative“ in jedem einzelnen Fall in den Händen der SED liegen müsse.¹⁸

Im Anschluss erläuterte der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Kurt Siegmund, den Funktionären die administrativen Verfahrenswege, die beschritten werden müssten, um die neu gegründeten LPG zu registrieren, ihnen so die umfassende staatliche Unterstützung zu sichern und sie auf diese Weise (möglichst) arbeitsfähig zu machen. Damit traten neben die ideologisch determinierten Zielvorstellungen erstmals praktische Leitlinien - dies sollte sich in der Folgezeit auszahlen.

Wie die Statistiken zeigen, hatten die anwesenden Parteifunktionäre nun tatsächlich verstanden, was von ihnen erwartet wurde. Waren am 9. September - also etwa acht Wochen nach der 2. Parteikonferenz - von den 194 Landkreisen der DDR noch 43 ohne LPG, so waren es am 10. Oktober nur noch 11; in etwa der gleichen Zeit stieg die Anzahl der Genossenschaften von etwa 530 (15.9.) auf 860 (10.10.), was in weniger als einem Monat einer Steigerung von mehr als 62 Prozent gleichkam.¹⁹

Neben dieser quantitativen wurde nun auch die qualitative Absicherung der Kollektivierung konsequent vorangetrieben: Musterstatuten für die verschiedenen LPG-Typen wurden geschaffen, die steuerlichen Vergünstigungen ausdifferenziert, bei allen Maschinen-Ausleih-Stationen entstanden Politische Abteilungen und ab Oktober schließlich Grundorganisationen der SED in allen Produktionsgenossenschaften. Bereits im September war ein gutes Viertel der LPG-Vorsitzenden auf ZK-Beschluss mit einem Waffenschein und der dazugehörigen Waffe versehen worden, die Volkspolizei wurde zur

¹⁸ BArch DY 30 IV 2/1.01/200, Bl. 34.

¹⁹ Die Zahlenangaben beruhen auf verschiedenen Dokumenten aus dem Bestand DK 1 (Ministerium für Land- und Forstwirtschaft) des Bundesarchivs.

besonderen Sicherung der Genossenschaften verpflichtet und Gegner der Kollektivierung zunehmend offen diskriminiert.

Zwar wurde noch immer - intern wie öffentlich - die Freiwilligkeit propagiert, doch hatte der auf der 2. Parteikonferenz von Walter Ulbricht bereits angekündigte Klassenkampf spätestens im Oktober eine gänzlich neue Qualität erreicht, die sich im November in Auswertung des XIX. Parteitages der KPdSU nochmals verschärfen sollte. All dies war eingebettet in einen umfassenden „kalten Bürgerkrieg“, den die SED nun gegen nahezu alle Bevölkerungsteile führte. Dazu gehörte der Kampf gegen die Junge Gemeinde ebenso wie gegen die privaten Handwerker und Handelsorganisationen oder die auch jetzt noch widerspenstigen Teile der Blockparteien. Auch die vermeintlich führende Kraft im Staate, die Arbeiterklasse, blieb von massiven Subventionskürzungen und Preissteigerungen nicht verschont. Ein Hauptziel der Transformation wurden jedoch in zunehmendem Maße die privatbäuerlichen Betriebe. Dabei verschärfte die Monopolpartei ihre Vorgehensweise immer in Abhängigkeit vom tatsächlich Machbaren. War etwa die Justiz bis zum Frühherbst des Jahres 1952 durch die Notwendigkeit einer territorialen Neugliederung in Bezug auf die zuvor geschaffene Bezirksstruktur gebunden, so kam sie in der Folgezeit zunehmend zum Einsatz, um den Widerstand gegen die Kollektivierung zu brechen. Das am 2. Oktober verabschiedete „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums“ tat sein Übriges, um vermeintliche wie tatsächliche Gegner des neuen gesellschaftlichen Kurses zu diskriminieren.²⁰

Alles in allem ist festzuhalten, dass im Herbst des Jahres 1952 die zentrale Koordination des Kollektivierungsprozesses so weit vorangeschritten war, dass nun von einer einheitlichen Ausrichtung der Parteikohorten gesprochen werden kann. Auch wenn hier regionale Unterschiede feststellbar sind, war das Ziel klar: möglichst viele LPG in möglichst kurzer Zeit. In den Monaten seit der 2. Parteikonferenz war die Kollektivierung unter ständig erweiterter administrativer, juristischer und parteipolitischer Absicherung zielgerichtet vorangetrieben worden, wobei insbesondere Walter Ulbricht, der ein ausgeprägtes Interesse an der Landwirtschaft hegte, als Exponent auch dieser Entwicklung hervortrat.

Spätestens damit aber begann eine dritte Phase, in der die Freiwilligkeit endgültig ihre Bedeutung verlor und der Zwang zum konstitutiven Element

²⁰ Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945-1955, München 2001, S. 242.

innerhalb des Gründungsprozesses gerann. Das bedeutet nicht, dass es ab diesem Moment keine freiwilligen Zusammenschlüsse mehr gab; tatsächlich lassen sich diese bis zum Beginn des „sozialistischen Frühlings“ im Jahr 1960 nachweisen. Aber: Freiwilligkeit war nun keinesfalls mehr Voraussetzung für die Gründung von Produktionsgenossenschaften, und es war den politisch Handelnden klar, dass sie diese ohne Gefahr von Sanktionen vernachlässigen konnten. Was jetzt folgte, war eine maßlose Verschärfung des Kollektivierungsdruckes, der erst infolge der Ereignisse um den 17. Juni 1953 eine wirkliche Abschwächung erfahren sollte.

2.3. Die Repressionsphase (November 1952 bis Juni 1953)

Die seit 1948, verstärkt aber seit der 2. Parteikonferenz betriebene Politik des „verschärften Klassenkampfes“ zeitigte bald ernst zu nehmende wirtschaftliche Folgen. Die ökonomisch unsinnige Förderung der Produktionsgenossenschaften, der erhöhte Druck auf die Einzelbauern, das daraus resultierende Anwachsen der Zahl der Häftlinge wie der „Republikflüchtlinge“, der zunehmende Entzug landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch die Militarisierung der Gesellschaft - all dies trug dazu bei, dass die Produktivität der Landwirtschaft dramatisch zurückging. Bereits im Oktober hatte die Sowjetische Kontrollkommission, faktisch das oberste Machtorgan im Land, die SED-Führung auf die Verschlechterung der Versorgungslage aufmerksam gemacht²¹, zum Jahreswechsel 1952/53 wurde diese unübersehbar. Dass ein wesentlicher Grund dafür die jenseits der absoluten Zahlen stagnierende Entwicklung der LPG war, war selbst der Führung der SED klar, die öffentlich immer wieder die Großbauern für die entstandene Misere verantwortlich machte. Ein umfangreicher Bericht der Regierung vom 9. Dezember 1952 zeigt in aller Deutlichkeit, dass die Produktionsgenossenschaften, von denen zum Jahreswechsel mehr als 1.800 existierten, keineswegs die angestrebten Musterwirtschaften auf dem Lande waren, sondern mehrheitlich in einer tiefen Krise steckten. Die Ursachen dafür wurden als ebenso vielfältig wie umfassend angesehen.

Neben der als katastrophal einzuschätzenden Rentabilität der meisten Genossenschaften wurden vorrangig drei Problemkomplexe für die entstandene Notlage verantwortlich gemacht. *Erstens* - so bemängelte der Bericht - zielten die Bemühungen der lokalen Partei- und Staatsorgane vor

²¹ Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 406.

alles darauf ab, so viele Produktionsgenossenschaften wie irgend möglich zu gründen, ohne diesen dann die notwendige Unterstützung zu gewähren. *Zweitens* hielten sich in den Dörfern trotz aller propagandistischer Bemühungen hartnäckige Ressentiments gegen die Genossenschaften, die darauf hinausliefen, dass „in den LPG die Fleißigen die Arbeit der Faulen mitmachen müssen und die Mitglieder keine freien Menschen seien“. Dass diese Vorbehalte keineswegs aus der Luft gegriffen waren, verdeutlicht ein *drittes* Problemfeld. In einem Großteil der LPG, so konstatiert der Bericht, herrsche weitgehende Unklarheit über die innere Organisation der Genossenschaft, würden weder die Statuten noch die inneren Betriebsordnungen eingehalten und die Mitglieder konzentrierten sich vor allem auf die private Hauswirtschaft.²²

Im herrschenden Klima des „kalten Bürgerkrieges“ bedeutete eine solche Erkenntnis jedoch keineswegs eine grundlegende Änderung des eingeschlagenen Kurses, sondern vielmehr eine weitere Verschärfung desselben. So legte der bereits angeführte Bericht unmissverständlich fest: „Mit der Duldsamkeit gegenüber feindlichen Auffassungen ist endgültig Schluss zu machen. Erkannte Feinde sind in öffentlichen Versammlungen zu entlarven, sabotierende Bürgermeister und Mitarbeiter der Staatsorgane rücksichtslos zu entfernen und durch befähigte Arbeiter, Landarbeiter und werktätige Bauern zu ersetzen.“²³

Waren im Zusammenhang mit der Schließung der innerdeutschen Grenze bereits 1952 knapp 900 privatbäuerliche Betriebe de facto enteignet worden (und hatten dabei ein Gesamtvermögen in Höhe von ca. 23 Mill. DM zurückgelassen²⁴), war es vor allem die - wie es euphemistisch hieß - „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Versorgung der Bevölkerung“ vom 19. Februar 1953, mit der die SED-Führung ihrer „Revolution von oben“ auf dem Lande Nachdruck zu verleihen suchte. Schon aufgrund der unspezifischen Formulierungen bot der Paragraph 1 dieser Verordnung weitreichende Möglichkeiten zur Beschlagnahme privatbäuerlicher Betriebe: „Besitzern von landwirtschaftlichem Grundbesitz, die gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen und

²² DK 1/5.892, Bl. 1-36.

²³ Ebd., Bl. 28.

²⁴ Bell, Wolfgang: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analysen und Dokumentation, Münster-Hiltrup 1992, S. 42.

die Bestimmungen über die ordnungsgemäße Bewirtschaftung grob verletzt haben, kann durch Entscheidung des Rates des Kreises oder Beschluss des Gerichtes die weitere Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes untersagt werden.“²⁵

Dies kam einem Freibrief für wilde Enteignungen gleich, zumal auch die LPG und die von der SED gesteuerte Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) nach einer Richtlinie der Regierung das Recht hatten, zu enteignende Betriebe vorzuschlagen.²⁶

Seit der 2. Parteikonferenz waren den Vergünstigungen für die LPG konsequent Benachteiligungen der Einzelbauern gegenübergestellt worden. Dies betraf erhöhte Ablieferungsverpflichtungen ebenso wie die schlechtere Versorgung mit Grundmitteln und Technik oder auch Krediten. Durch dieses künstlich erzeugte Ungleichgewicht waren viele Einzelbauern Anfang des Jahres 1953 nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat nachzukommen. Die Normfalle, in die sie damit getrieben worden waren, schlug nun unerbittlich zu: Bereits fünf Wochen nach der angeführten Verordnung waren auf ihrer Grundlage über 6.500 privatbäuerliche Betriebe enteignet, willkürliche Verhaftungen standen ebenso auf der Tagesordnung wie Schauprozesse in den Dörfern.²⁷

Obwohl die Großbauern von all diesen Erscheinungen besonders hart betroffen waren, fanden sich Opfer dieser Politik unter allen Schichten des Privatbauerntums. Der Klassenkampf, den Walter Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz prognostiziert hatte, hatte das Dorf nun in vollem Umfang erreicht, allerdings nicht, wie angekündigt, von den Großbauern ausgelöst, sondern vielmehr von der SED-Führung zielgerichtet initiiert und vorangetrieben.

Oftmals boten die lokalen Partei- und Staatsorgane den Betroffenen jedoch einen Ausweg. Dabei konnten sie sich der Rückendeckung durch die sowjetische Hegemonialmacht durchaus sicher sein, denn in einem Gespräch mit Wilhelm Pieck hatte deren Vertreter schon am 2. Februar 1953 klar zu verstehen gegeben, dass dies ein gangbarer Weg wäre, um die Kollektivierung

²⁵ Gesetzblatt Nr. 25, 27. Februar 1953, S. 329f.

²⁶ DK 1/3.000, Bl. 215.

²⁷ Bell: Enteignungen, S. 59. Allein zwischen dem 1.8.1952 und dem 31.1.1953 wurden über 1.200 Verfahren gegen Bauern geführt; vgl. Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 81.

voranzutreiben²⁸: Bei einem sofortigen Eintritt in die Produktionsgenossenschaft wurde u.U. nicht nur von einer anhängigen Strafverfolgung abgesehen, sondern auch aufgelaufene Ablieferungsschulden oder Steuerrückstände ersatzlos gestrichen. Und so kann es kaum verwundern, dass allein bis zum 31. Mai 1953 mehr als 8.000 landwirtschaftliche Privatbetriebe in die LPG überführt wurden.²⁹

Dabei kam ab Januar des Jahres 1953 ein neues Instrumentarium der Macht zum Einsatz, um die „sozialistische Umgestaltung“ der Landwirtschaft abzusichern: das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Allem Anschein nach hatte sich dieses bisher nur sehr sporadisch engagiert, jetzt jedoch sollte die Einflussnahme auch institutionell abgesichert werden. Von zentraler Bedeutung waren dabei die Politischen Abteilungen bei den MAS bzw. MTS, die im September 1952 auf Betreiben der SED-Führung gegründet worden waren und die Stationen „zu Zentren der organisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Arbeit unter den werktätigen Bauern und der Umgestaltung des Dorfes auf sozialistischer Grundlage“³⁰ entwickeln sollten. Seit Jahresbeginn bemühte sich das Ministerium um zunehmenden Einfluss und ab spätestens April gleichen Jahres waren die Stellvertretenden Leiter aller Politabteilungen legendiert arbeitende Mitarbeiter des MfS. Diese Maßnahmen kamen zu spät, um die Ereignisse des 17. Juni zu vereiteln, jedoch war damit der Grundstein einer flächendeckenden Überwachung gelegt, die in den Folgejahren konsequent ausgebaut wurde und sich im „sozialistischen Frühling“ des Jahres 1960 bewähren sollte.³¹

Da der Einsatz von Staatssicherheit, Polizei und Justiz zur Diskriminierung von Kollektivierungsgegnern mit unverminderter Härte fortgesetzt wurde, mehrten sich die Krisenerscheinungen in einem unübersehbaren Ausmaß. Seit 1952 waren dem Staat durch die Vertreibung von Großbauern mehr als 621.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche anheim gefallen, ohne dass die Voraussetzungen gegeben waren, diese effektiv zu bewirtschaften. Ver-

²⁸ Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 413.

²⁹ DK 1/7.124, Bl. 22.

³⁰ Richtlinien für die Arbeit der Politischen Abteilungen bei den MAS, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 142-148.

³¹ Vgl. z.B. Anweisung Nr. 10/53 (E. Mielke) vom 27. April 1953, in: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS-BdL/Dok. Nr. 3375, Bl. 1-5.

suche, dies durch den Einsatz von Industriearbeitern oder Strafgefangenen zu kompensieren, scheiterten kläglich. Einen weiteren Entzug der ohnehin knappen Arbeitskräfte brachte die ständig steigende Anzahl von „Republikfluchten“ mit sich. Waren im ersten Quartal des Jahres 1952, vor dem Beginn der Kollektivierung, 455 Bauern aus der DDR geflohen, so waren es im gleichen Zeitraum des Folgejahres bereits 5.685, im zweiten Quartal des Jahres 1953 5.391 weitere.³²

Noch immer überschwemmten Agitationstrupps das Land, um in großer Anzahl LPG zu gründen. Dies führte schon aufgrund der mangelnden Freiwilligkeit dazu, dass die Genossenschaften innerhalb des Dorfes zunehmend isoliert waren, eine Identifikation der Mitglieder mit ihren Betrieben oftmals unterblieb und der Kollektivierungskurs als solcher immer stärker in Verruf geriet. So berichtete ein Sonderbeauftragter des ZK im Mai 1953 von einem Versuch, in Kossebade, Kreis Parchim, eine LPG zu gründen: „Die Versammlungen wurden hauptsächlich mit den Landarbeitern und öffentlich durchgeführt. Obwohl ... bekannt war, dass sich unter den Landarbeitern Verwandte von Großbauern befanden, der größte Teil nur beschränkt arbeitsfähige Menschen und ein Teil Jungen und Mädchen im Alter von 15-16 Jahren sind, versuchte man, unter Einsatz aller Mittel, eine LPG zu gründen und vergaß, die 54 werktätigen Bauern des Dorfes überhaupt anzusprechen. Insgesamt wurden 3 Gründungsversammlungen ‚versucht‘, von denen die werktätigen Bauern sagen, dass das Ganze eine lächerliche Komödie gewesen sei. (Die Kollegen Landarbeiter, die sich bereit erklärt hatten, in die LPG einzutreten, erschienen nicht zu den angesetzten Versammlungen.) Als die 7. Versammlung verunglückt war, kümmerte sich niemand mehr um das Dorf.“³³

Unter den Bedingungen zunehmender Repression verließen immer mehr wirtschaftlich erfolgreiche Bauern die Dörfer in Richtung Westen, die Zahl der Verhafteten aus der ländlichen Bevölkerung war seit der 2. Parteikonferenz dramatisch angestiegen, Produktionsgenossenschaften wurden jetzt fast ausschließlich „unter Einsatz aller Mittel“ gegründet, die Arbeitsproduktivität befand sich im Sinkflug und selbst Delegationen aus befreundeten, so genannten „volksdemokratischen“ Ländern übten wiederholt har-

³² BArch, DO 1/11/962, Bl. 11f.

³³ SAPMO BArch NY 4.182/1.071, Bl. 77.

sche Kritik an den Zuständen in der „sozialistischen Landwirtschaft“ der DDR.³⁴

Es war das ZK der KPdSU, das hier die Notbremse zog. Nachdem die SED auf dessen Anweisung bereits am 21. Mai die Werbung für die Produktionsgenossenschaften einstellen musste, war es der so genannte „Neue Kurs“ vom 9. Juni 1953, der hier einen vorläufigen Umschwung brachte. Hierin wurde nicht nur die sofortige Beendigung der „außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung“ und der „verschärften Methoden der Steuererhebung“ zugesagt, sondern auch die Möglichkeit einer Rückkehr der enteigneten und/oder in die Bundesrepublik geflohenen Bauern auf ihre Wirtschaften zugesichert. Gerichtsurteile wegen Nichterfüllung von Ablieferungs- und Steuerpflichten sollten überprüft und Kredite großzügig zur Verfügung gestellt werden. Zu den LPG wurde lediglich ausgeführt, dass Maßnahmen zu treffen seien, um ihre Interessen zu wahren.³⁵

Plötzlich und völlig unerwartet hatten sich die Vorzeichen damit umgekehrt: Statt der bisher bedingungslos geförderten Genossenschaften - deren Zukunft nun ungewiss erschien - waren es jetzt die bislang konsequent bekämpften Einzelbauern (und Großbauern waren hier explizit eingeschlossen), denen der Staat volle Protektion versprach. Dies war natürlich nichts anderes, als das (wenn auch unfreiwillige) Eingeständnis des kompletten Scheiterns der aggressiven SED-Agrarpolitik seit der 2. Parteikonferenz.

Die Folgen sind bekannt: In den Tagen des Juni und Juli 1953 wurde in den Dörfern nicht nur auf das Wohl Adenauers und die nun anstehende Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten getrunken, sondern auch tatkräftig gegen die SED-Diktatur opponiert. In über 250 Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern, denen man mit einem gewissen Recht ländlichen Charakter unterstellen kann, kam es zu Protesten gegen die Parteiherrschaft und/oder zu Angriffen auf deren Exponenten. Ortsnamen wie Jessen oder Mühlhausen etwa stehen nur stellvertretend für zahlreiche an-

³⁴ Zum verheerenden Zustand der Agrarwirtschaft der DDR im Frühjahr 1953 siehe z.B. Zusammenfassung der Berichte der Mitglieder und Kandidaten des ZK über die Erledigung ihres Parteauftrages: Besuch in MTS und LPG vom 21. Mai 1953, in: SAPMO BArch NY 4.182/1.071, Bl. 106ff.

³⁵ Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 428-431.

dere und insofern scheint die Reduzierung der Ereignisse auf den Begriff „Arbeiteraufstand“ doch etwas zu kurz zu greifen.³⁶

In den verbleibenden Monaten des Jahres sollten sich mindestens 483 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften auflösen und die von der SED inszenierte Genossenschaftsbewegung erst wieder im Rahmen des so genannten „sozialistischen Frühlings“ eine ähnliche Intensität wie 1952/53 erreichen - mit den Ereignissen um den 17. Juni 1953 war auch die Kollektivierung zu einem vorläufigen Ende gelangt.

3. Fazit und Ausblick

Betrachtet man die SED-Agrarpolitik zwischen der 2. Parteikonferenz und dem 17. Juni 1953, so fallen zwei Dinge auf: Einerseits wurde der Kollektivierungskurs in Abhängigkeit vom tatsächlich Machbaren beständig verschärft, andererseits führte genau dies zu einer unübersehbaren Zuspitzung der gesamtgesellschaftlichen Krise. Damit eröffnet sich zwangsläufig die Frage, warum sich die Monopolpartei im April/Mai des Jahres 1952 für die Kollektivierung entschied und an dieser trotz aller Widerstände festhielt.

Es spricht vieles dafür, dass die SED den Schritt zur Kollektivierung gern schon früher gegangen wäre; seit spätestens 1949 hatten führende Funktionäre auf allen wichtigen Parteitagungen die „Rückständigkeit“ der Landwirtschaft beklagt und einen grundlegenden Wandel gefordert.³⁷ Die deutschlandpolitischen Ambitionen der Sowjetunion standen einem solchen Schritt bis zum Frühjahr 1952 jedoch diametral entgegen und setzten der Gesellschaftspolitik der SED enge Grenzen. Erst mit dem Scheitern der „Stalin-Noten“ und der daraus resultierenden Kursänderung der Hegemonialmacht entstand jener Handlungsspielraum, den die SED für einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft benötigte. Diesen nutzte sie konsequent. Die Transformation der Agrarwirtschaft war dabei nur ein Bereich von vie-

³⁶ Vgl. dazu die Beiträge in Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter, Armin; Wollé, Stefan (Hg.): *Der Tag X - 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1995.

³⁷ So u.a. Walter Ulbricht auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949. Vgl. *Protokoll der Verhandlungen der 1. Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949*, Berlin 1949, S. 212.

len, dem allerdings insofern herausragende Bedeutung zukam, als hierdurch ein beträchtlicher Teil der dringend benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollte. Ein Scheitern der Kollektivierung hätte somit die Gefahr heraufbeschworen, auch in anderen Bereichen die gesteckten Ziele zu verfehlen. Dies aber hätte schon aufgrund der fehlenden Legitimation der SED-Diktatur verheerende Folgen für die Machthaber nach sich gezogen. Daher kam im Klima des „kalten Bürgerkrieges“ selbst eine partielle Einschränkung des Kollektivierungskurses nicht in Frage. Jedem noch so geringen Widerspruch wurde deshalb mit zunehmender Härte und Gewalt begegnet. Gestärkt durch ihre „wissenschaftliche Weltanschauung“ schlitterte die Parteiführung auf diese Weise von einer Krise in die nächste, der selbst induzierte Problemdruck erhöhte sich beständig. Erst das Eingreifen der sowjetischen Führung nach Stalins Tod und der Volksaufstand des 17. Juni 1953 führten hier zu einer erzwungenen Pause.

Die SED-Führung zeigte sich jedoch lernfähig. Letztlich gestärkt durch die überstandenen Krisen der fünfziger Jahre initiierte sie 1958/59 - zum Teil in verblüffender Ähnlichkeit zu 1952 - eine zweite Kollektivierungswelle, die im „sozialistischen Frühling“ des Jahres 1960 gipfelte. Hier erreichte die Partei zumindest vordergründig das angestrebte Ziel: die Vollkollektivierung. Infolge zweier von ihr ausgelöster und konsequent vorangetriebener Kollektivierungsschübe waren mehr als 800.000 privatbäuerliche Betriebe zu etwa 20.000 LPG vereint worden, und der noch immer ungebremste Fortschrittsglaube der Parteiführung verhielt ein baldiges Anwachsen des sozialistischen Bewusstseins unter den Bauern und damit auch eine nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Sehr bald sollte sich jedoch zeigen, dass beide Annahmen falsch waren. Bereits Mitte des Jahres 1960 erfasste eine erste umfangreiche Austrittswelle die Produktionsgenossenschaften, die nur unter Einsatz aller Kräfte - politisch-ideologischer, aber durchaus auch geheimdienstlicher, polizeilicher und juristischer - zurückgedrängt werden konnte. Gleiches sollte sich 1961 in noch größerem Umfang wiederholen. Im gleichen Jahr erlebte die DDR eine der verheerendsten Missernten seit langem - auch dies, nicht allein, aber doch maßgeblich eine Folge der Kollektivierungspolitik.

Die SED-Führung hatte ihre Ziele vordergründig tatsächlich erreicht, die Folgen waren jedoch schlichtweg katastrophal. Auch hier war es erst der Mauerbau, der den Negativtrend stoppte und zu einer langsamen Konsolidierung der ländlichen Gesellschaft führte.

Über die Autoren:

Gerhard Wettig

geb. 1934; Abitur 1953; 1953-1959 Studium der Geschichte und der Slawistik; 1961 Promotion in Göttingen; 1966-1999 zuerst Wiss. Referent, dann Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Zahlreiche Publikationen über außen- und sicherheitspolitische Vorgänge/Probleme in der Periode des Kalten Krieges sowie über die Deutschland- und Berlin-Politik der UdSSR und der DDR.

Torsten Diedrich

geb. 1956; Dr. phil.; Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1984-1990 Assistent am Militärgeschichtlichen Institut in Potsdam, seit 1990/91 Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Militärgeschichte der DDR.

Falco Werkentin

geb. 1944; mittlere Reife 1961 in Berlin-Weißensee, Abitur 1966 in Berlin-Moabit; Studium der Soziologie an der FU Berlin, langjähriger Redakteur der Zeitschrift „Bürgerrechte und Polizei (CILIP)“, seit Mitte der 70er Jahre diverse Forschungsprojekte und Publikationen zur Bundesdeutschen Polizeigeschichte und zur Politik innerer Sicherheit; seit 1991 Arbeiten zur DDR-Strafjustiz; Mitarbeiter des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit.

Jens Schöne

geb. 1970; Dr. phil.; nach landwirtschaftlicher Ausbildung Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik; Referent beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit.